



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Konsumgeschichtliche Analysen zur ostdeutschen Mode
anhand von Eingaben an das DDR-Fernsehen
(1963-1989)“

Verfasser

DI (FH) Andreas Hager MBA, MSc

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2013

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 066 688

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Wirtschafts- und Sozialgeschichte

Betreuer:

Univ.-Prof. Dr. Franz X. Eder

Auszug aus der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik – Artikel 2 (1)¹

„Alle politische Macht in der Deutschen Demokratischen Republik wird von den Werktätigen in Stadt und Land ausgeübt. Der Mensch steht im Mittelpunkt aller Bemühungen der sozialistischen Gesellschaft und ihres Staates. Die weitere Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität ist die entscheidende Aufgabe der entwickelten sozialistischen Gesellschaft.“

Hinweis des Autors:

Aus Gründen der Leseökonomie wird im Folgenden auf eine geschlechtsneutrale Formulierung verzichtet. Es sind jedoch immer beide Geschlechter im Sinne der Gleichbehandlung angesprochen.

¹ Diemut Majer und Margarete Hunziker, Hg., *Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974. Gesetzblatt der DDR Teil 1 Nr. 47 – Artikel 2 (1)*, Verfassungsstrukturen, Freiheits- und Gleichheitsrechte in Europa seit 1789. Eine Sammlung ausgewählter Verfassungstexte (Karlsruhe: Universitätsverlag Karlsruhe, 2009), 376.

Inhaltsverzeichnis

<i>Inhaltsverzeichnis</i>	3
1. <i>Einleitung</i>	5
2. <i>Aufbau der Untersuchung</i>	7
3. <i>Vorbetrachtungen, Fragestellungen und Disposition der Arbeit</i>	9
3.1 <i>Zentrale Intentionen</i>	9
3.2 <i>Forschungsgegenstand, Annahmen und zentrale Fragestellungen</i>	9
4. <i>Strukturelle Vorbetrachtungen</i>	12
4.1 <i>Konsum in der DDR</i>	12
4.2 <i>Spezifik von Mode und Bekleidung</i>	13
5. <i>Konsum von Mode und Bekleidung in der DDR</i>	17
5.1 <i>Modischer Nachkriegsalltag (1945–1953)</i>	17
5.2 <i>Wunderwirtschaft Ost (1954–1971)</i>	22
5.3 <i>Das Jahrzehnt im Bann der Hornbrille – die Ära Honecker (1971–1980)</i>	34
5.4 <i>Wie der real existierende Sozialismus aus der Mode kam (1980er Jahre)</i>	37
6. <i>Kultur der Eingabe</i>	44
6.1 <i>Quantitative Relevanz und Adressaten</i>	44
6.2 <i>Historisch-juridische Entwicklungen</i>	46
6.3 <i>Sinnkonstruktion und Bezugnahme</i>	46
7. <i>Struktur und Auswahl des Quellenkorpus</i>	48
7.1 <i>Form der Datenerhebung</i>	48
7.2 <i>Struktur und Auswahlkriterien des Datenmaterials</i>	48
8. <i>Empirische Horizonte</i>	50
8.1 <i>Argumentation zum qualitativen Forschungsansatz</i>	50
8.2 <i>Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring</i>	53
8.2.1 <i>Methodik und Verfahrensweise</i>	53
8.2.2 <i>Kategorienbildung und Kodierung des Materials</i>	54
8.2.3 <i>Computerunterstützte Aufbereitung und Auswertung</i>	57
9. <i>Präsentation und Interpretation der Ergebnisse</i>	60
9.1 <i>Darlegung der empirischen Untersuchungshorizonte</i>	60
9.2 <i>Komposition der Briefeingaben</i>	61

9.2.1	<i>Strukturelle Blöcke</i>	61
9.2.2	<i>Agens des Schreibens</i>	62
9.3	<i>Rollenfestlegung, Selbstdarstellung und Durchsetzungsstrategien</i>	66
9.3.1	<i>Rollenfestlegung</i>	66
9.3.2	<i>Selbstdarstellung und Anspruchsberechtigung</i>	67
9.4	<i>Durchsetzungsstrategien</i>	70
9.4.1	<i>Generalisierung, Projektion und Aufzeigen von Makroauswirkungen</i>	70
9.4.2	<i>Das System beim Wort genommen</i>	71
9.4.3	<i>Einsicht und Verständnis</i>	75
9.4.4	<i>Androhung von Sanktionen und systemkritische Elemente</i>	76
10.	<i>Fazit und Ausblick</i>	82
	<i>Quellen- und Literaturverzeichnis</i>	84
	<i>Abbildungsverzeichnis</i>	91
	<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	92
	<i>Kurzbeschreibung</i>	93
	<i>Abstract</i>	94
	<i>Curriculum Vitae</i>	95

1. Einleitung

Noch am 19. Jänner 1989 erklärte Erich Honecker in seiner Funktion als langjähriger Generalsekretär des Zentralkomitees (ZK) der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), Staatsratsvorsitzender der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) sowie Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrats anlässlich einer Tagung des Thomas-Müntzer-Komitees, „*die Mauer wird [...] in 50 und auch 100 Jahren noch bestehen bleiben, wenn die dazu vorhandenen Gründe noch nicht beseitigt sind*“.²

Dieses an den Klassenfeind im Westen gerichtete Diktum spiegelte geradezu paradigmatisch die Rigidität und die Unnachgiebigkeit des herrschenden Systems wider. Wenige Tage nach dieser Rede, am 6. Februar 1989, starb der zwanzigjährige Chris Gueffroy beim Versuch des ‚ungesetzlichen Grenzübertritts‘ im Kugelhagel des DDR-Grenzschutzes. Er war das letzte von über 200 Opfern des umstrittenen Schießbefehls an der innerdeutschen Demarkationslinie.³ Getragen von einer über Jahrzehnte aufgestauten Unzufriedenheit in der ostdeutschen Bevölkerung setzten in den folgenden Monaten tiefgreifende gesellschaftspolitische Wandlungsprozesse ein, wodurch sich in gewisser Weise auch die zitierten Gründe für die Mauer ad absurdum führten. Noch am Ende desselben Jahres entwandten die Symbole eines diktatorischen Systems und im ‚langweiligsten Land der Erde‘ entstand wieder Platz für Neues.⁴

Aus konzeptioneller Sicht war die DDR ein paternalistischer Staat, der seine Bewohner von der Wiege bis zur Bahre nach ideologischen Maßstäben anleitete und begleitete. Geprägt durch die Gräueltaten des Zweiten Weltkriegs rückte die Kultivierung des neuen sozialistischen Menschen in den Mittelpunkt. Im Zuge dieser radikalen Neuordnung der Gesellschaft begannen sich etablierte Werte und Gewohnheiten neu auszurichten, wobei das Individuum schlussendlich seine ideologische, moralische, ethische und auch materielle Erfüllung im Kollektiv des kommunistischen Gesellschaftssystems finden sollte. In Anlehnung an ein subtil-boshafte Wortspiel erfüllte sich dieses Postulat dahingehend, dass am Ende des Sozialismus tatsächlich jeder von allem genug hatte.

Die staatliche Führung versprach seinen Bürgern soziale, politische und wirtschaftliche Nestwärme und sah sich aus Gründen der eigenen Existenzsicherung doch im selben Atemzug dazu gezwungen die Freiheit seiner Bürger substanziell zu beschränken. Obgleich begriffliche Rubriken wie Arbeitslosigkeit, Obdachlosigkeit oder gesellschaftliche Verwahrlosung ‚im besseren Teil Deutschlands‘ keine alltagsunmittelbare Reichweite entwickelten, so war der beschrittene Weg im real

² Neues Deutschland, "Schlußbemerkungen Erich Honeckers auf der Tagung des Thomas-Müntzer-Komitees," *Neues Deutschland*, 20. Jänner 1989, 5.

³ Vgl. Roman Grafe, *Deutsche Gerechtigkeit. Prozesse gegen DDR-Grenzschützen und ihre Befehlsgeber* (München: Siedler, 2004), 15ff.

⁴ Die Zuschreibung der DDR als das ‚langweiligste Land der Erde‘ rekurriert auf eine Passage im literarischen Werk ‚Die Kipper‘ (Uraufführung 1972), welches der Feder des ostdeutschen Schriftstellers und SED Mitglieds Volker Braun entstammte. Erich Honecker hat diese Provokation im Rahmen der 9. Tagung des ZK der SED im Mai 1973 aufgegriffen und scharf verurteilt, da dieses Verhalten nicht eben zur Herausbildung einer sozialistischen Verhaltensweise beitrage; vgl. Jürgen Schröder, "Literatur als Ersatzöffentlichkeit? Gesellschaftliche Probleme im Spiegel der Literatur," in: *DDR heute. Wandlungstendenzen und Widersprüche einer sozialistischen Industriegesellschaft*, Hg. Jürgen Schröder und Gerd Meyer (Tübingen: Narr, 1988), 113f.

existierenden Sozialismus dennoch unablässig von (ökonomischen) Schwierigkeiten und inhärenten Widersprüchen gesäumt.

Eine Vergegenwärtigung der ostdeutschen Geschichte im Allgemeinen und die Einordnung konsumspezifischer Aspekte im Besonderen gewinnt gerade in Zeiten relativer Freiheit an erregender Aktualität. Entlang institutionalisierter Ordnungen, Verfahrenspraxen und Funktionsweisen entwickelte sich ein mit hehren Zielen angetretenes Gesellschaftssystem schrittweise zu einer Diktatur mit totalitärem Gestaltungswillen. Im dogmatisch praktizierten Denkstil der Plan- und Steuerbarkeit von ökonomischen Bedingungen, gesellschaftlichen Prozessen und menschlichen Bedürfnissen arretiert, wurde die ‚Welt von morgen‘ in Angriff genommen.⁵

Protegiert von der sowjetischen Weltmacht erhob sich der Arbeiter- und Bauernstaat zur deutschen Alternative gegenüber der kapitalistischen Ausbeutergesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland (BRD). In seiner Selbstwahrnehmung – an vorderster Front des sozialistischen Wirtschaftsraumes stehend – galt es, die Überlegenheit planwirtschaftlicher Verfahrensweisen zu demonstrieren und den marktwirtschaftlichen Klassenfeind in dessen ökonomische Schranken zu weisen. Die wahrgenommene Realität gerierte sich jedoch bekanntlich etwas widerspenstiger als geplant. Fortwährende Versorgungsprobleme mit Konsumgütern und der anhaltende Rückstand gegenüber dem Westen im ausgerufenen Leistungsvergleich der Systeme manövrierten die sozialistischen Potentaten sukzessive in eine unannehmable Lage. Dabei waren der kollektive Wunsch und das Streben nach einer egalitären Gesellschaft ohne Ausbeutung durch die herrschenden Kapitaleliten so alt wie die Klassen selbst, lediglich die realpolitische Umsetzung vermochte nur äußerst wenig Zustimmung in der Bevölkerung hervorzurufen. Jeder Versuch zur Verortung der DDR auf einem Kontinuum, vom prototypischen Unrechtsstaat bis zum Hort einer gerechteren Gesellschaft, ist auf Grund der interdependenten Komplexität der zu betrachtenden Faktoren bereits im Ansatz zum Scheitern verurteilt.

Im Rahmen der Extraktion aussagekräftiger Erklärungsmodelle für die Funktionsweise und den Niedergang des Systems ermöglichen unidirektional geformte Zuschreibungen, wie Unrechtsstaat Nischengesellschaft etc. nur bruchstückhafte Erkenntnisse. Vielmehr versprechen jene Untersuchungen neue Einsichten, die von der übergeordneten Maxime geleitet sind, ökonomische, politische und soziale Zusammenhänge im Spannungsfeld von staatlicher Herrschaft und individuell erlebtem Alltag zu dekonstruieren. Davon geleitet, leistet diese Untersuchung einen Beitrag, um die bestehenden Lücken zwischen individuellen Lebenserfahrungen und wissenschaftlicher Forschung ein Stück weit mit neuen Streiflichtern zu erhellen. In diesem Kontext wird von einer emotionalen oder eindimensionalen Kategorisierung der DDR Abstand genommen, da ostalgische Verklärungen und pauschale Verurteilungen gleichermaßen an entsprechender Reichweite vermissen lassen.⁶

⁵ Vgl. Karl Böhm und Rolf Dörge, *Unsere Welt von morgen*, 4. Auflage (Berlin: Neues Leben, 1961).

⁶ Vgl. Günter Gaus, *Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung* (München: Hoffmann und Campe, 1983); vgl. Hans-Hermann Hertle und Stefan Wolle, *Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat* (München: Bertelsmann, 2004).

2. Aufbau der Untersuchung

Das Forschungsdesign folgt einer kombinierten Methodik und agiert dabei sowohl auf deskriptivem als auch auf explorativem Niveau (Abbildung 1).

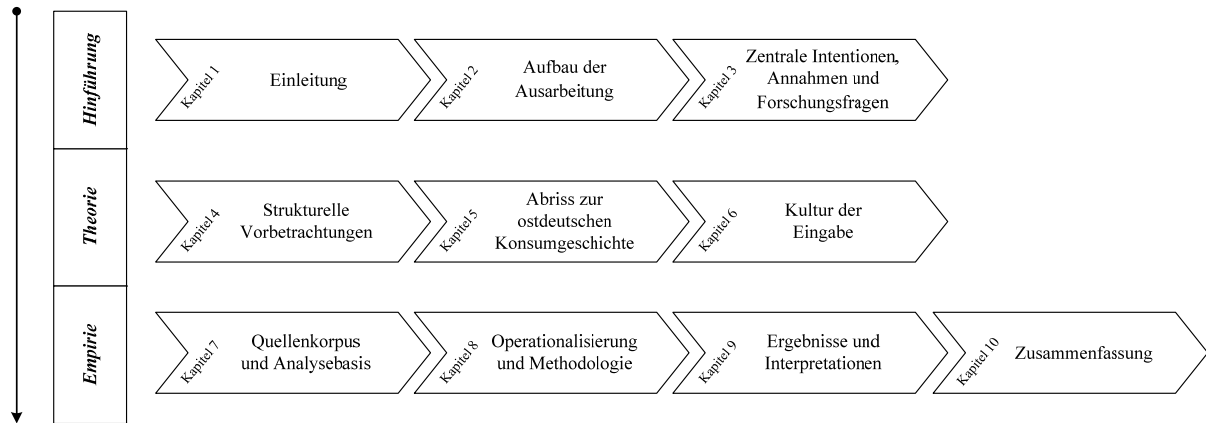


Abbildung 1: Aufbau der Untersuchung

Neben begrifflichen Explikationen und kritischer Bewertung des Forschungsstandes wird an bestehende historische Frage- und Problemstellungen angeknüpft. Der Natur des Gegenstandsbereiches entsprechend wurden die behandelten Diskurse, Kontexte, Narrative und Argumentationsketten in Form von miteinander verschränkten Abschnitten konzipiert.

Im Sinne der einleitenden Betrachtung bildet eine kompendiarisch gehaltene Reflexion der konsumbezogenen Entwicklungen in der DDR (Kapitel 3) den Unterbau zur Erfassung elementarer historischer Zusammenhänge. Kapitel 3 gewährt Einblicke in die gewählten Analysehorizonte, die aufgestellten Fragekomplexe und das zugrundeliegende Erkenntnisinteresse. Die postulierten Annahmen und Fragestellungen (Abschnitt 3.2) beruhen auf der Prämisse, dass Konsum nicht nur sterile ökonomische Aspekte umfasst, sondern in seiner Strahlkraft weitreichende soziale und psychologische Dimensionen einbezieht.

Danach folgen begriffliche Überlegungen zu Mode und Bekleidung (Kapitel 4) und deren Spezifik bzw. Repräsentanz innerhalb der ostdeutschen Konsumgeschichte. In weiterer Folge werden die nachhaltigsten Veränderungen des ostdeutschen Konsumverhaltens aufgezeigt. Auf Grund der politischen und ökonomischen Rahmenbedingungen bildeten die inhärenten sozialintegrativen Funktionen des Konsumierens im Osten andere Muster aus als im Westen. Dabei wird der Standpunkt vertreten, dass die inneren konsumspezifischen Systemwidersprüche entscheidende Faktoren und Katalysatoren des gesellschaftspolitischen Wandels darstellten und somit einen erheblichen Anteil an der ‚Wende‘ hatten. Im engeren Sinn folgen die dargelegten Fragestellungen einem dualen Erkenntnisinteresse. Auf Grundlage des empirischen Quellenmaterials (Briefeingaben von ostdeutschen Bürgern an das DDR-Fernsehen) konzentrieren sich die Forschungsbemühungen sowohl auf die Identifikation von ökonomischen, politischen und sozialen Makroursachen der gegebenen Versorgungsunzulänglichkeiten als auch auf die individuellen Thematisierungsstrategien der Eingabenschreiber. Unter dedizierter Bezugnahme auf das Beispiel Mode und Bekleidung offeriert Kapitel 5 einen Überblick

über die maßgeblichen konsumgeschichtlichen Entwicklungen. Die entsprechenden Analysen zur ostdeutschen Konsumgeschichte erheben dabei nicht den Anspruch taxativer Vollständigkeit, vielmehr werden entlang signifikanter Zeitabschnitte wesentliche Grundzüge, Tendenzen und Zäsuren in kursorischer Weise aufgezeigt. Dieser Vorgangsweise liegt die Auffassung zugrunde, dass Kenntnisse zu den konsumpolitischen Zielsetzungen und Entwicklungen des sozialistischen Systems der DDR eine Grundvoraussetzung für die wissenschaftlich fundierte historische Annäherung und Interpretation des eigentlichen Themenfeldes darstellen.

In Kapitel 6 schließen kontextuelle Betrachtungen zur ostdeutschen Eingabekultur den vorrangig theoretisch-deskriptiven Rahmen ab. Im Sozialismus waren Eingaben ein pragmatisches und wirksames Werkzeug zur Konfliktlösung zwischen Bürgern und staatlichen Organen. An der Schnittstelle zwischen Rechtsmittel und kulturell verankertem Instrumentarium angesiedelt, werden hierbei Einblicke in die sozialhistorischen Entwicklungen der Eingabekultur gegeben.

Aufbauend auf die Diskussion der historischen Zusammenhänge wird der Untersuchungsgegenstand erläutert, mit dem neue Erkenntnisse zu den Wechselwirkungen zwischen unerfüllten Konsumwünschen und dem Zusammenbruch des Systems aufgezeigt werden. Anknüpfend an die Darlegungen zum Quellenkorpus der Briefeingaben (Kapitel 7) findet eine Vorstellung der angewandten wissenschaftlichen Methoden statt. Mit der empirischen Untersuchungsanordnung soll eine methodisch-prüfende ‚Wirklichkeitsforschung‘ betrieben werden.

Kapitel 0 gibt genauere Auskünfte über die eingesetzten Methoden und Analyseverfahren sowie Nachweise zur Reliabilität und Validität (intersubjektive Nachvollziehbarkeit, Zuverlässigkeit der Erhebungen etc.) der Forschungsaktivitäten. Dabei wird nicht nur auf die methodische Basis hingewiesen, sondern auch die konkret eingesetzte Methode der Datenerhebung und -auswertung begründet. Die eindringlich verfassten Briefeingaben werfen besonders lebensnahe Schatten auf die konsumspezifischen Versorgungsprobleme und die sozialen Realitäten in Ostdeutschland. Nach sorgfältiger Evaluierung der Leistungsfähigkeit mehrerer potenzieller qualitativer und quantitativer Auswertungsverfahren wurde auf Grund der verfolgten Fragestellungen die qualitative Inhaltsanalyse als fruchtbares und aussichtsreiches Instrumentarium zur Extraktion neuer Erkenntnisse ausgewählt. Mittels computerunterstützter Analysewerkzeuge (MAXQDA 2010) konnten die Aktivitäten der Texterkundung (Kategorienbildung, Kodierung, Datenvernetzung etc.) unterstützt werden.

Kapitel 0 präsentiert die Ergebnisse, wobei die kategorisierten Briefquellen in Hinblick auf die beiden zentralen Betrachtungsmomente (makrofaktorenbezogene Ursachenzuweisung der Versorgungsprobleme und Thematisierungsstrategien der Briefverfasser inklusive rhetorisch/linguistischer Analysen) vorgestellt und beschrieben werden. Im Anschluss an diese Interpretation wird eine Kontrastierung mit dem Forschungsstand angestrengt. Die stringente methodologische Vorgangsweise ermöglicht sodann Schlussfolgerungen über den intersubjektiven Status von subjektiven Meinungsbekundungen.

3. Vorbetrachtungen, Fragestellungen und Disposition der Arbeit

3.1 Zentrale Intentionen

Anknüpfend an die aktuelle konsumgeschichtliche Forschung werden in der Analyse von Eingabebriefen Antagonismen einer auf den ersten Blick homogen erscheinenden sozialistischen Konsumkultur aufgezeigt. Die inhärente Widersprüchlichkeit der ostdeutschen Konsumpolitik wird in Form von ausgewählten schriftlichen Petitionen (sogenannte Eingaben) aus der Bevölkerung an die ostdeutsche Fernsehsendung Prisma aufgearbeitet.

Seit dem März 1963 berichtete die Fernsehsendung Prisma zunächst monatlich, später im vierzehntägigen Rhythmus, über ausgewählte Missstände aus dem sozialistischen Alltagsleben (Versorgung, Konsum, Wohnungssituation etc.). Viele Bürger wandten sich an die Fernsehsendung, weil sie sich durch die Intervention von Prisma einen schnellen Erfolg bei der Lösung ihrer Probleme versprachen. Die vorgebrachten Fälle rekrutierten sich überwiegend aus Leserbriefen mit Eingabencharakter aus der Bevölkerung, wobei in Zusammenarbeit mit den betroffenen staatlichen Institutionen und Organen konkrete Lösungsvorschläge erarbeitet wurden. Insgesamt zählte das zur besten Sendezeit ausgestrahlte Format zu den beliebtesten Sendungen des ostdeutschen Fernsehens. Abgesehen von der Ventilwirkung für den aufgestauten Konsumärger erschöpfte sich der Erfolg des Programms vor allem in der erfolgsversprechenden und pragmatischen Möglichkeit zur Abhilfe von individuellen (und kollektiven) Problemen. In der DDR war die öffentliche Benennung struktureller Probleme in den Medien zwar nur in engen – von der Zensur gesetzten – Grenzen möglich, trotzdem flimmerten mitunter auch kritische Stimmen und Zwischentöne über den ostdeutschen Äther.⁷

Anhand des exemplarischen Themenfelds ‚Mode und Bekleidung‘ wird der Frage nachgegangen, wie die Bevölkerung mit der Konsumödnis umgegangen ist. Welche sozioökonomischen Aspekte identifizierten die Beschwerdeführer als strukturelle Ursachen, und inwiefern haben sich durch den omnipräsenten Mangel spezifische mentale Prägungen in der Bevölkerung sedimentiert?

3.2 Forschungsgegenstand, Annahmen und zentrale Fragestellungen

Für die Akzeptanz der Staatsführung durch die Bevölkerung gewann die Erfüllung von selbstgesteckten Konsumzielen in der DDR immer mehr an Bedeutung. Die Realisierung der – am westdeutschen Standard – orientierten Erwartungen stellte die sozialistischen Planer jedoch vor schwerwiegende politische und ökonomische Probleme.

Im Mittelpunkt dieser Arbeit stehen konkrete Alltagserfahrungen im sozialistischen Einheitsstaat, wobei die geschilderten konsumspezifischen Probleme nicht nur individuelle Reichweite besaßen. Die Praxis des Eingabenschreibens bot der ostdeutschen Bevölkerung die Möglichkeit ‚subjektive Konflikte‘ mit der herrschenden Staatsmacht zu verhandeln. Ungeachtet dessen, dass mit den Briefen keine quantitative Repräsentativität zu verknüpfen ist, ermöglichen die persönlichen Schilderungen

⁷ Vgl. Ina Merkel, "Vom Zeitgeist in der DDR," in: *Europa und die Europäer. Quellen und Essays zur modernen europäischen Geschichte*, Hg. Rüdiger Hohls, Iris Schröder, und Hannes Siegrist (Stuttgart: Franz Steiner, 2005), 108f.

über die Unzulänglichkeiten im DDR-Alltag einen spannungsgeladenen Abgleich der staatlich propagierten Sollwerte mit den tatsächlich widerfahrenen Lebensbedingungen.

Die Verdichtung der subjektiven Erfahrungen im untersuchten Quellenmaterial gewährt eine recht unmittelbare Sicht auf die ostdeutschen Alltagswelten. Bei deren Deutung wird der Rekonstruktion geschichtlicher Zusammenhänge und Hintergründe – in dem die jeweiligen Quellen entstanden sind – große Aufmerksamkeit geschenkt. Im Mittelpunkt steht die Frage, wie die konsumbezogenen Wahrnehmungen der Briefeschreiber in den konkreten Schilderungen von alltäglichen Mängeln und Unzulänglichkeiten Niederschlag fanden und wie die Bevölkerung mit den Versorgungsproblemen umging.

Über die qualitative Analyse hinaus galt es zu validieren, ob sich die konfliktbehafteten sozialen Erfahrungen in eine sinnhafte Ordnung bringen lassen und so als normierendes Deutungsangebot für die Rezipienten dienen können. Zusätzlich zu diesen Bemühungen werden Einblicke offeriert, auf welche Weise und in welcher Intensität die vom System vermittelten Wirklichkeiten mit den individuell erlebten Realitäten divergierten. In weiterer Folge wird untersucht, inwiefern sich im zugrunde liegenden Quellenkorpus Anhaltspunkte für die Umgestaltung des Systems (‚Wende von innen heraus‘) erkennen lassen.

Neben einer Untersuchung der kommunizierten Inhalte fokussieren die Analysen auf die sprachlichen Strategien der Eingaben. Welche Kommunikationsmittel setzten die Verfasser ein, um den Erfolg ihres Anliegens zu erhöhen? Letztendlich sollte die gewählte Strategie beim Adressaten eine positive Reaktion hervorrufen und im Idealfall zu einer schnellen und unkomplizierten Lösung führen. Die Erörterung der individuellen Vorgangsweisen findet dabei vorrangig auf hermeneutischer Ebene statt. Linguistische Betrachtungen offerieren ergänzende Einblicke, etwa welche sprachlichen Mittel (z.B.: Ironie, Sarkasmus, Aggression, Drohung etc.) die Schreiber einsetzten. Zu bedenken ist dabei, dass Sprache und ihr Gebrauch einer Entwicklung unterliegen und dies auch in Bezug auf das starre sozialistische System zutrifft. In Abhängigkeit der jeweiligen kulturellen, sozialen und historischen Genese – und katalysiert durch ideologische und systembedingte Legitimationsakte – erlangten Wörter, Wortgruppen und Sätze oftmals eine ganz spezifische Bedeutungszuschreibung und Aussagekraft. Die DDR-Sprache zeichnete sich durch eine signifikante politische Prägung aus, wobei es Außenstehenden – insbesondere bei subtilen Nuancierungen – nur schwer möglich ist, eine relativ verlässliche Aussage über die intentionierte Botschaft der jeweiligen Sätze zu treffen.⁸

Konzeptionell ist die Untersuchung in zwei Abschnitte bzw. Ebenen geteilt, die aufeinander aufbauen und wechselseitig zueinander in Bezug stehen. In Form eines Destillats aus Theorie (Deduktion) und Empirie (Induktion) werden im ersten Teil (Kapitel 4 und 5) die Makrofaktoren der Konsum- und Versorgungsprobleme in der DDR analysiert.⁹

⁸ Vgl. Sabina Schroeter, *Die Sprache der DDR im Spiegel ihrer Literatur. Studien zum DDR-typischen Wortschatz*, Sprache, Politik, Öffentlichkeit (Berlin/New York: deGruyter, 1994).

⁹ Die Begrifflichkeit der ‚Induktion‘ referenziert an dieser Stelle auf jene Erkenntnisebene, die aus dem Eingabematerial heraus gewonnen wird. Der theoretische Forschungsstand und das Vorverständnis des Autors bilden wiederum die Basis einer ‚deduktiven‘ (theorieinduzierten) Annäherung.

Die Darlegungen und Erkenntnisse aus diesen Abschnitten schärfen das kontextuelle Verständnis und bilden zudem den Unterbau für eine zielgerichtete Bearbeitung der forschungsleitenden Fragestellungen, die wie folgt lauten:

Welche Thematisierungsstrategien wurden von den Verfassern der Eingaben zur Durchsetzung ihrer Anliegen zur Anwendung gebracht?

- Welche konsumspezifischen Probleme wurden in den Briefquellen von den Eingabenschreibern benannt?
- Wurden die konsumspezifischen Unzulänglichkeiten im Bereich Mode und Bekleidung mit entsprechenden Makrofaktoren argumentativ in Bezug gesetzt? Welche übergeordneten Ursachen identifizierten die Schreiber, und wie standen diese mit den systemseitig propagierten Wirklichkeiten in Bezug?
- Durch welche Motivation und Erwartungshaltung (Agens des Schreibens) wurden die Autoren geleitet?
- Fand eine Rollenfestlegung in den Dokumenten statt? Wurde die Position und Selbstdarstellung strategisch inszeniert, um eine besondere Anspruchsberechtigung zu legitimieren?
- Akzentuierten die Absender eine besondere Verbundenheit mit dem sozialistischen Führungsanspruch und wurden dabei empathische Einsichten (z.B.: Reduzierung der Ansprüche beim Aufbau einer besseren Gesellschaft) zum Ausdruck gebracht?
- Inwiefern wurden in den Eingaben herrschende Normen, Werte, Autoritäten, Einstellungen und Parolen zur Lösung (eigener) konsumspezifischer Problemlagen instrumentalisiert?
- Benannten die Verfasser weitere Maßnahmen für den Fall, dass ihnen die staatlichen Adressaten die geforderte Unterstützung verwehrten?
- Vermittelten die Autoren in ihren Texten eine grundsätzlich positive Einstellung zum Arbeiter- und Bauernstaat oder dominierten eher kritische Grundhaltungen?
- War in den Stimmen auch direkter oder subtiler Widerspruch eingebettet? Fanden sich in den Briefen systemkritische Elemente und wie artikulierten die Verfasser derartige Überschreitungen gesellschaftspolitischer Grenzen?

Diese Fragestellungen werden mittels qualitativer Inhaltsanalyse systematisch analysiert. Das Hauptaugenmerk liegt dabei auf den Darstellungs- und Gestaltungsformen, den taktischen Verhaltens- und Verfahrensweisen und den Einstellungen der DDR-Bürger gegenüber dem sozialistischen Herrschaftssystem.

Die Interpretation der Ergebnisse erfolgt im Rahmen des aktuellen Forschungsstandes und soll im Quellenmaterial das ‚Typische im Individuellen‘ aufzeigen.

4. Strukturelle Vorbetrachtungen

4.1 Konsum in der DDR

Für konsumgeschichtliche Studien stellt der sozialistische ‚Feldversuch‘ im ehemaligen Ostblock ein unschätzbares Reservoir dar. Die uniformen Ausgangsbedingungen in Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges repräsentieren ein ‚homogenes Biotop‘ zur Analyse der nachfolgenden (systembedingten) Entwicklungen in Ost und West. Die Bevölkerung Deutschlands bewegte sich ursprünglich auf einer einheitlichen ökonomischen und kulturellen Ebene, man war weitgehend denselben Umgebungsbedingungen und Voraussetzungen ausgesetzt. Einige Jahre später hatte sich jedoch bekanntlich alles verändert, auch in konsumgeschichtlicher Hinsicht.

Entgegen der permanenten politischen Vermittlung eines ökonomischen Durchbruchs wollte der geplante Wohlstand in der DDR nicht Einzug halten. Obgleich im historischen Verlauf auf verschiedenen Ebenen (Wohnbau, Industrie etc.) Fortschritte erzielt wurden, blieben die wesentlichen individuellen (Konsum-)Bedürfnisse – trotz strategischer planwirtschaftlicher Neuausrichtung in den 1970er Jahren von der Schwerindustrie hin zur Konsumgüterproduktion – überwiegend unbefriedigt. Wie die Quellen eindringlich zeigen, war die Realität in der DDR stets von Mangel, Improvisation und Konsumverzicht geprägt.¹⁰

Die inhärenten sozialintegrativen Funktionen des Konsumierens bildeten im Ostblock – auf Grund der gesellschaftspolitischen und ökonomischen Rahmenbedingungen – andere Muster aus als im Westen. Konsumzentrierte Leitbilder aus den kapitalistischen Staaten („Amerikanisierung“) strahlten auch über Mauer und Stacheldraht. In der DDR verknüpften die Bürger den Begriff Konsum mit der gedanklichen Vorstellung von Mangelwaren, Warteschlangen und planwirtschaftlichen Fehlentscheidungen. Ein gänzlich anderes Bild zeigte die Überfluss- und Genussgesellschaft in der BRD: „*Im Gegensatz zur DDR stehen hier die Dinge Schlange nach dem Kunden, beiderseits ein Schlangestehen.*“¹¹

Die strukturellen Gegensätze der Systeme kamen in den jeweiligen Konsumgesellschaften zum Ausdruck. Das westliche Konsummodell unterlag keiner zentralen Steuerung und musste bei der Vermittlung von Vor- und Leitbildern in der Regel auch nicht (direkt) aufgezwungen werden. Im Gegensatz dazu war der ostdeutsche Konsum immer eng an die wirtschaftspolitische Ausrichtung gekoppelt, eingebettet in eine Strategie der Machtbehauptung und stets der Legitimation des

¹⁰ Vgl. Rainer Gries, *Produkte als Medien. Kulturgeschichte der Produktkommunikation in der Bundesrepublik und der DDR* (Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2003); vgl. Annette Kaminsky, "Herrschaftsgeschichte als Konsumgeschichte," in: *Die DDR – Erinnerungen an einen untergegangenen Staat*, Hg. Heiner Timmermann, Band 88 (Berlin: Duncker & Humblot, 1999); vgl. Annette Kaminsky, *Illustrierte Konsumgeschichte der DDR* (Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung, 1999); vgl. Mark Landsman, *Dictatorship and Demand. The Politics of Consumerism in East Germany* (Cambridge [u.a.]: Harvard University Press, 2005); vgl. Merkel, "Zeitgeist"; vgl. Patrice G. Poutrus, *Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumententwicklung in der DDR*, Band 19, Zeithistorische Studien (Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 2002); vgl. Schröder, "Literatur"; vgl. Milena Veenis, "Consumption in East Germany. The Seduction and Betrayal of Things," *Journal of Material Culture* 4, 1 (1999); vgl. Milena Veenis, "Cola in the German Democratic Republic. East German Fantasies on Western Consumption," *Enterprise and Society* 12, 3 (2011).

¹¹ Gabriele Eckart, "Ich kam mir überflüssig vor". DDR-Schriftstellerin Gabriele Eckart über einen Besuch in der Bundesrepublik," *Der Spiegel*, 9. März 1987, 58.

(sozialistischen) Herrschaftsanspruches unterworfen.¹² Während die Sowjetunion direkten Einfluss auf die ökonomischen und politischen Handlungsweisen ausübte, füllte die DDR diese Strukturen – in konsumtiv-planender Hinsicht – mit eigenen Inhalten.¹³

Die ideologisch verankerte Abkopplung der Konsumideologie von der tatsächlichen Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft leistete einen wesentlichen Beitrag zur ostdeutschen ‚Mangelgesellschaft‘. Wirtschaftlich befassete Entscheidungsträger erkannten wohl die systemzersetzende Kraft der Konsum- und Versorgungsprobleme, die reformwilligen Kräfte hatten jedoch häufig nur marginalen Einfluss. Zugestandene Privilegien an verdiente Leitungskader, wie Automobile, Westgeld oder Reisemöglichkeit in den nichtsozialistischen Wirtschaftsraum (NSW) kaschierten lediglich die Ohnmacht des Einzelnen. Sedimentierte Denkstile und verinnerlichte Zielsetzungen des sozialistischen Einheitsystems paralyisierten effektive Maßnahmen einer Neuausrichtung.¹⁴

Wie die bisherigen Ausführungen indizieren, richtet sich das Augenmerk dieser Arbeit nicht nur auf die Entwicklungen im Inneren der DDR, sondern bezieht auch exogene Faktoren in die konsumgeschichtlichen Analysen mit ein, etwa westliche Konsumleitbilder und ihre Wirkungen auf den sozialistischen Nachbarn.

4.2 Spezifik von Mode und Bekleidung

Obgleich diese Arbeit die konsumgeschichtliche Entwicklung in ihrer ganzen Vielfalt betrachtet, wird die empirische Analyse an den Konsumgütern Mode und Bekleidung durchgeführt. Auch wenn Mode ein reichhaltiges Repertoire an Stilen, Farben, Formen und Mustern umfasst, werden hier darunter primär jene Aspekte der Bekleidung verstanden, welche für eine bestimmte Zeitspanne von einer Gruppe in der Gesellschaft getragen wird.¹⁵

Am Konsumgut Mode lassen sich tief greifende sozioökonomische, politische und ideologische Zusammenhänge aufzeigen. Die Konzentration auf diese Konsumgüter eröffnet archetypische Einblicke in die Entwicklung und die Genese ostdeutscher Ideale und Wirklichkeiten. Dieses Themenfeld weist ein hochgradiges Erkenntnispotenzial auf, wenn es etwa gilt, Prozesse der Individualisierung mit den systemgeförderten Kollektivierungsbestrebungen in Bezug zu setzen und einer Bewertung zu unterziehen. Den Intentionen der sozialistischen Führung entgegenlaufend, war auch in der DDR ein Trend zur Individualisierung spür- und sichtbar. Seine Entsprechung und Manifestation fand er vorzugsweise entlang modischer Leitbilder aus dem Westen. Das Individuum als Konsument und die Auseinandersetzung mit den systemimmanenten Unzulänglichkeiten begannen

¹² Vgl. Stephan Merl, "Sowjetisierung in der Welt des Konsums," in: *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Hg. Konrad Jarausch und Hannes Siegrist (Frankfurt am Main/New York: Campus, 1997); vgl. Stephan Merl, "Staat und Konsum in der Zentralverwaltungswirtschaft. Rußland und die ostmitteleuropäischen Länder," in: *Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18. bis 20. Jahrhundert)*, Hg. Hannes Siegrist, Hartmut Kaelble, und Jürgen Kocka (Frankfurt am Main/New York: Campus, 1997).

¹³ Vgl. Judd Stitzel, *Fashioning Socialism: Clothing, Politics and Consumer Culture in East Germany* (Oxford/New York: Berg, 2005), 9.

¹⁴ Vgl. Stefan Wolle, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, 3. Auflage (Berlin: Links, 2009), 264ff.

¹⁵ Vgl. Ingrid Loschek, *Fashion of the Century. Chronik der Mode von 1900 bis heute* (München: Battenberg, 2001); vgl. Thomas Schnierer, *Modewandel und Gesellschaft. Die Dynamik von ‚in‘ und ‚out‘* (Opladen: Leske und Budrich, 1995).

die ‚sozialistische Persönlichkeit‘ zunehmend zu bestimmen. Als eines der drei elementaren Grundbedürfnisse ist Bekleidung ein prädestiniertes Konsumgut, um diese Aushandlungen zu untersuchen. Die elementare Funktion von Kleidung gepaart mit Aspekten der individuellen Differenzierung eröffnen einzigartige Einblicke in miteinander verwobene politische, ökonomische, kulturelle und ideologische Diskurse.

Bereits der Soziologe Georg Simmel beschäftigte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts intensiv mit dem mehrdimensionalen Charakter von Mode. Nach seinem Dafürhalten konstituiert sich das *„Wesen der Mode [...] darin, dass immer nur ein Teil der Gruppe sie übt, die Gesamtheit aber sich erst auf dem Wege zu ihr befindet. Sie ist nie, sondern wird immer“*.¹⁶ Getreu diesem Leitsatz schöpft Mode seine Bestimmung aus dem Kreislauf von Nachahmung und Abgliederung. Dabei trachten die unteren Schichten danach, die modischen Praxen von den meinungsbildenden höheren Entitäten zu imitieren. Diese wiederum versuchen durch Schaffung neuer Moden und Trends die Abgrenzung von den Nachahmern wieder herzustellen.¹⁷

Bekleidung dient häufig als Katalysator individueller Identität und sozialer Distinktion und charakterisiert zudem die Zugehörigkeit zu einer Gruppe. Dementsprechend umfasst Mode mehr als den unmittelbaren Zweck der Bekleidungsfunktion, sie spiegelt vielmehr den (politischen) Zeitgeist, individuelle Stile und Lebensgefühle wider. Im sozialistischen Gesellschaftssystem, wo die fundamentalen Prinzipien der Egalität auf die Wünsche und Begierden nach individueller und sozialer Distinktion prallten, artikulierten sich diese Impulse, Aushandlungsprozesse und Reibungen in besonderer Weise. Nach Ansicht des Autors hatte Mode in der DDR zwar grundsätzlich einen vergleichbaren Stellenwert inne wie im kapitalistischen Westen, auf Grund der re(strin)gerenden Umgebungsbedingungen traten jedoch andere Ausgestaltungen hervor. Die Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung wollte auch in Bekleidungsfragen mit dem Weltniveau Schritt halten. Versorgungsprobleme waren dabei allgegenwärtiger Bestandteil des Alltags und machten vor modischen Belangen nicht Halt. Gerade im Bereich von Mode und Bekleidung wurde deutlich, dass Bestrebungen und Initiativen zur Modernisierung oftmals auf Grund der starren Strukturen wirkungslos blieben. So mussten in der industriell konzipierten Textilproduktion Abstriche gemacht werden, und den ostdeutschen Bürgern blieben manche Produkte durch rigide Exportvorgaben vorenthalten. Bekleidung erhielt auf Grund seiner Allgegenwärtigkeit und unmittelbaren Sichtbarkeit besondere politische Brisanz. Im Unterschied zu Engpässen und Fehlplanungen in der Schwerindustrie oder beim Maschinenbau rückten Unzulänglichkeiten bei Textilien, Schuhen etc. weitaus unmittelbarer in die öffentliche Wahrnehmung.¹⁸

In Sachen Mode verfolgte die Parteiführung das Ziel, einen kulturvollen Bekleidungsstil nach ideologischen Gesichtspunkten zu formen und so auf die Ausbildung einer sozialistischen Persönlichkeit einzuwirken. Wie über allen Lebensbereichen thronte auch hier das Primat der zentralen Planung. Stellvertretend definierte Meyers Neues Lexikon aus dem Jahre 1974 den

¹⁶ Klaus Lichtblau, Hg., *Georg Simmel. Soziologische Ästhetik* (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009), 51.

¹⁷ Vgl. *ibid.*, 23f, 49ff.

¹⁸ Vgl. Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, *Malimo & Co. Mode in der DDR zwischen Traum und Wirklichkeit* (Bielefeld: Kerber, 2011), 9f.

Stellenwert von Mode wie folgt: „*Mode vollzieht sich nicht spontan, sondern erfordert eine Lenkung und Einordnung in den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß, mit dem Ziel, die Übereinstimmung des einzelnen mit denen der sozialistischen Gesellschaft herzustellen.*“¹⁹

Mode und Bekleidung hatte den Interessen der Arbeiterschaft zu entsprechen und sich in kultureller Hinsicht in dieses Ideal zu fügen. Kleidung sollte in erster Linie durch Funktionalität, Zweckmäßigkeit und Langlebigkeit bestechen. Doch die ausgerufene Leistungsschau mit den kapitalistischen Nachbarn machte vor Mode und Bekleidung nicht Halt. Die qualitative und quantitative Versorgung der Bevölkerung mit Textilien wurde zusehends zum Gradmesser der Systeme.²⁰ So verkündete die Fachpresse zu Beginn der 1960er Jahre in systemkonformer Weise, dass die „*politische Bedeutung des Modeschaffens [...] in der Aufgabe begründet [liegt], die Vorzüge unserer sozialistischen Gesellschaft im Wettstreit mit dem Kapitalismus klar hervortreten zu lassen*“.²¹

Weitaus diffiziler als die politische und kulturelle Vereinnahmung von Modethemen gestaltete sich die effiziente ökonomische Bedarfssteuerung. Ausgelegt auf die Leistungsfähigkeit der eigenen Volkswirtschaft bestand die Parteivorgabe darin, Modisches zu propagieren, ohne Bedürfnisse zu wecken. Unter Nutzbarmachung vorhandener Rohstoffvorkommen und technischer Errungenschaften (z.B.: Chemieprogramm) sollte das geplante Sortiment im Stile industrialisierter Massenproduktion aufgebaut werden.²² Bei der Realisierung der Warenbereitstellung mittels Massenproduktion ortete die Parteiführung zunächst keine Schwierigkeiten. Wohlgemerkt ging es den Planern nicht um eine bewusste Beschränkung der Sortimentsbreite oder eine Uniformisierung der Bevölkerung denn um die Forcierung eines Kleidungsstils nach sozialistischen Gesichtspunkten. Wie diese Modelinie, deren „*Bedürfnisse zunehmend ein eigenes sozialistisches Gepräge*“²³ aufweisen sollte, jedoch im Detail auszusehen hatte, war nur vage definiert:

„*Die künstlerische Konzeption der Gestaltung entspricht dem Lebensstil unserer Menschen, orientiert auf das Schöne, Zweckmäßige und Optimistische [...] Damit verwirklicht er solche charakteristische Züge unseres modernen Stils wie Einfachheit, Schönheit, Leichtigkeit, Sparsamkeit im Ausdruck und Angemessenheit.*“²⁴

Demgemäß hatten Modethemen in der DDR den Interessen und Leitbildern der SED zu entsprechen. In der gelebten Praxis war die Steuerbarkeit von Modefragen weitaus problematischer und die Bedürfnisse der Bürger gingen selten konform mit dem herrschenden Diktat. Unter den engen Grenzen des politischen und ökonomischen Handlungsspielraumes litten insbesondere die Modeschaffenden. Eingebettet im anonymen Kollektiv der ‚werk tätigen Modemacher‘ gelang es den ingeniosen Köpfen nicht selten – trotz der kreativitätshemmenden Umgebungsbedingungen – höchst anspruchsvolle Bekleidungsstücke zu entwerfen. In Anbetracht der ständigen Präsenz internationaler Mode und

¹⁹ Meyers Neues Lexikon, 14. Auflage (Leipzig: Meyer, 1974), 460.

²⁰ Vgl. Ina Merkel, *Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR*, 6. Ausgabe (Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 1999), 252ff.

²¹ Karl-Ernst Schubert und Georg Wittek, "Zur Aufgabenstellung des Modeschaffens in der Deutschen Demokratischen Republik," *Mitteilungen des Instituts für Bedarfsforschung* 2, 2 (1963): 58.

²² Vgl. Thomas Kupfermann, Hg., *Das große DDR-Mode-Buch. Geschichten und Bilder aus dem Modealltag* (Berlin: Eulenspiegel, 2010), 28.

²³ Schubert und Wittek, "Aufgabenstellung," 57.

²⁴ Ibid.

Bekleidung in den Westmedien²⁵ geriet die staatlich exerzierte Bedarfssteuerung zunehmend zu einem hoffnungslosen Unterfangen.²⁶ Auf dem Politparkett trieb das Wettfeiern mit dem kapitalistischen Ausland mitunter seltsame Blüten. So akzeptierte die SED bis zu einem gewissen Grad die Führungsrolle des Westens in Mode- und Bekleidungsfragen, gleichzeitig wurde der Anspruch erhoben, mittels eigener ‚sozialistischer Bekleidungsstile‘ Beiträge zum internationalen Standard zu leisten. Selbst unter den staatlichen Organen herrschte Uneinigkeit über die Handhabung dieser Fragen. Oftmals zwischen Kritik, Nachahmung und Förderung schwankend fand die Partei einen Ausweg aus dem Dilemma, indem man ‚Extreme und exaltierte Modeausprägungen‘ als Ausgeburt des kapitalistischen Ausbeutungs- und Profitstrebens ächtete.²⁷ Ein gesellschaftliches Spezifikum in der DDR – und dies nicht nur in modischer Hinsicht – war mit Sicherheit der (formaljuristisch) hohe Grad an Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Seitens der Staatsführung wurde den werktätigen Frauen besondere Aufmerksamkeit gewidmet. Aus der gesetzlich verankerten Egalität resultierte eine der weltweit höchsten weiblichen Erwerbsquoten.²⁸ Den berufstätigen Frauen stand der Sinn freilich nicht nur nach alltagstauglicher Arbeitsmode.²⁹ Die Sehnsucht und das Verlangen nach modischen Elementen zur Differenzierung und Distinktion waren zweifelsohne groß: *„Auch in Rostock, Berlin, Suhl oder Eisenhüttenstadt zeigten Frauen sich feminin und modebewusst. Das war nicht anders als in Hamburg, München oder Nürnberg. Nur die Frauen waren anders, hatten andere Erfahrungswerte und Zielvorstellungen als ihre westlichen Geschlechtsgenossinnen.“*³⁰

Bei näherer Betrachtung differenziert sich das gesteuerte Uniformitätsdiktat und die (Mode-)Kultur zeigt sich weitaus abwechslungsreicher und ‚farbenfroher‘ als häufig dargestellt. So wirkte dem Ideal des vernünftigen und rationalen Modekonsums stets auch das starke Verlangen nach Ausdruck der eigenen Individualität entgegen.

²⁵ Neben den zwei staatlichen Fernsehprogrammen der DDR nutzten viele Bürger den Empfang von Westfernsehen als Informations- und Unterhaltungsquelle. Die Sender der BRD dienten als Röhre in die Freiheit und wurden zur allabendlichen kollektiven Ausreise intensiv in Anspruch genommen. Lediglich in einigen wenigen Randgebieten im Süd- und Nordosten des Landes (Bezirk Dresden, Karl-Marx-Stadt und Greifswald), wo etwa fünfzehn Prozent der Bevölkerung lebten, konnte aus technischen Gründen kein Westfernsehen bzw. bundesdeutscher Hörfunk empfangen werden. Für diese Gebiete pflegte man in der DDR die spöttisch-ironische Bezeichnung vom ‚Tal der Ahnungslosen‘; vgl. Claudia Dittmar, *Feindliches Fernsehen. Das DDR-Fernsehen und seine Strategien im Umgang mit dem westdeutschen Fernsehen* (Bielefeld: Transcript, 2010); vgl. Hans-Jörg Stiehler, *Leben ohne Westfernsehen. Studien zur Medienwirkung und Mediennutzung in der Region Dresden in den 80er Jahren* (Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2001); vgl. Michael Meyen, *Einschalten, Umschalten, Ausschalten? Das Fernsehen im DDR-Alltag* (Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2003).

²⁶ Vgl. Merkel, *Utopie*, 253f.

²⁷ Vgl. Stitzel, *Fashioning*, 64.

²⁸ Die Sozialisation der Heranwachsenden war auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ausgerichtet. Folglich überstieg die weibliche Erwerbsquote in der DDR die Verhältnisse in der BRD in erheblichem Maße. Für die sozialistische Führung war es ein vordringliches Bestreben, gleiche Rechte und Pflichten für beide Geschlechter durchzusetzen. Zusätzlich zu den Angleichungen der gesetzlichen Regelwerke im Familien- und Arbeitsrecht wurden sozialpolitische Maßnahmen zur Bildung eines sozialen Sicherungsnetzes landesweit umgesetzt. Bei all diesen staatlichen Bemühungen zur Gleichstellung darf nicht außer Acht gelassen werden, dass ein wesentliches Ziel darin bestand, die Arbeitskraft der Frau flächendeckend in die Produktionsprozesse zu integrieren. Der Anteil der Frauenerwerbsquote stieg kontinuierlich an und erreichte knapp vor der Wende (1989) einen weltweiten Spitzenwert von 85,05 Prozent erwerbstätiger Frauen im Alter zwischen fünfzehn und 60 Jahren; vgl. Statistisches Amt der DDR, Hg., *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990*, 35. Jahrgang (Berlin: Rudolf Haufe, 1990), 129, 390; vgl. Kurt R. Bach, "Sexualpädagogik und Sexualerziehung in der DDR," in: *Kindheit und Sexualität*, Hg. Kurt R. Bach, Harald Stumpe, und Konrad Weller (Braunschweig: Holtzmeier, 1993); vgl. Carmen Beilfuß, "Lust zwischen Versagung und Maßlosigkeit," in: *Sexualität BRD/DDR im Vergleich*, Hg. Pro Familia Landesverband Niedersachsen, Ruth Kuntz-Brunner, und Horst Kwast (Braunschweig: Holtzmeier, 1991).

²⁹ Vgl. Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, *Malimo*, 10.

³⁰ Ute Scheffler, *Chic im Osten. Mode in der DDR* (Leipzig: Buchverlag für die Frau, 2010), 11.

5. Konsum von Mode und Bekleidung in der DDR

5.1 Modischer Nachkriegsalltag (1945–1953)

Nach Ende des Zweiten Weltkriegs lag Deutschland in Trümmern, die Infrastruktur war weitgehend zerstört, und Seuchen bzw. Hunger bestimmten den Alltag der Menschen. Es mangelte an elementaren Dingen wie Kleidung, Nahrung und Wohnraum, wobei die Versorgung mit Lebensmitteln für die Bevölkerung zunächst die vordringlichste Überlebensaufgabe darstellte. In der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) übernahm die sowjetische Militäradministration (SMAD) am 9. Juni 1945 die Befehlsgewalt. Analog zu den westlichen Besatzungsmächten war diese Verwaltungsautorität nicht nur mit der Wiederherstellung von Ordnungsstrukturen befasst, sondern zeichnete auch für zivile Versorgungsfragen verantwortlich.³¹ Die Verwaltung der spärlich vorhandenen Ressourcen wurde im zerstörten Nachkriegsdeutschland zunächst per Lebensmittelkarten geregelt, wovon insgesamt fünf verschiedene Klassen im Umlauf waren. In der SBZ bekamen kommunistische Funktionäre, linientreue Künstler oder Schwerarbeiter höhere Rationen (Kategorie I und II), die nichtarbeitende Bevölkerung (Hausfrauen, Kinder etc.) oder belastete Personen mit nationalsozialistischer Vergangenheit (ehemalige Mitglieder der NSDAP, Schutzstaffel etc.) mussten mit der Lebensmittelkarte V haushalten. Die Zuteilungen bei dieser im Volksmund als ‚Hunger- oder Friedhofskarte‘ genannten Papiere waren äußerst spärlich und reichten kaum für das Notwendigste.³²

Zur Sicherung des Überlebens entwickelte die geschwächte Bevölkerung ein unglaubliches Improvisationsgeschick, es wurde reger Tauschhandel betrieben und der Schwarzmarkt florierte.³³ In sämtlichen Besatzungszonen war die Lage bis zum Jahr 1948 vergleichbar, alle Menschen litten gleichermaßen unter den Bedingungen. Die gesamtdeutsche Ausgangslage war in den ersten Nachkriegsjahren durch ein ähnliches Preisniveau (Festpreise) bzw. Lebensmittelkarten gekennzeichnet. Unmittelbar nach Kriegsende bestand die durchschnittliche Tagesration erwachsener Bürger zwischen 750 und 1.200 Kilokalorien. Diese Mengen hatten ihre Entsprechung in zwei Scheiben Brot, einer dünnen Haferflockensuppe und ein paar Kartoffeln. Noch im Jahr 1947 lag die Versorgung in allen Zonen Deutschlands bei lediglich 50 bis 70 Prozent des Existenzminimums.³⁴ Als

³¹ Vgl. Jan Foitzik, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949*, Band 44, Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte (Berlin: Akademie, 1999), 84.

³² Vgl. Margarete Dörr, *„Wer die Zeit nicht miterlebt hat...“: Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach*, Band 2, Kriegsalltag (Frankfurt am Main/New York: Campus, 1998), 89; vgl. Jürgen Engler, „Geistige Führer‘ und ‚arme Poeten‘. Autorenbilder der Nachkriegszeit,“ in: *Unterm Notdach. Nachkriegsliteratur in Berlin 1945–1949*, Hg. Ursula Heukenkamp (Berlin: Erich Schmidt, 1996), 62.

³³ Zur Deckung des notwendigsten Kalorienbedarfs informierten etwa Flugzettel und Zeitungen über die Möglichkeiten zur Verwertung der kümmerlichen Mittel wie Rübenblätter, Kräuter, Kartoffelschalen und Ähnliches.

³⁴ Die vielzitierten amerikanischen ‚Care-Pakete‘ – gefüllt mit Fleisch, Obst, Gemüse, Zucker, Getreide, Kaffee und Zigaretten – erreichten zwischen 1946 und 1960 die westlichen Besatzungszonen und leisteten mit Sicherheit einen Beitrag zur Linderung der eklatanten Versorgungsnot. Der Inhalt dieser Pakete diente zudem häufig als begehrtes Tauschobjekt. Weniger bekannt ist, dass es auch in der sowjetischen Besatzungszone ein Äquivalent in Form der sogenannten ‚Stalinpakete‘ (‚Pajok‘) gab, wobei deren Inhalt (Kartoffel, Erbsen, Schmalz, Fleisch) robusterer Natur war. Allerdings waren die Verteilung und der Zugang zu diesen sowjetischen Gaben stark reglementiert, zumeist systemtreuen deutschen Gesinnungsgenossen vorbehalten und erreichten keine flächendeckende (psychologische) Wirkung; vgl. Winfried Ranke, Carola Jüllig, und Jürgen Reiche, *Kultur, Pajoks und Care-Pakete. Eine Berliner Chronik 1945–1949* (Berlin: Nishen, 1994), 13f, 31; vgl. Volker Ilgen, *Care-Paket & Co. Von der Liebesgabe zum Westpaket*, Band 7, Geschichte erzählt (Darmstadt: Primus, 2008).

Reaktion auf das Nachkriegselend und in Anlehnung an die orthodoxe marxistisch-leninistische Lehre legte die DDR – Zeit ihres Bestehens – besonderes Augenmerk auf die flächendeckende Versorgung mit Gütern des Grundbedarfs wie Kleidung, Nahrung und Wohnung. Nur langsam durchmischte ein wenig Normalität und Ablenkung den täglichen Überlebenskampf.³⁵

In diesen schweren Zeiten hatte Bekleidung zunächst die Funktion einer wärmespendenden Hülle und bot Schutz vor den Witterungsbedingungen. Schon im Verlauf des ersten Nachkriegsjahres zirkulierten Modeflugblätter mit Tipps zum Anfertigen von Mänteln, Pullovers und Kinderbekleidung aus Stoffresten, Bettlaken oder ausgedienten Uniformen. Nahezu alle Reste fanden unter den Händen der geschickten Frauen eine neue Bestimmung: *„Diese ersten Nachkriegsjahre verlangten von den Modebewussten in Ost und West Kreativität und Organisationstalent gleichermaßen. Auf beides waren sie, zumindest im Osten Deutschlands, auch noch in den nächsten Jahrzehnten angewiesen.“*³⁶

Angeführt vom jungen Pariser Modeschöpfer Christian Dior eroberte 1947 eine neue – die weibliche Figur betonende – Mode die Welt und macht dabei auch nicht vor dem Osten Deutschlands Halt. Zwischen Trümmerbergen schneiderten Frauen aus vorhandenen Resten die gezeigten Schnitte aus den Modeblättern nach.³⁷ In politischer Hinsicht war diese Zeit von einer zunehmenden Verhärtung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und den westlichen Großmächten geprägt. In den von der Sowjetunion besetzten Gebieten setzte in der ersten Hälfte der 1950er Jahre eine Verstaatlichung der Industrie ein, und es wurde ein flächendeckendes Lenkungs-, Planungs- und Steuerungssystem nach planwirtschaftlichen Gesichtspunkten installiert. Mit Gründung der SED, welche aus einer Vereinigung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) und der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) hervorging, wurde die Umsetzung des sowjetischen Modells in Angriff genommen. Nicht zufällig firmierte der II. Parteitag der SED (1947) unter der Maxime ‚Mehr produzieren, gerechter verteilen, besser leben‘. Der Bevölkerung – mit der Arbeiterklasse als Speerspitze – wurde die Aufgabe übertragen, die gesellschaftlichen und ökonomischen Verhältnisse neu zu gestalten.³⁸ Bereits Mitte 1948 trat der erste Zweijahresplan in Kraft, der eine Steigerung der Arbeitsproduktivität um 30 Prozent zum Ziel hatte.³⁹ Zur Erreichung dieser planwirtschaftlichen Sollvorgaben etablierte die SED-Führung – getreu dem sowjetischen Vorbild – die sogenannte Stoßarbeiterbewegung. Beruhend auf dem Diktum, dass einzig die Produktivität der Arbeiterschaft über das Wohl der Gemeinschaft entscheidet, fand das sozialistische Anreizsystem seinen personifizierten Ausdruck im Bergarbeiter Adolf Hennecke.⁴⁰ In analoger Weise wurde die

³⁵ Vgl. Annette Kaminsky, *Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR* (München: Beck, 2001), 18; vgl. Arnd Bauerkämper, *Die Sozialgeschichte der DDR*, Band 76, Enzyklopädie deutscher Geschichte (München: Oldenbourg, 2005).

³⁶ Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, *Malimo*, 13.

³⁷ Vgl. Scheffler, *Chic*, 28.

³⁸ Vgl. *Manifest des II. Parteitages der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an das deutsche Volk*; abgedruckt in: *Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 20. bis 24. September 1947 in der Deutschen Staatsoper zu Berlin* (Berlin: Dietz, 1947), 515.

³⁹ Vgl. Merkel, *Utopie*, 39.

⁴⁰ Als Leitbilder im sozialistischen Wettbewerb überzeugten diese Aktivisten durch besonderen Einsatz. So propagierte die Parteiführung eine Plansollüberschreitung des Bergmanns Hennecke in einer Schicht um 384 Prozent. Als Orientierung diente das sowjetische Vorbild Alexej Stachanow, welcher in den 1930er Jahren ebenfalls (1.457 Prozent Überplanerfüllung) propagandistisch vereinnahmt wurde; vgl. Anne Hartmann und Wolfram Eggeling, *Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945–1953*, Band 7, Edition Bildung und Wissenschaft (Berlin: Akademie, 1998), 116.

Textilarbeiterin Frida Hockauf von der SED-Führung als ‚Heldin der Arbeit‘ modelliert und deren Leistungssteigerungen medienwirksam in Szene gesetzt. Entlang der Frida Hockauf zugeschriebenen Losung „*So wie wir heute arbeiten, werden wir morgen leben*“ (und konsumieren) sollten die Werktätigen nicht nur angehalten werden mehr, besser und billiger zu produzieren, sondern es wurde gleichzeitig für den vorläufigen Konsumverzicht geworben.⁴¹ Trotz stetiger Bemühungen und Versprechungen sollten sich jedoch die Verheißungen des ‚Morgen‘ – die Erreichung des vielgepriesenen Weltmaßstabs – zu keiner Zeit in der DDR einstellen.⁴²

Als Zäsur und erster Schritt in die Zweistaatlichkeit kann die Währungsreform in den Westzonen bzw. der sowjetischen Besatzungszone im Jahre 1948 taxiert werden. Während in der Bundesrepublik durch die Einführung der D-Mark das Wirtschaftswunder seinen Ausgang nahm und sich die Schaufenster schlagartig mit Waren füllten, waren im Ostteil zunächst keine vergleichbaren Verbesserungen in der Versorgung zu verzeichnen. Insbesondere die flächenmäßigen Reparationsleistungen und Demontagen durch die sowjetische Besatzungsmacht störten die effektive Wiedererrichtung industrieller Strukturen.⁴³ Hinzu kamen Rohstoffabhängigkeiten und Unzulänglichkeiten in der planwirtschaftlichen Steuerung.⁴⁴

Im Anschluss an die Gründung der DDR am 7. Oktober 1949 wurde im Jahr 1950 der erste Fünfjahresplan (1951–1955) ausgearbeitet. In dessen Fokus stand die Verdopplung der Industrieproduktion, wobei der forcierte Aufbau einer eigenen Schwer- und Hüttenindustrie, verbunden mit einer Zwangskollektivierung der privaten Unternehmen, die Hauptstoßrichtung bildete. Der eingeschlagene Weg – hin zum real existierenden Sozialismus – sollte dabei durch die Schaffung einer schlagkräftigen Streitkraft gesichert werden.

Obleich die Konsumgüterindustrie infolge der gewählten Schwerpunkte zurückstehen musste, setzte eine gewisse Stabilisierung der Lage ein, und für die Bevölkerung kehrte ein Stück Normalität zurück. Ende 1948 eröffneten die ersten Verkaufsstellen der staatlichen Handelsorganisation (HO), womit eine erste Regelmäßigkeit beim Warenangebot außerhalb des Schwarzmarktes verbunden war. In den Läden der HO bestand nicht nur die Gelegenheit Lebensmittel ohne Bezugsscheine zu erstehen, selbst Stoffe zum Selberschneiden fanden allmählich den Weg zurück in die Regale. Da es kaum konfektionierte Mode zu erschwinglichen Preisen gab, legten die Modeverlage (z.B.: Verlag für die Frau) in den HO-Geschäften Begleithefte auf, wo gezeigt wurde, wie man aus den verfügbaren Stoffen Kleidungsstücke selbst fertigen konnte.⁴⁵ Im Dezember 1948 lag der Umsatzanteil der verkauften Textilien in den HO-Geschäften bei 33,5 Prozent. Bereits 1950 entfielen 60 Prozent der Ausgaben von Familien mit mittleren Einkommen in diesen Verkaufsstellen auf Textilien. Neben der HO übernahm die Konsum-Genossenschaft (seit 1945) als zweitgrößte (staatliche) Handelskette ähnliche

⁴¹ Eckhard Mieder, *Die Geschichte Deutschlands nach 1945* (Frankfurt am Main/New York: Campus, 2002), 74.

⁴² Vgl. Birgit Wolf, *Sprache in der DDR. Ein Wörterbuch* (Berlin/New York: deGruyter, 2000), 95.

⁴³ Die im Verlauf des Krieges schwer zerstörten Textilproduktionszentren in Sachsen und Thüringen konnten den Betrieb auf Grund der Demontage eines Großteils der noch vorhandenen Maschinen und Produktionsmittel nur in eingeschränktem Maße wieder aufnehmen.

⁴⁴ Vgl. Christoph Buchheim, "Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland," *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 36, 2 (1988); vgl. Philipp Heldmann, "Das ‚Wirtschaftswunder‘ in Westdeutschland. Überlegungen zu Periodisierung und Ursachen," *Archiv für Sozialgeschichte* 36 (1996).

⁴⁵ Vgl. Hermann Weber, *Die DDR 1945–1990. Grundriss der Geschichte*, 5. Auflage (München: Oldenbourg, 2012), 25.

Verteilungsaufgaben. In jedem Dorf sollte ein Konsumladen eingerichtet werden, der neben Lebensmitteln ebenso Textilien im Angebot zu führen hatte.⁴⁶

In der zentralen Planwirtschaft hatten stets auch Modethemen ihren Platz. Bereits zu Beginn der 1950er Jahre wurden in Stadt und Land Modeschauen durchgeführt und eine große Palette an Modellen für unterschiedliche Frauenfiguren und Altersgruppen präsentiert. Gewiss waren die gezeigten Modelle für die Mehrheit der Bevölkerung zunächst unerschwinglich, doch ostdeutsche Modemacher – wie Carlheinz Jäger und Heinz Bormann – oder das Modehaus Lucie Kaiser füllten mit ihren Kreationen eine Lücke auf dem dünnen internationalen Modemarkett der frühen 1950er Jahre.⁴⁷

DDR-Mode bewegte sich schon früh im Spannungsfeld zwischen dem Ideal der ‚sozialistischen Bekleidungskultur‘ nach stalinistischer Prägung und den westlichen Konsum- und Modeleitbildern, welche durch Massenmedien (z.B.: Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS) Berlin, Radio Luxemburg, westdeutsche Film- und Hörfunksendungen) und Filmvorführungen vermittelt wurden. Bill Haley, James Dean, Marlon Brando, Elvis Presley, Caterina Valente, Grace Kelly oder Gino Lollobrigida übten in modischer Hinsicht weitaus höhere Anziehungskraft auf die junge (ost)deutsche Bewohnerschaft aus als die ‚Schlagerlotterie‘ (ab 1958 ‚Schlagerrevue‘) des ostdeutschen Fernsehens. Auf filmischem Terrain zogen die westlichen Kinoproduktionen (z.B.: ‚Wenn die Conny mit dem Peter‘) die Betrachter ebenso eher in ihren Bann als die sozialistischen Gegenstücke (z.B.: ‚Meine Frau macht Musik‘). Mit den wilden 50er Jahren und dem sich ausbreitenden amerikanischen Konsummodell ging kleidungstechnisch ein Ruck durch die sozialistische Welt.⁴⁸

An dieser Stelle sollte das 1952 gegründete Institut für Bekleidungskultur (ab 1957 Deutsches Modeinstitut) dazu beitragen Kollektionen zu entwerfen und Maßstäbe zu setzen, mit der Zielsetzung dem sozialistischen Gestaltungsbild zu entsprechen und die Mode „von den Einflüssen der amerikanischen Unkultur“ frei zu halten.⁴⁹ Nach den Vorstellungen der Parteiführung bestand eine wesentliche Aufgabe dieser Einrichtung in der Anleitung und Steuerung der Mode- und Bekleidungsindustrie. Für die werktätige Bevölkerung sollte eine sozialistische Modelinie entwickelt und kultiviert werden. Auf Grund der vielschichtigen Verzahnungen mit internationalen Trends und Märkten zeigte der Modesektor eine gewisse Resistenz gegenüber diesen staatlichen Gestaltungsanleitungen. So räumten die entsprechenden Stellen schließlich ein: „*Unsere eigene Entwicklung befand sich [...] oftmals im Schlepptau des kapitalistischen Modegeschehens.*“⁵⁰

Häufig standen die Ideen der Modeschaffenden in Opposition zu den ausgegebenen Richtlinien, und noch öfters scheiterte eine Übernahme der Modelle in den Produktionsbetrieb am permanenten

⁴⁶ Vgl. Bruno Leuschner, *Ökonomie und Klassenkampf. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1945–1965* (Berlin: Dietz, 1984), 285ff.

⁴⁷ Heinz Bormann schneiderte nicht nur für die Politprominenz der DDR, zu denen etwa Lotte Ulbricht zählte, sondern belieferte auch den NSW und war damit ein wichtiger Devisenbringer. Im Jahr 1956 wurde der Betrieb unter staatliche Beteiligung gestellt (mit Heinz Bormann als Direktor), schließlich 1972 endgültig enteignet und fortan als Volkseigener Betrieb (VEB) Magdeburger Damenmoden fortgeführt; vgl. Ulrike Köpp, "Heinz Bormann – der Dior der DDR," *Utopie kreativ* 123, Jänner (2001); vgl. Scheffler, *Chic*, 133ff.

⁴⁸ Vgl. Wolfgang M. Weber und Wolfgang Stemmler, *50 Jahre Deutsches Fernsehen. Ein Rückblick auf die Lieblingssendungen in West und Ost* (München: Battenberg, 1999), 156.

⁴⁹ Elli Schmidt, "Das Institut für Bekleidungskultur und seine Aufgaben," *Die Bekleidung* 1 (1954), zitiert nach: Rebecca Menzel, *Jeans in der DDR. Vom tieferen Sinn einer Freizeithose* (Berlin: Links, 2004), 19.

⁵⁰ Schubert und Wittek, "Aufgabenstellung," 55.

Mangel an hochwertigen Stoffen und den notwendigen Produktionsmitteln in den volkseigenen Betrieben.

Insbesondere das Jahr 1953 stellte eine ideologische und ökonomische Zäsur dar. Unmittelbar nach Stalins Tod im März 1953 setzte in der Sowjetunion eine Abkehr vom Kurs des oktroyierten Konsumverzichts ein. Infolge der wirtschaftspolitischen Neuausrichtung wurde nun die vorrangige Entwicklung der Konsumgüterproduktion – zu Lasten der Schwerindustrie – propagiert. In dieser Hinsicht hinkten die Geschehnisse in der DDR den Ereignissen im Staat des großen kommunistischen Bruders hinterher. Infolge der wachsenden Unzufriedenheit durch Normerhöhungen und Mangelversorgung kam es am 17. Juni 1953 zu Arbeiteraufständen, die – von Berlin ausgehend – das ganze Land erfassten. Der politischen Führungselite wurde im Sommer 1953 erstmals das emanzipatorische bzw. systemsprengende Potenzial der schwelenden Versorgungs- und Konsumprobleme vor Augen geführt. Seitens der Staatsführung war man bemüht die Proteste als Treiben widerlich buntkariierter Jünglinge zu beschreiben, welche von Provokateuren des amerikanischen Klassenfeindes zu den Protesten angestiftet wurden. Dazu passend zeigten die DDR-Medien Bilder von gefassten jugendlichen Demonstranten, auf deren T-Shirts und Krawatten die Insignien des Klassenfeindes – lassoschwingende Cowboys und halbnackte Mädchen – zur Schau getragen wurden (Abbildung 2).⁵¹

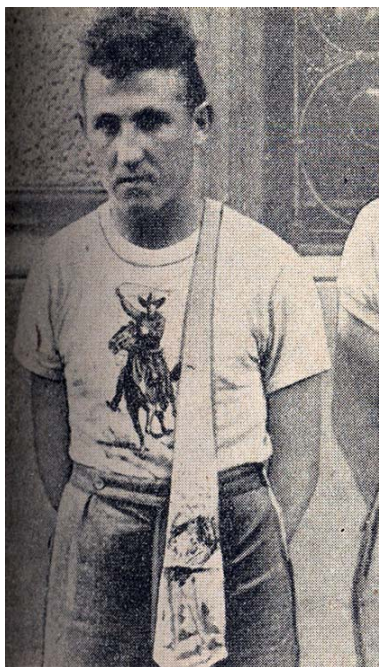


Abbildung 2: Verhafteter Provokateur mit den Insignien des Klassenfeindes

Im entsprechenden Beitrag des Zentralorgans stand dazu zu lesen: „Texashemd mit Cowboy, Texaskrawatte mit der Abbildung nackter Frauen, Texasfrisur, Verbrechergesicht – das sind die Ritter der ‚abendländischen Kultur‘, die typischen Vertreter der amerikanischen Lebensweise.“⁵²

Auf die Möglichkeit einer inhaltlichen Solidarisierung der Jugendlichen mit dem Arbeiteraufstand wurde in den offiziellen Analysen kaum Bezug genommen. Als Reaktion auf die Unruhen im Land und im Schlepptau der innersowjetischen Neuausrichtungen begann die DDR mit dem Aufbau eines engmaschigen Sicherheitsnetzes (Ministerium für Staatssicherheit (MfS), Nationale Volksarmee (NVA) etc.). Zur Beruhigung der Massen wurde dabei auch die Konsumgüterindustrie forciert. Man begann die Prioritäten im ersten Fünfjahresplan entsprechend zu adaptieren, die gewünschte Wirkung war bis zu dessen Ende (1955) jedoch (noch) nicht zu verspüren.

⁵¹ Die Volkspolizei, "Provokateur mit den typischen Kennzeichen," *Die Volkspolizei* 1 (1953): 11. Seit dem Aufstand vom 17. Juni 1953 wurden T-Shirts im Politjargon fortan zumeist abfällig als ‚Texashemd‘ tituiert; vgl. Wiebke Janssen, *Halbstarke in der DDR. Verfolgung und Kriminalisierung einer Jugendkultur* (Berlin: Links, 2010), 119.

⁵² Neues Deutschland, "So sieht die faschistische Brut der Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter aus," *Neues Deutschland*, 21. Juni 1953, 2.

5.2 *Wunderwirtschaft Ost (1954–1971)*

Während in der BRD das Wirtschaftswunder zur vollen Entfaltung gelangte, musste die DDR-Führung ihren Bürgern vermitteln, dass die bestehenden Mängel und Unzulänglichkeiten in der Versorgung lediglich als Nebenerscheinung auf dem Weg zur sozialistischen Überlegenheit zu taxieren sind. Unter der von Parteichef Walter Ulbricht ausgegebenen Devise ‚Modernisierung, Mechanisierung, Automatisierung‘ setzte der zweite Fünfjahresplan (1956–1960) zur Produktivitätssteigerung ganz auf die Forcierung von Wissenschaft und Technik.⁵³ Der Textilmaschinenbau erhielt den Auftrag leistungsstarke Neukonstruktionen zu entwickeln und in die Produktion einzuführen. Insbesondere Innovationen im Atom- und Chemiesektor sollten dabei die Konsumgüter- und Textilindustrie befruchten und katalysieren. Als quantitativ fassbares Ziel wurde von der Staatsführung die Ausweitung der Konsumgüterproduktion bis 1960 um 40 Prozent ausgerufen. Tatsächlich stellte sich ab Mitte der 1950er Jahre eine wahrnehmbare Verbesserung der ökonomischen Situation ein. Die Versorgung mit Grundnahrungsmitteln erfuhr eine gewisse Stabilisierung, und die Förderung der Konsumgüterindustrie zeigte spürbare Erfolge. Nachdem in der BRD die Lebensmittelkarten und -marken im Jahr 1950 ausliefen, konnte dieses ‚Relikt‘ der Nachkriegszeit im Mai 1958 auch in der DDR abgeschafft werden. Hinsichtlich einer Relativierung dieser Abrogation ist anzumerken, dass knappe Lebensmittel, wie Eier, Fleisch oder Butter bis Ende der 1960er Jahre nur gegen Vorlage eines geschäftsgebundenen Ausweises an die Konsumenten abgegeben wurden. Im Falle temporärer Mobilität (Urlaub, zeitweiliger Wohnsitzwechsel, beruflich bedingter auswärtiger Einsatz etc.) war eine Meldebestätigung des heimischen Händlers mitzuführen.⁵⁴

Angetrieben von den Erfolgen in Raumfahrt und Schwerindustrie bekam das kommunistische Selbstbewusstsein im Verlauf der 1950er Jahre neuen Auftrieb. Die Sowjetunion und seine assoziierten Bruderstaaten im Ostblock schienen im Wettlauf der Systeme aufzuholen, und es war zu jener Zeit keineswegs klar ersichtlich, welches System die Oberhand behalten sollte. Aus dieser gestärkten Eigenwahrnehmung heraus verlagerte die DDR den Kampf der Systeme auf das Schlachtfeld des Konsums.⁵⁵ Basierend auf den kommunistischen Gleichheits- und Verteilungsprinzipien wurde ein sowjetisches Konsummodell geschaffen. Dahinter stand die Überzeugung, die kommunistische Wirtschaftsordnung würde eine höhere (inhärente) Leistungsfähigkeit aufweisen als das kapitalistische Gegenstück. Das sowjetische Konsummodell wies in mehrerer Hinsicht fundamentale Unterschiede zum ‚Amerikanismus‘ auf. Getreu den generellen kommunistischen Prinzipien unterstand der Konsum primär dem lenkenden und planenden Diktat der Politik. Zudem beschränkte die planwirtschaftliche Führung die korrektiven Maßnahmen nicht auf bloße Regulierungs- und Verteilungsaufgaben. Die Befriedigung der Konsumbedürfnisse wurde in der DDR

⁵³ Der zweite Fünfjahresplan wurde 1959 in einen Siebenjahresplan umgewandelt, welcher unter dem Leitbild ‚des Friedens, des Wohlstand und des Glücks‘ firmierte.

⁵⁴ Vgl. Peter Borowsky, *Deutschland 1945 bis 1969* (Hannover: Fackelträger, 1993), 231; vgl. Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, *Sozialistische Außenwirtschaft*, Band 6 (Berlin: Verlag Die Wirtschaft, 1956), 88f.

⁵⁵ Die Sowjetunion leitete mit dem ersten künstlichen Satelliten (Sputnik 1) in der Erdumlaufbahn den Beginn der Raumfahrt ein. Dieses Ereignis und die verbundene Erkenntnis, dass die USA mit sowjetischen Interkontinentalraketen erreichbar waren, stärkte das Selbstbewusstsein im Ostblock und löste im Westen ein immenses Bedrohungsgefühl aus.

(ab Mitte der 1950er Jahre) zunehmend zu einer tragenden Säule der Herrschaftslegitimation und Machtbehauptung. In diesem Kontext erhob man die Lösung konsumpolitischer Frage- bzw. Problemstellungen zum Gradmesser für das sozialistische Systems. Am V. Parteitag der SED (1958) wurde das Primat vom ‚Einholen und Überholen des Westens‘ dahingehend konkretisiert, dass die ökonomische Hauptaufgabe darin besteht, die Volkswirtschaft der DDR

*„innerhalb weniger Jahre so zu entwickeln, daß die Überlegenheit der sozialistischen Gesellschaftsordnung gegenüber der kapitalistischen Herrschaft umfassend bewiesen wird. Deshalb muß erreicht werden, daß der Pro-Kopf-Verbrauch der werktätigen Bevölkerung an allen wichtigen Lebensmitteln und Konsumgütern höher liegt als der Pro-Kopf-Verbrauch der Gesamtbevölkerung Westdeutschlands“.*⁵⁶

Ein weiterer wesentlicher Unterschied zur ‚Amerikanisierung‘ ist in der Beziehung zum realen wirtschaftlichen Leistungsvermögen verankert. So stand der Konsum – und dessen Steigerung – in der DDR in keiner direkten Beziehung zu den tatsächlichen wirtschaftlichen Möglichkeiten. Mit der weitgehenden Aufhebung der Rationierungen hatte die DDR gegen Ende der 1950er Jahre einen symbolischen Abschluss mit den Entbehrungen der Nachkriegszeit vollzogen. Binnen zehn Jahre sollte die Bundesrepublik bei Grundnahrungsmitteln, Bekleidung und dauerhaften Konsumgütern, wie Fernsehgeräte, Kühlschränke oder Waschmaschinen, verdrängt werden. In den 1950er Jahren waren die Grenzen zwischen Ost und West noch durchlässig, der mediale Austausch gegeben und wechselwirkende Kontakte zahlreich vorhanden. Caprihosen, Petticoat, Lederjacken, Röhrenhosen und Jeans traten im Westen ihren Siegeszug an und fanden ihren Weg in die DDR.

Auch in modischer Hinsicht trachtete der ostdeutsche Staat danach seine Überlegenheit unter Beweis zu stellen. Zu Beginn der 1950er Jahre erreichte die Textilindustrie in der DDR einen Anteil von etwa zwölf Prozent (1950 und 1951 jeweils 12,1 Prozent, 1952: 11,6 Prozent, 1950: 10 Prozent) an der industriellen Bruttoproduktion und hatte dabei mehr als fünfzehn Prozent Anteil am Profit der staatseigenen Betriebe. In dieser Epoche wurde dem freien Unternehmertum noch ein gewisser Handlungsspielraum zugestanden. Nach dem II. Parteitag (1955), bis zur Ausrufung des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖSPL), setzte eine intensive Phase der Enteignung und Verstaatlichung von privaten Produktionsbetrieben ein. Viele Unternehmer wanderten daraufhin in die BRD aus, wodurch der Anteil der Textilindustrie im Vergleich zur gesamten Industrieproduktion bis 1960 auf 8,9 Prozent sank.⁵⁷ Obgleich die Wirtschaft in Westdeutschland eine weitaus weniger ausgeprägte Textiltradition vorzuweisen hatte, mussten die sozialistischen Wirtschaftsanalytiker anerkennen, dass es der Bundesrepublik – aufgrund umfangreicher Investitionen – gelang in höherer Qualität und Quantität zu produzieren. Zudem lagen die Produktionskosten in

⁵⁶ Zentralkomitee Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, *Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus* 14, 7–12 (1959): 1280.

⁵⁷ In Hinblick auf die Gesamtindustrie wiesen die Privatunternehmer einen überproportional hohen Anteil an der Textilindustrie auf; vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg., *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik* 1955, 1. Jahrgang (Berlin: VEB Deutscher Zentralverlag, 1956), 154f; vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg., *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik* 1959, 5. Jahrgang (Berlin: VEB Deutscher Zentralverlag, 1960), 280f; vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg., *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik* 1960/61, 6. Jahrgang (Berlin: VEB Deutscher Zentralverlag, 1961), 154f.

Westdeutschland auf Grund der fortgeschrittenen Automatisierung auf einem vergleichsweise niedrigeren Niveau als im Osten.⁵⁸

Das Ministerium für Handel und Versorgung (MfHV) der DDR war auf Grund der Komplexität des ökonomischen Beziehungsgeflechts nicht in der Lage, die übertragene Aufgabe als Substitut der freien Marktregulierung auf effiziente Art und Weise auszufüllen. In Bezug auf die kommunizierte Konsumwende erforderte die unzureichende Effizienz der planwirtschaftlichen Stellen die zunehmende Subvention von Gütern. In diesem Zusammenhang wurde – unter Einbeziehung des ideologischen Dogmas der sozialen Gerechtigkeit – eine Segregation in Waren (bzw. Dienstleistungen) des Grundbedarfs und von Luxusgütern vorgenommen. Grundnahrungsmittel, Mieten, öffentliche Verkehrsmittel oder sozialistisch approbierte Kulturveranstaltungen zählten zum Grundbedarf und wurden mit bis zu 80 Prozent der Gesamtkosten staatlich gefördert. Textilien, Industriewaren und andere hochwertige Produkte (der Luxuskategorie) wurden hingegen künstlich verteuert. Rasch wurde evident, dass diese gesteuerten Disproportionen zu keiner wechselseitigen Kompensation geeignet waren. Die wahrgenommenen Preisvorteile verschoben sich zunehmend zugunsten des Klassenfeindes, da die subventionierten Waren und Dienstleistungen von vielen DDR-Bürgern mit der Zeit gar nicht mehr als Kostenstelle wahrgenommen wurden.⁵⁹

Diese korrektiven Maßnahmen, die ganz im Banne des sozialistischen Egalitätsanspruches standen, sollten mit einer hohen Arbeitsproduktivität und einer künstlichen Verteuierung von Produkten und Dienstleistungen der definierten Kategorie ‚Luxus‘ kompensiert werden. Tatsächlich jedoch war diese Praxis durch extreme Ineffizienz gekennzeichnet und belastete den Staatshaushalt enorm. Zur Erzielung ökonomischer Skalenerträge und zur Etablierung einer nachhaltigen Innovationskultur fehlten dadurch die Mittel.⁶⁰ Zumindest in Ansätzen gelang es der sozialistischen Propaganda diese interdependenten Zusammenhänge vor der Bevölkerung zu dissimulieren. Während die Axiome der Sowjetisierung des Konsums agitatorisch in den Mittelpunkt gerückt wurden und sich als Überlegenheit des Sozialismus über den Klassenfeind in der Bevölkerung sedimentierten, blieb die Unfinanzierbarkeit des Modells ein Tabuthema. Insbesondere die Preispolitik zeigt eindringlich, wie man in der eigenen Ideologie gefangen war und die systemsprengende Wirkung des Konsums (selbst) katalysierte. Die Preis- und Subventionspolitik wurde für die planwirtschaftlichen Ökonomen zum wichtigsten Instrument der makroökonomischen Gestaltung. Im Unterschied zum westdeutschen System der freien Marktwirtschaft übte der Preis in der DDR keine marktregulierende Funktion aus. Vielmehr sollten die Preise soziale Gerechtigkeit herstellen (oder zumindest suggerieren) und als Instrument zur Bedarfssteuerung dienen.⁶¹

⁵⁸ Vgl. Jörg Roesler, "Ausgangsbedingungen und Entwicklung der Textilindustrie beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR (bis 1960)," *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Industriezweige in der DDR 1945 bis 1985* Sonderband 1988 (1989): 98ff.

⁵⁹ Vgl. Karsten Laske, "Damals in der DDR. Plan und Pleite (Teil IV) [Film]," in: *Damals in der DDR* (Deutschland: Polyband Bild- und Tonträger GmbH, 2006).

⁶⁰ Ein wesentlicher Aspekt war dabei, dass die Preise für subventionierte Waren zwar konstant gehalten wurden, die Kosten für Rohstoffe, Energie etc. jedoch sehr wohl stiegen.

⁶¹ Vgl. Jennifer Schevardo, *Vom Wert des Notwendigen. Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre*, Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte: Beihefte; 185 (Stuttgart: Franz Steiner, 2006).

Das sozialistische Preisprimat hatte gravierende Auswirkungen auf die Volkswirtschaft des Landes. Mit dem Erscheinen technischer Neuerungen auf dem gesteuerten Markt sanken vergleichbare, aber

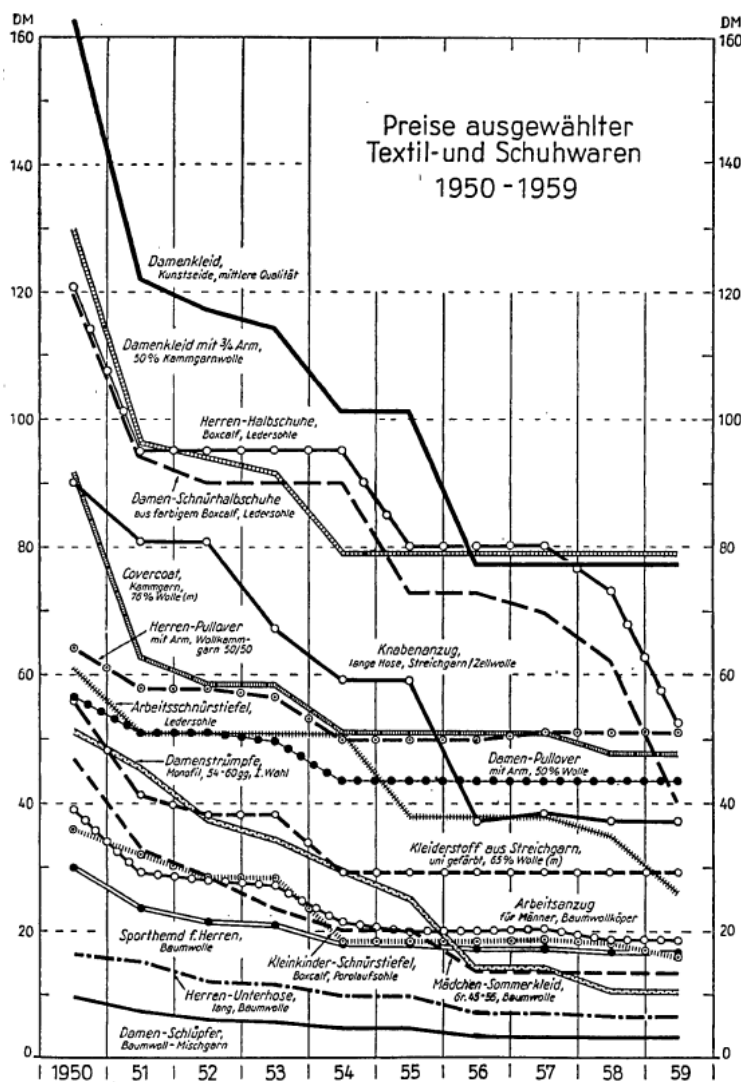


Abbildung 3: Preise ausgewählter Textil- und Schuhwaren in der DDR (1950-1959)

statistiken, werden die Effekte der jeweiligen wirtschaftspolitischen Leitbilder und der Subventionspolitik augenfällig. So wurde die DDR wohl dem sozialistischen Selbstanspruch gerecht die BRD im Pro-Kopf Verbrauch bei Grundnahrungsmitteln zur überholen. Auch lagen alle anderen hochsubventionierten Preise, wie für Mieten, öffentliche Infrastruktur etc. unter dem westdeutschen Niveau.⁶⁴

technologisch veraltete, (dauerhafte) Konsumgüter des exklusiven Bedarfs in die Kategorie des Grundbedarfs. Die Politik der Fixpreise stand dieser natürlichen Dynamik jedoch vielfach im Wege. Zudem wurden das Angebot und die Liste der Grundbedarfsgüter mit der Zeit immer kürzer, da die Planer das Festpreisprinzip auch für indirekte Preiserhöhungen nutzbar machten. Die niedrigen Preise ‚beförderten‘ die Verschwendung subventionierter Waren.⁶²

Eine weitere negative Begleiterscheinung dieser Praxis bestand darin, dass jene Betriebe, welche subventionierte Waren herstellten, in der Regel danach trachteten sich dieser Produktion zu entledigen.⁶³

Im Hintergrund der Konsum- und Preispolitik thronte stets der Vergleichskampf mit dem westdeutschen Klassenfeind. Fällt der Blick auf die offiziellen Konsum-

⁶² Dieser Umstand ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass die im Jahr 1958 festgesetzten Preise für Grundnahrungsmittel bis zum Ende der DDR per planwirtschaftlichen Dekret konstant gehalten wurden.

⁶³ Vgl. Merkel, *Utopie*, 41f; vgl. André Steiner, Hg., *Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich*, Band 35, Zeithistorische Studien (Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 2006).

⁶⁴ Die nicht marktkonformen Preisstützungen bei den elementaren Grundbedürfnissen erfuhren bis zum Ende der DDR keiner Revision. So wendeten die Ostbürger noch im Jahr 1989 im Durchschnitt lediglich 3,4 Prozent (etwa 80 Ostmark) ihres verfügbaren Einkommens für Miete, Strom, Gas, Wasser und Heizung auf. In Westdeutschland lag der entsprechende Durchschnitt bei mehr als zwanzig Prozent. Obgleich manche wirtschaftliche Entscheidungsträger kostendeckende Mieten als Schritt aus der Misere in Erwägung zogen, wurde – aus Angst vor Unruhen in der Bevölkerung – unabänderlich an der Sozial- und Festpreispolitik festgehalten; vgl. Statistisches Amt der DDR, *Jahrbuch 1990*, 319; vgl. Statistisches Bundesamt, Hg., *Datenreport 1999*, 365 (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2000), 117.

Bei den hochwertigen Konsumgütern, wie Textilien, Industriewaren, Elektrogeräten etc. herrschten umgekehrte Verhältnisse vor. Zwar konnte in den Jahren 1950 bis 1959 ein Sinken des Preisniveaus bei Textilien und Schuhwaren verzeichnet werden (Abbildung 3), jedoch blieben die anteiligen Ausgaben auf konstant hohem Niveau.⁶⁵

In Abhängigkeit des Einkommens und der Familiengröße gab eine ostdeutsche Familie im Jahr 1959 zwischen 10,2 und 12,2 Prozent des Einkommens für Mode und Bekleidung aus. 1989 betrugen die durchschnittlichen Ausgaben von Arbeitern und Angestellten für Schuhe, Taschen, Sattlerwaren (2,7 Prozent), Textilien und Bekleidung (9,7 Prozent) und konfektionierte Oberbekleidung (4,0 Prozent) bereits 16,4 Prozent des Haushaltsbudgets. Im Vergleich dazu lagen die entsprechenden Aufwendungen in der Bundesrepublik bei 7,9 Prozent (1990). Bekleidung wurde in der DDR jedoch nicht pauschal als Luxusgut kategorisiert. Im Unterschied zu hochwertigen und modischen Kleidungsstücken unterlag etwa Kinder- und Arbeitsbekleidung einer intensiven staatlichen Subvention.⁶⁶ Dies führte mitunter zu Engpässen bei der Versorgung mit Kinder- und Jugendbekleidung, da vor allem schlanke Frauen (und Männer) diese Regelung für den Eigenbedarf zu nutzen wussten.

Die subjektiven Bedürfniskonstellationen des ostdeutschen Kollektivs verschoben sich zugunsten des westlich konnotierten Konsumstils. Errungenschaften des Sozialismus, wie ein extrem niedriges Mietniveau, immense Preisvorteile bei Grundnahrungsmitteln oder im öffentlichen Nahverkehr wurden von weiten Teilen der Bevölkerung hingegen nicht mehr entsprechend gewürdigt. Zieht man das verfügbare Zahlenmaterial zu den dauerhaften Konsumgütern heran, so ist doch eine entsprechende Lücke bei zahlreichen Konsumgütern zu verzeichnen. Bei der Gestaltung des Datenmaterials ist den sozialistischen Statistikern mitunter ein ausgeprägter Hang zur ‚Kreativität‘ zu bescheinigen. So wurden etwa mechanisch betriebene Waschtöpfe in der Statistik als ‚Waschmaschinen‘ geführt und fielen somit in die gleiche Kategorie wie die technisch weitaus hochwertigeren Elektrovollwaschautomaten, die im Westen zum Einsatz kamen. In ähnlicher Weise sind die Angaben bei zahlreichen anderen veröffentlichten Statistiken zu bewerten, da bei Vergleichen und Gegenüberstellungen mit dem Klassenfeind oftmals technisch rückständige Gerätschaften in die Darstellungen miteinbezogen wurden (Abbildung 4).⁶⁷

⁶⁵ Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, *Jahrbuch 1959*, 229.

⁶⁶ Vgl. *ibid.*, 236; vgl. Statistisches Bundesamt, *Datenreport 1999*, 117.

⁶⁷ Vgl. Manfred Euler, "Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern im Januar 1988," *Wirtschaft und Statistik* 5, 1989 (1989): 309; vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg., *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1984*, 29. Jahrgang (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1984), 281; vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg., *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1986*, 31. Jahrgang (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1986), 281; vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg., *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1989*, 34. Jahrgang (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1989); vgl. Statistisches Bundesamt, Hg., *Datenreport 1987*, 257 (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1987), 115; vgl. Stefan Wolle, *Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961–1971* (Berlin: Links, 2011), 182ff.

Ausstattungsgrad in der DDR (BRD) im Bezugsjahr pro 100 Haushalte	1955 (1955)	1960 (1962)	1970 (1973)	1983 (1983)	1988 (1988)
Personenkraftwagen	0,2 (k.A.)	3,2 (27)	15,6 (55)	41,6 (65)	52 (68)
Telefonanschlüsse	- (-)	- (14)	6 (51)	12 (88)	16 (93)
Farbfernsehgeräte	- (-)	- (-)	0,2 (15)	30 (73)	51,8 (87)
Gefrierschränke	- (-)	- (3)	0,5 (28)	21 (65)	42,7 (70)
Waschmaschinen ^A	0,5 (k.A.)	6,2 (34)	53,6 (75)	86,8 (83)	99 (86)
^A Westzahlen umfassen reine Waschvollautomaten; Ostzahlen ab 1970 beinhalten auch technisch minderwertige Waschapparaturen wie handbetriebene Waschtöpfe!					

Abbildung 4: Ausstattungsgrad von Haushalten mit ausgewählten Konsumgütern

Den verantwortlichen Stellen im MfHV blieben die Unzulänglichkeiten bei der Versorgung mit Konsumgütern nicht verborgen. Um eine bedarfsgerechte Herstellung und eine effizientere Verteilung des Warenstroms zu bewerkstelligen, intensivierte man die Bemühungen der sozialistischen Marktbeobachtung. Insbesondere das Institut für Marktforschung wertete das erhobene Datenmaterial nach verschiedenen makro- und mikroökonomischen Gesichtspunkten aus und versuchte auf diese Weise im Voraus Erkenntnisse zu Entwicklungen von Angebot, Nachfrage und Preisen zu gewinnen, wobei die

*„[...] Planer wussten, wie groß das Angebot an Konsumgütern ungefähr sein würde und was diese Waren kosten würden. Die Einnahmen der Bevölkerung sollten den Wert des Warenangebotes nicht zu weit übersteigen. Sonst war mit leer gekauften Läden und einem Geldüberhang bei der Bevölkerung zu rechnen“.*⁶⁸

Eine wesentliche Charakterisierung des DDR-Alltags bestand im gleichzeitigen Auftreten von Mangel und Überfluss. Gab es Damenhosen in Rostock, dann fehlten welche in Suhl, stapelten sich die Kinderhosen in Karl-Marx-Stadt und Dresden so kam es vor, dass es in den nördlichen Bezirken an eben solchen Gütern mangelte. Fehlten dann dunkler Zwirn und Baumwolle, so stellte die Industrie einfach helle Anzüge aus Chemiefasern her. Um die Nachfrage mit der Produktion in Einklang zu bringen, wurde die Bevölkerung dazu animiert, nicht nach Bedarf sondern nach Verfügbarkeit zu kaufen. Zur Adressierung dieses Problems und zur Gewährleistung einer gleichmäßigen Versorgung im Staatsgebiet beschloss die Staatsführung 1954 die Einrichtung von Versandhäusern nach westdeutschem Vorbild.⁶⁹

Entsprechend den ausgegebenen Maximen ‚Moderne Menschen kaufen modern und sozialistisch‘ und ‚Keine Zeit verlaufen, im Versandhaus kaufen‘ eröffnete 1956 das erste staatliche Versandhaus

⁶⁸ Philipp Heldmann, *Herrschaft, Wirtschaft, Anoraks. Konsumpolitik in der DDR der Sechzigerjahre*, Band 163, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2004), 64.

⁶⁹ Besonders augenscheinlich war die unverhältnismäßige Bevorzugung der großen Städte im Warenangebot. Da sich die verfügbaren Waren in den Kaufhallen der Städte konzentrierten, waren die Menschen vielfach gezwungen in die Verwaltungsstädte oder sogar nach Berlin zu reisen, wollte man eine reelle Chance haben das gewünschte Gut zu ergattern.

(Centrum) in Leipzig.⁷⁰ Die Kunden nahmen diese Einkaufsmöglichkeit begeistert an, und so zählte man schon zwei Jahre nach Installation dieses Vertriebskanals mehr als 225.000 Kunden. Schon bald erreichte das Versandhaus in Leipzig seine Kapazitätsgrenzen, und man versuchte mit Eröffnung einer zweiten derartigen Einrichtung in Karl-Marx-Stadt (Versandhaus Konsument ab 1961) für Entlastung zu sorgen. Dem Versandhaus Centrum wurde die Aufgabe übertragen den gehobenen Bedarf der Städte zu bedienen und das neu eröffnete Pendant Konsument sollte vorwiegend Produkte für die Landbevölkerung bereitstellen. Mode und Bekleidung hatten im Versandhandel besonderen Stellenwert, waren doch diesen Warengruppen mehr als die Hälfte der durchschnittlich 200 Katalogseiten gewidmet. Dementsprechend ist es nicht verwunderlich, dass der gesamte Versandhandel im Zeitraum 1964 bis 1968 zwischen 57,5 Prozent und 69,6 Prozent des Umsatzes mit Textilien erwirtschaftete.⁷¹

Die Attraktivität des neuen Vertriebskanals hatte allerdings mit Papiermangel zu kämpfen. Die nur in unzureichender Menge aufgelegten Kataloge hatten Sammelstückcharakter und wurden nur im engsten Familien- und Bekanntenkreis weitergereicht.⁷² In der Praxis scheiterte das Projekt an seinem überragenden Zulauf. Auf Grund der unzureichenden Warendecke nahmen die Schwierigkeiten bei der Erfüllung der Bestellanfragen alsbald unüberbrückbare Dimensionen an. Bis zur Fusionierung der Versandhäuser im Jahr 1967 orderten die Bürger die gewünschten Produkte zumeist mehrfach – einmal in beiden Versandhäusern. Mit diesem taktischen Winkelzug verbanden die ostdeutschen Bürger die Hoffnung zumindest einen Teil der gewünschten Artikel zu erhalten. Bald lagen den Katalogen schon bei Auslieferung Zettel bei, auf denen ‚nicht mehr‘ lieferbare Artikel gelistet wurden. Mitte 1970 konnten die Versandhäuser kaum mehr als die Hälfte der gestellten Anfragen erfüllen.⁷³

Zu dieser Sachlage artikulierte ein langjähriger Parteiangehöriger in einem Leserbrief (April 1967) an die Redaktion des ‚Neuen Deutschlands‘ unumwunden seinen Unmut:

„In den letzten Tagen und Wochen jedoch bin ich über eine ganz simple Angelegenheit sehr verbittert und finde dafür einfach keine Erklärung. Meine Frau und ich suchen seit Wochen ein schwarzes Kostüm der Größe g 94. Ich möchte nicht die Städte Mecklenburgs, geschweige denn die Läden aufzählen, die wir vergeblich aufsuchten. Rechne ich die Wege und die Zeit, ich könnte mit den entstandenen Unkosten bestimmt schon ein Kostüm bezahlen! Ist das ökonomisch?

Da kommt plötzlich der rettende Gedanke: Der neue Versandhauskatalog aus Leipzig. Tatsächlich wird hier für die vielen fleißigen Frauen unserer Republik ein - man höre und staune - ein ganzes schwarzes Kostüm angeboten.

Ich vermute, daß der Katalog im März 1967 herausgegeben worden ist. Anfang April erhielten wir ihn. Sofort wird die Bestellung aufgegeben, in der Hoffnung, daß gerade wir in

⁷⁰ Vgl. Annette Kaminsky, "Alltagsrelevante Utopievorstellungen in der DDR in den fünfziger Jahren," in: *Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates*, Hg. Heiner Timmermann, Band 92 (Berlin: Duncker & Humblot, 2001), 122ff; vgl. Regina Söffker, *PRAMO, Konsum, Exquisit. Mode in der DDR* (Gudensberg-Gleichen: Wartberg, 2010), 52.

⁷¹ Rechnet man noch die Kategorie ‚Schuhe, Galanterie- und Sattlerwaren‘ hinzu, so steigt der Anteil auf bis zu 74,3 Prozent. Insgesamt oszillierte der Anteil des Versandhandels am gesamten Einzelhandel in der DDR im besagten Zeitraum zwischen 1,6 Prozent und 2,3 Prozent; vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg., *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1969*, 14. Jahrgang (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1969), 266, 73.

⁷² Die Auflage betrug im Jahr 1956 insgesamt 300.000 Stück; ab 1963 wurden für beide Versandhäuser je 425.000 Stück in Umlauf gebracht; vgl. Annette Kaminsky, "Keine Zeit verlaufen – beim Versandhaus kaufen“, in: *Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren*, Hg. Ina Merkel und Felix Mühlberg (Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 1996), 129.

⁷³ Vgl. Annette Kaminsky, *Kaufrausch. Die Geschichte der ostdeutschen Versandhäuser* (Berlin: Links, 1998), 32ff.

den Dörfern Mecklenburgs eine Einkaufserleichterung durch den Versandhandel erhalten und waren der Meinung, daß das Angebot im April noch nicht vergriffen sein kann. Aber ‚errare humanum est‘. Die Lieferung kam ohne das Kostüm, obwohl ich den Vermerk zugesetzt hatte ‚wird dringend benötigt und bitte um baldige Lieferung‘. “⁷⁴

Unter dem Titel „*Warum gibt es keine Winterherrennachthemden?*“ schilderte Frau Erna L. aus Zittau im November 1970 ihr textiles Versorgungsproblem in ähnlicher Weise:

„Ist Ihnen bekannt, daß es seit reichlich 2 Jahren keine Herrennachthemden mit langem Arm in keiner Stoffart mehr gibt?

Ich bin voriges und dieses Jahr in allen Herrenspezialgeschäften unserer Stadt gewesen und jeder Verkäufer antwortet mit nein. [...]

Hier ist doch etwas nicht in Ordnung. Auch in den Versandhauskatalogen sind sie nicht mehr enthalten.“⁷⁵

Mitte der 1970er Jahre drohte die Situation zu eskalieren, da die Kundenanfragen an die Versandhäuser die Produktions- und Fertigungsmöglichkeiten um ein Vielfaches überstiegen. Die Einrichtungen scheiterten an der unzureichenden Warenbereitstellung und mussten den Betrieb im Jahr 1975 gänzlich einstellen. Im Fahrwasser dieser Maßnahme wurden die mit dem Versandhandel verbundenen Bekleidungsbetriebe zugleich verstaatlicht.⁷⁶

Als weiteres Werkzeug zur Bedarfssteuerung und Lenkung der Marktkräfte im Sozialismus zählte die Werbung. Eingebettet im Spannungsfeld zwischen Mangel und Überfluss war dieses Instrument durch seine besondere Widersprüchlichkeit und Ambivalenz gekennzeichnet. Unter den alltäglichen Versorgungsunzulänglichkeiten sahen die sozialistischen Planer die Aufgabe der Werbung darin, das Augenmerk der Bevölkerung auf zeitlose Bekleidung zu lenken. Es galt Überplanbestände abzubauen und künftige Berechnungen des Bedarfs effizienter zu gestalten.⁷⁷

In diesem Kontext wurden Industrie und Handel dazu angeleitet die Mode an die volkswirtschaftlichen Möglichkeiten anzupassen. In Sachen Mode sollten die Konsumenten dem westlichen Modediktat abschwören und stattdessen den sozialistischen Modelleitbildern Gefolgschaft leisten, indem die Garderobe bewusste und planvolle Zusammenstellung findet. Als in den 1960er Jahren gerade Männerbekleidung in überreichlichem Maß vorhanden war, versuchten die Mitarbeiter des Handels das Konfektionsüberangebot mit der Parole ‚Kleide dich neu!‘ an den Mann zu bringen.⁷⁸

⁷⁴ SSC-ZWK TuK, 31450 Nr. 124. Brief v. Ernst S. an das Neue Deutschland (24. April 1967).

⁷⁵ SSC-ZWK TuK, 31450 Nr. 250. Brief v. Erna L. an Prisma (20. November 1970).

⁷⁶ Vgl. Kupfermann, *DDR-Mode-Buch*, 89.

⁷⁷ Immer wieder wurde die Werbung herangezogen, wenn der Abbau von punktuellen Überplanbeständen auf der Tagesordnung stand. Als in den 1960er Jahren im Verbraucherwettkampf mit der BRD etwa die Hühnermastproduktion extensiviert wurde, war alsbald ein Überschuss an Geflügelfleisch und Eiern zu verzeichnen. „Zur Beseitigung dieses Missstands“ sollte die groß angelegte Kampagne in Rundfunk und Printmedien zur Popularisierung des ‚Goldbroilers‘ – einem fleischreichen Brathähnchen – dienen. Zeitgleich wurde mit den Leitsätzen ‚Nimm ein Ei mehr!‘, ‚Ei – rund und gesund!‘ oder ‚KIM – köstlich immer frisch‘ (Leitspruch des größten Eierproduzenten ‚Kombinat Industrielle Mast‘) gezielt für den Verzehr von Eiern geworben; vgl. Evelin Grohnert, „Es gab nichts, aber jeder hatte alles“. Renate Z., Verkaufsstellenleiterin, erzählt, in: *Fortschritt, Norm & Eigensinn. Erkundungen im Alltag der DDR*, Hg. Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR (Berlin: Links, 1999), 119.

⁷⁸ Vgl. Henrik Eberle, Hg., *Mit sozialistischem Gruß! Briefe, Akten und Absurdes aus der DDR*, Band 60580, Bastei Lübbe Taschenbuch (Bergisch Gladbach: Lübbe, 2007), 92.

Im Unterschied zur BRD sollte die Werbung in der DDR weniger den Verkauf anfeuern, sondern diene primär der Bedarfs- bzw. Absatzsteuerung und der Produktaufklärung. Für knappe Güter etwa bestand ein generelles Werbeverbot. Trotz aller Vorsichtsmaßnahmen und der sorgfältigen Instrumentalisierung von Produktwerbung als politisches Propagandawerkzeug kam es vor allem in den ländlichen Räumen nicht selten vor, dass die beworbenen Güter nicht mehr verfügbar waren oder gar nie ankamen. Eine diesbezügliche Episode wusste etwa Frau Ilse G. (Juni 1965) zu berichten, die in „der Frauenzeitschrift ‚Für Dich‘ – Nr. 20/1965 – [...] ein wunderschönes modisches Damenkleid“ erblickte und die erfolglose Suche wie folgt zu Papier brachte: „Mein erster Gedanke war: ‚Wo bekommt man dieses Kleid zu kaufen.‘ Eigentlich konnte ich diese Frage gleich selbst beantworten. In keinem Geschäft werde ich dieses Kleid sehen, nur in der Zeitschrift.“⁷⁹

Ein weiteres Stimmungsbild dazu lieferte ein Brief an Prisma aus dem Juni 1967, in dem sich eine verärgerte Bürgerin aus Geithain beschwerte, „schon seit Wochen in keinem Konfektionsgeschäft“ die passende Größe für ein Kleidungsstück zu erhalten. Die Dame führte weiter aus:

„Auf Anfragen bei den Verkäuferinnen wurde mir geantwortet: ‚Es tut uns leid, aber wir können einfach keine einkaufen, da der Großhandel keine am Lager hat. Wir haben uns selbst schon beschwert und versuchen es jede Woche wieder, aber wir erhalten auch nur ein Schulterzucken zur Antwort‘.

Ähnlich sieht es mit den Zwischengrößen in der Herren-Konfektion aus.

*Ich frage Sie nur, warum macht man, wenn es doch keine gibt, in Katalogen usw. solche Reklame? Ich bin gewiß, daß es nicht nur mir so geht, sondern sehr viele Frauen dankbar wären, wenn sich in dieser Beziehung etwas ändern würde.“*⁸⁰

Mit der einsetzenden Versorgungskrise Ende der 1960er Jahre gingen die Werbeaktivitäten auf Geheiß der Parteiführung drastisch zurück und wurden mit dem Ende der Versandhäuser noch weiter eingeschränkt.⁸¹ Trotzdem blieb der Bevölkerung die Diskrepanz zwischen den gezeigten Bildern und den tatsächlichen Lebensbedingungen auch in späteren Jahren kritisch im Blick, wie ein Brief aus dem Jahr 1982 unterstreicht. In diesem greift ein Bürger die Vorteile des Vorwärmers ‚Famos‘ auf, welcher in der Rundfunksendung ‚das Verkehrsmagazin‘ beworben wurde. Bei der Beschaffung einer entsprechenden Gerätschaft stellte er mit Bedauern fest, „daß diese Geräte bestellt werden müssen. Wartezeit 5 Jahre!!“. Der Kunde intensivierte seine Bemühungen und wandte sich hilfesuchend an den Hersteller VEB Feinmechanik Neuruppin. Der volkseigene Betrieb schloss den Kreis, indem der Bürger wiederum auf die bereits aufgesuchte Verkaufsstelle verwiesen wurde. Schließlich stellte der Schreiber, bereits merklich verzweifelt, folgende Fragen in den Raum:

„1. Warum die Reklame in der Sendung, wenn man erst in 5 Jahren eins bekommt?

*2. Ist es nicht möglich die Produktion zu erhöhen?“*⁸²

Dem sozialistischen Leitbild der Egalität so gar nicht entsprechend war das Versorgungs- und Verteilungssystem von Ausnahmen und Sonderbehandlungen durchsetzt. Zu den Begünstigten der

⁷⁹ SSC-ZWK TuK, 31450 Nr. 032. Brief v. Ilse G. an Prisma (11. Juni 1965).

⁸⁰ SSC-ZWK TuK, 31450 Nr. 124. Brief v. Gerlinde H. an Prisma (13. Juni 1967).

⁸¹ Vgl. Simone Tippach-Schneider, *Messemännchen und Minol-Pirol. Werbung in der DDR* (Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf, 1999), 22ff.

⁸² DRA-SZG, 1983 AVN440 0001-0150 Nr. 25. Brief v. Heinz M. an Prisma (30. Dezember 1982).

sogenannten Schwerpunktversorgung zählten Angehörige der politischen Elite, ausgesuchte Staatsbetriebe, das MfS oder die NVA. Für besondere Missstimmung in weiten Teilen der Bevölkerung sorgte die notorische Bevorzugung der Großstädte. An erster Stelle der Versorgungshierarchie stand stets die Hauptstadt, gefolgt von den größeren Metropolen wie Leipzig, Dresden oder Rostock. Schon in den kleineren Kreisstädten war es um die Versorgung deutlich schlechter bestellt. Auf Grund dieser Ungleichbehandlung waren jene Bürger, die nicht von diesem Regelwerk profitierten, fortlaufend mit der Beschaffung der begehrten Waren beschäftigt. Wohnte man auf dem Land oder hatte keine Bekannten und Verwandten in der Hauptstadt, musste man am Wochenende den beschwerlichen und zeitraubenden Weg in die Ballungsgebiete in Kauf nehmen.⁸³ Unter dieser Praxis der Bevorzugung bei der Ressourcenwidmung litt nicht nur die Glaubwürdigkeit der Staatsmacht, die Privilegierung führte zu zahlreichen Beschwerden aus der Bevölkerung: „*Wir wohnen etwas ab vom Schuß, habe sehr schlechte Verkehrsverbindung nach der Kreis- bzw. Bezirksstadt. Was man dadurch für Unkosten hat, darüber möchte ich schweigen.*“⁸⁴

Frau Lyetia H. machte in ihrer Eingabe ebenfalls auf die textilen Versorgungslücken in ihrer Heimatstadt aufmerksam. Über Wochen hinweg war es ihr nicht möglich in den örtlichen Geschäften ein passendes Kleid zu bekommen. Diese ärgerlichen Zustände stießen bei der Dame auf Unverständnis, „*denn immerhin ist ja Sangerhausen eine Kreisstadt*“.⁸⁵ Die wahrgenommene Benachteiligung der ruralen Räume war durchaus kein Einzelfall, denn für Frau Karin S. erweckte „*es auch den Anschein, daß wir gerade in der Kleinstadt Bad Muskau das Schlußlicht im Handel darstellen*“.⁸⁶

Anfang der 1960er Jahre musste die SED-Führung registrieren, dass der Abstand zur BRD in konsumspezifischer Sicht veritabel ausfiel. Trotz aller Bemühungen einer zielgerichteten Produktion und Verteilung der Waren setzte keine merkliche Veränderung im Leistungsvergleich der Systeme ein. Ökonomische Fehlentscheidungen, gepaart mit der zunehmend erzwungenen Verstaatlichung der verbliebenen Privatbetriebe führten zu einer Verschärfung der Situation. Überwunden geglaubte Versorgungsschwierigkeiten bei hochwertigen Lebensmitteln (z.B.: Fleisch und Butter) traten wieder zutage, ärgerlicherweise gerade bei jenen Produkten, welche die proklamierte Überlegenheit der DDR gegenüber der BRD unter Beweis stellen sollten. Viele Bürger waren vom Triumph des Sozialismus nicht mehr zu überzeugen und verließen das Land in Scharen Richtung Bundesrepublik. Die Auswanderung weiter Teile der Bevölkerung war einerseits Ausdruck einer politischen Opposition gegen das Herrschaftssystem, hatte aber auch seine Wurzeln in den präsenten Versorgungsunzulänglichkeiten.⁸⁷

⁸³ Vgl. Wollé, *Welt der Diktatur*, 280.

⁸⁴ DRA-SZG, 1988 AVN440 Nr. 256. Brief v. Elfriede H. an Prisma (12. Jänner 1988).

⁸⁵ SSC-ZWK TuK, 31450 Nr. 124. Brief v. Lyetia H. an Prisma (14. April 1967).

⁸⁶ SSC-ZWK TuK, 31450 Nr. 250. Brief v. Karin S. an Prisma (20. November 1970).

⁸⁷ Im Zeitraum von 1949 bis 1961 verließen fast 2,7 Millionen Menschen die DDR Richtung Westen. Jedes Jahr kehrten somit mehr als 200.000 Menschen, darunter viele enteignete Selbstständige, Bauern und Hochgebildete (Rechtsanwälte, Ärzte, etc.) dem besseren Teil Deutschlands den Rücken. Im Jahr des Mauerbaus entsprach dies einem Anteil von 15,7 Prozent der Gesamtbevölkerung; vgl. Hartmut Zimmermann, Hg., *DDR-Handbuch (Band 1: A-L)*, 3. Auflage, Band 1 (Köln: Wissenschaft und Politik, 1985), 419.

Entgegen der am 15. Juni 1961 vom Staatsratsvorsitzenden Walter Ulbricht verlautbarten Bekundung „Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu errichten“ ergriff die politische Führung nur zwei Monate später, am 13. August 1961, das vermeintlich letzte Mittel zur Stabilisierung der Verhältnisse, indem es durch die Errichtung des ‚antifaschistischen Schutzwalls‘ die Loyalität seiner Bürger erzwang.⁸⁸

Unter dem Motto der ‚Störfreimachung unserer Wirtschaft‘, so argumentierte man, wäre der fortdauernden Unterminierung, Hemmung und Beeinflussung des im Aufbau befindlichen Sozialismus durch den imperialistischen Westen endgültig eine Mauer vorgeschoben.⁸⁹

Im Wettlauf mit der BRD nahm die Parteiführung im Jahr 1963 das Reformprogramm NÖSPL in Angriff. Getragen vom Politbüro stand dahinter die ernsthafte Intention das Wirtschaftssystem einer Reform zu unterziehen. Die Eigenverantwortlichkeit der volkseigenen Betriebe sollte gestärkt, die strengen Reglementierungen für Privatunternehmungen hingegen gelockert werden, und auch in Kunst und Kultur zog ein warmer Hauch durch das spaltweit geöffnete Fenster.

Unbestritten war die Textilindustrie in den 1960er Jahren ein wesentlicher Industriezweig, in dem beinahe zehn Prozent der Bevölkerung Arbeit fanden. Zudem lag der Anteil an privatwirtschaftlich bzw. teilstaatlich geführten Betrieben in der Bekleidungsbranche in dieser Dekade mit 26,9 Prozent sehr hoch. Die Reformanstrengungen zur Modernisierung der Wirtschaft verloren jedoch bald an Schwung. Auf Grund des Festhaltens an der Subventions- und Preispolitik, der Devisen- und Rohstoffabhängigkeit und der Fokussierung auf die Investitionsgüterindustrie wurden der Textil- und Bekleidungsindustrie – wie der gesamten Konsumgüterproduktion – nur vergleichsweise geringe Mittel gewidmet.⁹⁰

Ab 1959 wurde das Chemieprogramm unter der Maxime ‚Chemie gibt Brot, Wohlstand, Schönheit und Glück‘ aus der Taufe gehoben. Dieses Programm war eines der wenigen Beispiele, wo strategische Investitionen im Industrieumfeld getätigt wurden und auf lange Sicht nutzbare Auswirkungen auf die Konsumgüterindustrie zu verzeichnen waren. Die Parteiführung ließ dabei keine Gelegenheit ungenutzt, auf den segenspendenden Nutzen der chemischen Industrie zu verweisen und deren Bedeutung für die Erhöhung des Lebensstandards zu unterstreichen. Die Errungenschaften des Chemieprogramms wurden für Haushaltsgegenstände, Kosmetika, Fahrzeugteile und in der Textilindustrie gleichermaßen verwendet. Tatsächlich prägten deren Erzeugnisse für Jahrzehnte die DDR-Alltagskultur entscheidend mit. So wurde etwa der Knappheit an Aluminium und Blechen in der Automobilindustrie mit Ersatzstoffen aus der Plaste- und Chemiefaserindustrie begegnet. ‚Plaste und Elaste aus Schkopau‘, dem VEB Chemische Werke Burna, war bald allen Bewohnern der DDR ein Begriff.⁹¹

⁸⁸ Patrik von zur Mühlen, *„Der friedliebende Staat aller Werktätigen“. Vom Aufstieg und Untergang der SED-Diktatur* (Berlin: Frank & Timme, 2011), 136.

⁸⁹ Vgl. Jörg Roesler, *Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe* (Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2006), 123; vgl. Heinz Rausch, Hg., *DDR. Das politische, wirtschaftliche und soziale System*, 4. Auflage (München: Beck, 1978).

⁹⁰ Vgl. Merkel, *Utopie*, 72f; vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, *Jahrbuch 1969*, 124.

⁹¹ Vgl. Wolfgang Benz und Michael F. Scholz, *Die DDR 1949–1990*, 10. Auflage, Band 22, *Handbuch der deutschen Geschichte*. (Stuttgart: Klett-Cotta, 2009), 370f; vgl. Axel Doßmann, „Die Transitaubahn,“ in: *Erinnerungsorte der DDR*, Hg. Martin Sabrow (München: Beck, 2009), 416f.

In der Mode erlangten die Entwicklungen aus dem Chemiesektor ebenfalls an entsprechender Reichweite. Als begriffliches Gegenstück zu ‚Nylon‘ (USA) und ‚Perlon‘ (BRD) wurde ab 1959 ein entsprechender Polyamidfaserstoff unter der Bezeichnung ‚Dederon‘ auf den ostdeutschen Markt gebracht. In weiterer Folge traten noch andere Neuerungen in der Textilproduktion in Erscheinung. ‚Wolpryla‘, ‚Wolcylon‘ und ‚Prelana‘ dienten als Wollersatz und wurden vielseitig verarbeitet, von Schlafanzügen bis zu Damenkostümen. ‚Velveton‘ wurde als Samtersatz und Wildledersubstitut verwendet, ‚Skelan‘ diente als Filzsurrogat und ‚Grisuten‘ (‚Lanon‘, ‚Trevira‘) wies ähnliche Eigenschaften wie ‚Dederon‘ auf.⁹² Anlässlich des 20. Jahrestages der DDR trat unter dem Begriff ‚Präsent 20‘ eine weitere vollsynthetische Bekleidungslinie ihren Siegeszug an. Das Material bestand ausschließlich aus Polyesterfasern und wurde im neu errichteten VEB Textilkombinat Cottbus veredelt. Obgleich als sozialistische Errungenschaft entsprechend vereinnahmt, war ‚Präsent 20‘ im Grunde ein Produkt des Klassenfeindes, kamen doch die Großrundstrickmaschinen aus der BRD, die Färbearbeiten aus der Schweiz, und die Texturmaschinen hatten französischen Ursprung. Die neuen Materialien fanden bei der Bevölkerung zunächst großen Anklang, bestachen diese Produkte doch durch einen besonders hohen Grad an Pflegefreundlichkeit (knitterfrei, reißfest, waschbar und schnelltrocknend). Der Umstand, dass man auf Grund der Luftundurchlässigkeit rasch zu Schwitzen begann, galt zunächst als verkraftbare Begleiterscheinung des Fortschritts. Die Eigenschaften der Materialien schienen geradezu ideal für die Bedürfnisse der Werktätigen, und die Einsatzmöglichkeiten wurden von der Propaganda entsprechend besetzt. Auf Grund des überwältigenden Andrangs bei der Markteinführung überstieg die Nachfrage alsbald die verfügbaren Produktionskapazitäten, sodass es Textilien aus den neuen Materialien bald nur noch in den Städten, Sondergeschäften oder über Beziehungen zu erstehen gab. Die Starrheit und Rigidität der DDR-Planwirtschaft machte vor dem Chemieprogramm nicht Halt. So flaute der Trend zur Chemiefaser Ende der 1970er Jahre merklich ab und ging wieder allmählich zurück zur Naturfaser. Die ostdeutsche Produktion konnte dieser Schubumkehr des Geschmacks nicht adäquat entsprechen. Einerseits war sie mittlerweile völlig auf Chemietextilien eingestellt und andererseits beharrten die Planer im Ministerium weiter auf den Abnahmeverordnungen für den Handel. So wurde kontinuierlich am Bedarf vorbeiproduziert, Überproduktionen liefen auf und ‚Präsent 20 & Co‘ verloren in den 1980er Jahren sukzessive den Nimbus des Prestigeobjekts.⁹³

Gleichwohl im Fahrwasser des Chemieprogramms zweifelsohne ein gewisser Modernisierungsschub bis in die Alltagswelten ausstrahlte, waren die ambitionierten Pläne des NÖSPL schon zu Beginn der 1970er Jahre als gescheitert zu bezeichnen. Entgegen besseren Wissens wurden die Ursachen für veraltete Maschinen, überholte Produktionsverfahren und fehlende Rohstoffe jedoch nicht in der Starrheit des planwirtschaftlichen Systems ausgemacht.

⁹² Das Kunstwort der meistgenutzten Chemiefaser erreichte auch in Bezug auf seinen Namen eine politische Reichweite, verbarg sich doch das Kürzel DDR (DeDeRon) darin. ‚Wolpryla‘, ‚Wolcylon‘ und ‚Prelana‘ wurden jeweils nach ihren Herstellungsorten (Wolfen und Premnitz) benannt. Mit der Zeit entstanden in den DDR-Chemieküchen noch zahlreiche weitere Mischungen (‚Cottino‘, ‚Flirret‘, ‚Greisyn‘, ‚Mantilin‘, ‚Vylan‘ etc.) für die Mode- und Textilindustrie, die jedoch keine vergleichbare Relevanz entwickelten.

⁹³ Vgl. Scheffler, *Chic*, 72f; vgl. Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, *Malimo*, 83ff.

5.3 Das Jahrzehnt im Bann der Hornbrille – die Ära Honecker (1971–1980)

In den 1960er Jahren setzte ein gewisser Aufschwung ein und die Staatsführung konnte durchaus objektive Verbesserungen bei der Verfügbarkeit von dauerhaften Konsumgütern vorweisen. Das Westfernsehen zeigte aber täglich, dass es noch weit besser gehen konnte. Eine Analyse von Bürgerbeschwerden, durchgeführt von SED-Organen der Großhandelsdirektion für Textil- und Kurzwaren Karl-Marx-Stadt vom Februar 1971, adressierte diese fortwährenden Problemlagen auf überraschend schonungslose Weise:

„Der Ausgangspunkt der meisten Eingaben der Bürger sind persönliche Verärgerungen über das mangelhafte Angebot in einigen Artikeln und Sortimenten sowie die Qualität und Preisgestaltung der Erzeugnisse. Neben wenigen individuellen Sonderwünschen enthalten viele Eingaben Hinweise auf Schwierigkeiten in der Versorgung, die zu einem Teil als zentrale Schwerpunktprobleme im Binnenhandel bekannt sind und zum anderen Teil in territorial begrenzten Unzulänglichkeiten ihre Ursache haben.“⁹⁴

Nicht zuletzt die Misserfolge im Wettbewerb der Systeme führten schließlich zu einem Machtwechsel an der Führungsspitze. Der erste Sekretär, Walter Ulbricht, fiel zunehmend in Ungnade und musste Platz machen für die Inthronisierung von Erich Honecker. In diesem Zusammenhang setzte mit dem VIII. Parteitag (1971) eine Neuausrichtung der politischen und ökonomischen Strategie ein.⁹⁵

Neben dem Streben nach internationaler Anerkennung und einer Versachlichung der Beziehungen zur Bundesrepublik lagen die Schwerpunkte nach Honecker

„...in der weiteren Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes auf der Grundlage eines hohen Entwicklungstempos der sozialistischen Produktion, der Erhöhung der Effektivität, des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und des Wachstums der Arbeitsproduktivität“.⁹⁶

Zwischen Schwer- bzw. Investitionsgüterindustrie und der Konsumgüterindustrie begann ein Ringen um die Ressourcen. Nach einer Konzeptionsphase (50er/60er Jahre) sollten die 1970er Jahre als jenes Jahrzehnt in die Geschichte eingehen, in dem die Bevölkerung endlich die Früchte der sozialistischen Aufbauarbeit ernten würde. Die neue Machtspitze ließ nichts unversucht, um sichtbare Zeichen zu setzen. Im Gegensatz zur früheren Vorgangsweise fokussierte man nun auf die Steigerung des Lebensstandards und die Ausweitung sozialpolitischer Maßnahmen. Dadurch erhoffte sich die SED-Führung neue wirtschaftliche Anreize und eine stärkere Zustimmung seitens der Bevölkerung. Das NÖSPL wurde folglich revidiert, Löhne und Renten erhöht und die Preise für Güter und Dienst-

⁹⁴ SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Eingabenanalyse IV. Quartal 1970* (4. Februar 1971).

⁹⁵ Formell legte Walter Ulbricht die Macht als erster Sekretär der DDR (am 3. Mai 1971) aus ‚Altersgründen‘ zurück. Tatsächlich leisteten die fehlenden Erfolge im Systemwettstreit und die zunehmende Distanz zum Kreml einen entscheidenden Beitrag für seine Ablösung. Diese Vorgangsweise ist nicht verwunderlich, wurden doch die wesentlichen Richtungsentscheidungen zu sämtlichen Fragen, die Machtverhältnisse im Land betreffend, im Kreml getroffen. Der Saarländer Erich Honecker, ein Kommunist der ersten Stunde, hatte nicht nur den nötigen Rückhalt aus Moskau, sondern konnte sich zunächst auch der Unterstützung des SED-Politbüros erfreuen. Der Mann mit der modischen Hornbrille verkörperte die Hoffnungen einer neuen Generation und weite Teile der Bevölkerung trauten ihm zu, das Steuer zugunsten des Sozialismus herumzureißen; vgl. Mieder, *Geschichte*, 148f.

⁹⁶ Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, *Dokumente des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin, 15. bis 19. Juni 1971* (Berlin: Dietz, 1971), 48f.

leistungen des Grundbedarfs durch umfangreiche Staatssubventionen weiterhin künstlich niedrig gehalten.

Überdies ging man dazu über die letzten, im Stillschweigen geduldeten, Privatbetriebe zwangsweise zu kollektivieren. Zwischen 1970 und 1972 wurden 16.403 private Handwerksunternehmen in volkseigene Betriebe umgewandelt, wodurch der Anteil von Werktätigen in volkseigenen und genossenschaftlichen Betrieben auf 92,4 Prozent (1955: 60,0 Prozent, 1960: 81,4 Prozent, 1970: 85,3 Prozent) hochschnellte. Die Verstaatlichungsrate blieb bis zum Ende der DDR auf konstant hohem Niveau und lag in den Jahren 1977 bis 1989 stets zwischen 94,4 und 94,7 Prozent.⁹⁷

Die neu geschaffenen Staatsbetriebe konnten jedoch zu keiner Zeit die entstandenen privatwirtschaftlichen Lücken adäquat schließen, wodurch ‚Schlange stehen‘ wieder zum Volkssport wurde. Die Subventionspolitik, der Ausbau des sozialen Netzes und die überhastete Verstaatlichung wirkten mitunter hemmend auf die Leistungsbereitschaft. Als Resultat dieser eigenwilligen Struktur- und Investitionspolitik traten wieder vermehrt Engpässe bei der Versorgung mit Konsumartikeln auf.⁹⁸

Auf Grund der galoppierenden Staatsverschuldung nahm die Devisenbeschaffung eine zentrale Stellung ein. Hochwertige, im Land produzierte, Konsumgüter wurden oftmals auf Kosten der innerstaatlichen Versorgung in die Bundesrepublik geliefert oder zu völlig überhöhten Preisen in Spezialgeschäften einem eingeschränkten Kundenkreis zum Kauf angeboten.⁹⁹ Weite Teile der Bevölkerung kritisierten diese Vorgangsweise und werteten dies als Mitursache für die herrschenden Versorgungsengpässe. Frau Hildegard K., Inhaberin eines privaten Geschäfts, thematisierte in einer Eingabe an das MfHV fehlende Braututensilien und brachte dabei ihren Ärger ohne Umschweife auf den Punkt:

„Es ist uns und der Kundschaft unverständlich, daß ein derartiger Artikel nicht mehr lieferbar sein sollte, wo doch eine große Nachfrage besteht; täglich könnten ca. 4-5 Stück Brautschleier verkauft werden. Man weiß gar nicht, was man der Kundschaft noch sagen soll! Oder wird etwa die gesamte Produktion, falls überhaupt noch eine solche besteht, dem Export zugeführt?“¹⁰⁰

In ähnlicher Weise und an denselben Adressaten gerichtet, schilderte eine erboste Bürgerin ihre Erfahrungen bei der Beschaffung von Strümpfen:

„Im Sommer dieses Jahres fragte ich bereits nach Strümpfen, dann in den Monaten September, Oktober, November und das letzte Mal vor einer halben Stunde, aber immer vergeblich mit der Auskunft: ‚Haben wir nicht, hatten wir schon ewig nicht, ob wir welche kriegen, wissen wir nicht, usw.‘ [...]“

⁹⁷ Vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg., *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1970*, 15. Jahrgang (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1970), 174; vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg., *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1973*, 18. Jahrgang (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1973), 180; vgl. Statistisches Amt der DDR, *Jahrbuch 1990*, 17.

⁹⁸ Vgl. André Steiner, "Politische, wirtschaftliche und soziale Faktoren der Technikentwicklung in der DDR," in: *Forschung und Technik in Deutschland nach 1945*, Hg. Peter Frieß und Peter M. Steiner (München: Deutscher Kunstverlag, 1995), 140f.

⁹⁹ Vgl. Ilse Spittmann und Gisela Helwig, Hg., *Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit. Probleme, Perspektiven, offene Fragen. 23. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 5. bis 8. Juni 1990* (Köln: Wissenschaft und Politik, 1990); vgl. Meinhard Stark, *Eine lange Nacht über Konsumerfahrungen in der DDR. VEB – die tun was...* Lange Nacht (Köln: Deutschland Radio Online, 2001).

¹⁰⁰ SSC-ZWK TuK, 31450 Nr. 250. Brief v. Hildegard K. an das MfHV (28. November 1970).

*Was nützt uns eine automatische Fertigung die gerade in der Strumpfherstellung besonders zu verzeichnen ist, wenn die Produkte zum größten Teil exportiert werden und für die eigene Bevölkerung nicht zureichend im Handel ist.*¹⁰¹

Die unmittelbaren ökonomischen Herausforderungen (Staatsverschuldung, Devisenmangel, Versorgung mit Konsumgütern auf Weltniveau etc.) waren nicht die einzigen Problemfelder für die Staatsführung. Bereits Ende der 1960er Jahre wurde der eklatante Mangel an (zeitgemäßem) Wohnraum evident. Nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkrieges wurden an den zerstörten Gebäuden zumeist nur oberflächliche Instandsetzungen vorgenommen.¹⁰²

Auch die Ausstattung der Wohnungen war in einem katastrophalen Zustand. Anfang der 1970er Jahre konnten lediglich 26 Prozent der Wohnungen einen Warmwasseranschluss vorweisen und nur etwas mehr als ein Drittel der Bevölkerung hatte das Glück eine Toilette innerhalb der Wohneinheit zu besitzen (Abbildung 5).¹⁰³

Wohnungsbestand	1961	1971	1981	1989
Gesamtwohnungen in der DDR	5,51 Mio.	6,06 Mio.	6,56 Mio.	7,00 Mio.
Wohnfläche pro Einwohner	15,8 m ²	20,6 m ²	24,9 m ²	27,6 m ²
Bad und/oder Dusche	22 %	39 %	68 %	82 %
Warmwasser	-	26 %	64 %	82 %
Innentoilette	33 %	36 %	60 %	76 %

Abbildung 5: Wohnungsbestand und Ausstattungsgrad in der DDR

Der Mangel an Wohnraum hatte seinen Ursprung nicht nur in den nachhallenden Kriegsverwüstungen, sondern lag im System der Planwirtschaft selbst begründet. So leisteten Planungsfehler, ausufernde Bürokratie und das ideologisch verankerte Diktum der hochsubventionierten Billigstmieten einen erheblichen Beitrag zur Misere. Basierend auf diesen Unzulänglichkeiten verkündete die Parteiführung im Rahmen des VIII. Parteitages (1971) ein großangelegtes Wohnungsbauprogramm, bei dem insgesamt drei Millionen Wohnungen errichtet werden sollten.¹⁰⁴

Trotz der punktuell erfolgreichen Wohnbauinitiativen blieb die DDR Zeit ihres Bestehens ein Land der Herbergssuchenden, wobei Schichtarbeiter und kinderreiche Familien bei der (offiziellen) Vergabe bevorzugt wurden. Um die Zuweisung von Wohnraum rankten sich oftmals wahre Abenteuergeschichten, wobei eine erfolgreiche Beschaffung vielfach – wie auch in anderen Bereichen der

¹⁰¹ SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. Brief v. Gerlinde M. an das MfHV (9. Dezember 1970).

¹⁰² Noch 1970 bestand die überalterte Bausubstanz zu 45 Prozent aus Gebäuden aus dem 19. Jahrhundert und lediglich zehn Prozent der Wohninfrastruktur entstand nach dem Zweiten Weltkrieg. Im Zeitraum zwischen 1950 und 1961 wurden etwa 550.000 Wohnungen renoviert bzw. neu errichtet. Trotzdem überstieg der Bedarf das Wohnraumangebot bei weitem, so lagen zu Beginn der 1960er Jahre etwa 600.000 Anträge auf Wohnungszuweisung vor; vgl. Kaminsky, *Konsumgeschichte*, 79ff.

¹⁰³ Vgl. Robert Rückel, Hg., *DDR-Führer. Alltag eines vergangenen Staates in 22 Kapiteln* (Berlin: DDR Museum, 2008), 59; vgl. Bauakademie der DDR, Hg., *Untersuchungsberichte des Instituts für Städtebau und Architektur* (Berlin: 1989), zitiert nach: Gunnar Winkler, Hg., *Sozialreport DDR 1990. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR*, Stuttgart 1990, 157; vgl. Florian Urban, *Berlin/DDR Neo-Historisch. Geschichte aus Fertigteilen* (Berlin: Mann, 2007).

¹⁰⁴ Die Wohnbauinitiative firmierte zunächst unter dem Motto ‚Jedem seine Wohnung‘. Dieser Leitsatz wurde später in ‚Jedem eine Wohnung‘ gewandelt, wobei die Devise schließlich nur noch ‚Warm, sicher, trocken‘ lautete.

Mangelwirtschaft – an gesellschaftliche Position, politisches Amt, nützliche Bekanntschaft und der ‚Beschaffungskompetenz‘ des Einzelnen (Tauschaktionen, Eingabeschreiben an die richtigen Staatsorgane etc.) gekoppelt war. In typischer Plattenbauarchitektur konnten bis 1989 tatsächlich 1,8 Millionen Wohnungen an neue Bewohner übergeben werden. Die Durchschnittsgröße stieg von 58 m² (1971) auf 65 m² an (1990), das westdeutsche Niveau von 85 m² blieb aber auch in dieser Kategorie außer Reichweite.¹⁰⁵

Aus ökonomischer Sicht war der großangelegte Wohnbau mitunter kritisch zu bewerten, da auf Grund der Subventionspolitik die Mieten zu keiner Zeit den tatsächlichen Aufwendungen entsprachen. Obgleich manche wirtschaftliche Entscheidungsträger kostendeckende Mieten als Schritt aus der Misere in Erwägung zogen, wurde aus Angst vor Unruhen dogmatisch an der Sozial- und Festpreispolitik festgehalten.¹⁰⁶

Die Aufbruchstimmung der späten 1960er und frühen 1970er Jahre verebbte Mitte der 1970er Jahre zusehends. Nebst der Beschneidung von individuellen Freiheiten verstärkten die ungünstigen ökonomischen Entwicklungen die Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Das Wirtschaftswachstum ging dramatisch zurück und die eingeleitete Konsumorientierung baute sukzessive ein systemsprengendes Potenzial auf. In Folge der globalen Ölkrise verteuerte bzw. reglementierte die Sowjetunion die Preise bzw. Mengen für Gas- und Öllieferungen. Neben den nachteiligen Auswirkungen der Energiekrise mündeten die wachsenden Importe von Rohstoffen und hochwertigen Konsumgütern bei gleichzeitiger Exportschwäche in einer stetig steigenden Auslandsverschuldung. Als die Nation im Jahr 1979 ihren dreißigjährigen Geburtstag feierte, drehte die Schuldenspirale bereits in schwindelnden Höhen, und die andauernden Versorgungskrisen führten zu parteipolitischen Erklärungsnotständen. Verfehlte Investitionen, ausufernde Sozialpolitik, starre Pläne und Preise gelten als Hauptfaktoren der Misere. Die (monetären) Mittel für die wirtschaftliche Zukunft waren zu diesem Zeitpunkt beinahe vollständig aufgebraucht, und es drohte der Staatsbankrott.

5.4 *Wie der real existierende Sozialismus aus der Mode kam (1980er Jahre)*

Bis zum Ende der DDR im Jahr 1989 gelang es nicht den Abstand zum kapitalistischen Klassenfeind zu verringern. Unter den inneren Systemwidersprüchen wurden die ungelösten Konsumprobleme zunehmend zum entscheidenden Faktor. Insbesondere die Unfähigkeit, das freie Geldvermögen der Bevölkerung abzuschöpfen, wirkte sich nachteilig auf die Volkswirtschaft und die individuelle Bedürfnisbefriedigung aus. Die Spareinlagen stiegen in den 1980er Jahren dramatisch an.

¹⁰⁵ Vgl. Wilfried Pfau, "Stadtentwicklung in der DDR. Hauptprobleme, Potentiale und Erfordernisse der Entwicklung der Städte," *Raumforschung und Raumordnung* 48, 4/5 (1990): 204.

¹⁰⁶ Das jahrzehntelange Festhalten an der Subventionspolitik manövrierte die Parteiführung zunehmend in eine prekäre Lage. Als letzter Hort der Überlegenheit gegenüber dem kapitalistischen Klassenfeind stand eine Aufgabe dieser Haltung im ZK zu keiner Zeit ernsthaft zur Debatte. Im Unterschied zu den Versorgungsunzulänglichkeiten mit Konsumgütern, die sehr wohl als Defizite des Systems betrachtet wurden, ging der Bevölkerung das Gefühl für die subventionierten Güter des Grundbedarfs allmählich verloren. Grundnahrungsmittel, Mieten und der öffentliche Nahverkehr wurden als Kostenfaktoren nicht mehr wahrgenommen. Nach der Wende mussten die Menschen sehr rasch die Erfahrung machen, dass die gewohnten Mietkosten von 30 bis 60 Ostmark pro Monat – dies entsprach etwa drei bis sechs Prozent des Einkommens – keineswegs dem marktwirtschaftlichen Equilibrium von Angebot und Nachfrage entsprachen; vgl. Ina Merkel, "Luxus im Sozialismus. Eine widersinnige Fragestellung?," in: *„Luxus und Konsum“. Eine historische Annäherung*, Hg. Reinhold Reith und Torsten Meyer, *Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt* (Münster/New York: Waxmann, 2003), 231.

Verantwortlich dafür war primär das fehlende Angebot in stark nachgefragten Bereichen wie technischen Gerätschaften, modischer Bekleidung, modernen Einrichtungsgegenständen oder beim Individualverkehr. Entgegen den tatsächlichen Lebensbedingungen reflektierte der X. SED-Parteitag (11. bis 16. April 1981) kaum auf diese gesellschaftlichen Problemlagen. Die errungenen Erfolge wurden zitiert, die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik bestärkt und die unverbrüchliche Freundschaft zur Sowjetunion besungen. Im Übrigen war der Kampf der Partei heroisch, die ökonomischen Erfolge allseitig und die allgemeine Zustimmung der Bevölkerung großartig.¹⁰⁷

In modischer Hinsicht wurde in den 1980er Jahren ebenfalls ein letzter Versuch unternommen, Anschluss an die internationalen Trends zu finden. Und tatsächlich, obgleich Mangel und Fehlplanung beständige Begleiter im Alltag blieben, verstärkte die Parteiführung ihre Bemühungen zur Versorgung der Bevölkerung mit hochwertigen Qualitätsprodukten. Hinter dieser Konsumpolitik ruhte weniger die Hoffnung auf eine flächendeckende Verbesserung des Versorgungsniveaus als die Intention zur Abschöpfung des angestauten Kaufkraftüberhangs. Auf Grund von Lohn- und Pensionserhöhungen hatten große Teile der Bevölkerung beträchtliche Barreserven angesammelt. Angesichts der Subventionspolitik bei den Artikeln des Grundbedarfs und dem Fehlen hochwertiger Luxusartikel fanden die kaufkräftigen Gruppen jedoch keine adäquaten Konsummöglichkeiten vor. Besonders begehrte und nachgefragte Güter waren nur über lange Wartezeiten erhältlich oder blieben einer privilegierten Gesellschaftsschicht vorbehalten.¹⁰⁸ Als Maßnahme zur (kurzfristigen) Abschöpfung der monetären Bestände ging die Staatsführung dazu über, versteckte Preiserhöhungen einzuführen. „*Wir wollen für gutes Geld gute Ware haben, sonst ist das Geschäft nicht reell*“, lautete diesbezüglich der Tenor in der Bevölkerung.¹⁰⁹

Um den augmentierten Konsumdurst der Bevölkerung nach hochwertigen (West-)Waren zu stillen und an die dringend benötigten Devisen zu gelangen, genehmigte die Parteiführung bereits früh marktwirtschaftlich strukturierte Enklaven des Konsums. In diesem Kontext wurden schon 1962/1963 staatlich kontrollierte Sondergeschäfte, wie Intershop und Genex, eingerichtet, welche in den 1980er Jahren eine erhebliche Ausweitung fanden.¹¹⁰

Die staatliche Handelsorganisation Intershop (gegründet 1962) hatte zunächst die Aufgabe hochwertige Waren aus DDR-Produktion gegen frei konvertierbare Währungen (Devisen) an ausländische Besucher zu verkaufen. Das Angebot in den Abteilungen für Bekleidung, Elektronik etc. umfasste dabei Qualitätsprodukte, die dem regulären Handel verwehrt blieben. Neben Importen entstammte ein großer Teil dieser glitzernden Warenwelt der sogenannten Gestattungsproduktion.

¹⁰⁷ Vgl. Schroeter, *Sprache*, 72.

¹⁰⁸ Als kennzeichnendes Beispiel hierfür galt der Markt für Personenkraftwagen. Der durchschnittliche DDR-Bürger war bei der Beschaffung eines Trabant mit einer durchschnittlichen Wartezeit von mehr als zehn Jahren konfrontiert. Selbst nach Erhalt des Fahrzeugs nahmen die Einschränkungen kein Ende, da Ersatzteile äußerst rar waren und Inspektionstermine in einer Fachwerkstätte in der Regel ein Jahr im Vorhinein zu vereinbaren waren und die kaum verfügbaren Ersatzteile oftmals im Vorfeld des Werkstättentermins vom Kunden selbst beschafft werden mussten.

¹⁰⁹ SSC-ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Brief v. Annemarie U. an das Warenhaus Centrum* (16. November 1970).

¹¹⁰ Genex war ein Geschenkdienst bei dem Bürger der BRD aus einem speziellen Katalog gegen Westmark hochwertige Produkte an DDR-Bürger schicken konnten. Selbst der Wartburg war im Versandkatalog – gegen Westgeld – sofort erhältlich und nicht wie auf regulärem Weg mit einer durchschnittlichen Wartezeit von mehr als zehn Jahren belegt; vgl. Franka Schneider, „Jedem nach dem Wohnsitz seiner Tante“. Die GENEX Geschenkdienst GmbH,“ in: *Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren*, Hg. Ina Merkel und Felix Mühlberg (Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 1996).

Dabei wurde ausgewählten westlichen Firmen (Ikea, Salamander-Schuhe etc.) die Lizenzproduktion in der DDR gestattet. Die Westkonzerne profitierten vom relativ niedrigen Lohnniveau in Ostdeutschland, und die DDR behielt als Gegenleistung einen Teil der produzierten Waren ein. Dem DDR-Bürger blieb der Einkauf in diesen Oasen des Überflusses zunächst verwehrt, da der Besitz von Westgeld per Gesetzesgrundlage untersagt war. Erst 1974 fiel dieses Verbot und seitdem hatten auch Ostbürger die Berechtigung in den meisten Intershops gegen Westmark einzukaufen. Spätestens dort stellte sich dem DDR-Bürger freilich die Frage, wie es um die tatsächliche Überlegenheit des real existierenden Sozialismus bestellt war. Obgleich die Zahl der Intershops nach den Lockerungen der Zugangsbestimmungen stark anstieg, blieben die Konsumtempel für viele Bürger weiterhin unerreichbar, da man auf legalem Weg (zunächst) nur mittels Valutageschenke von Westverwandten oder durch Arbeitseinsätze im Ausland an das begehrte Westgeld kam. Die aus ökonomischen Zwängen (Devisennot der DDR) begründeten Intershops stellte die Agitationsmaschinerie vor ernsthafte Herausforderungen. Da der Zugang zu den Intershops an den Besitz bzw. Zugriff auf Westgeld (bzw. Forumschecks) gebunden war, rüttelte diese Praxis an den Grundfesten des egalitären Verteilungsprinzips von Leistung und Anstrengung.¹¹¹

In einer Rede vom 26. September 1977 griff Erich Honecker diesen schwelenden Konflikt auf und legte dabei Funktion und Zweck der Intershops wie folgt fest:

„Gestattet mir in diesem Zusammenhang noch einmal ein offenes Wort zu den Intershop-Läden. Diese Läden sind selbstverständlich kein ständiger Begleiter des Sozialismus. Wir können aber nicht an der Tatsache vorbeigehen, daß besonders der große Besucherstrom viel mehr Devisen unter die Leute bringt, als das früher der Fall war. [...]“

Durch die Intershop-Läden haben wir die Möglichkeit geschaffen, daß diese Devisen bei uns im Lande bleiben. Sie werden eingesetzt, um unsere Volkswirtschaft entsprechend den Beschlüssen des IX. Parteitagés noch stärker zu entwickeln. [...]“

Natürlich übersehen wir nicht, daß nun Bürger der DDR, die keine Devisen besitzen, im gewissen Sinne im Nachteil gegenüber denen sind, die über solche Währung verfügen. Mit dieser Frage haben wir uns befaßt und festgelegt, das Netz der Exquisit-Läden auszubauen, so daß in jedem Kreis Bürger unserer Republik die Möglichkeit haben, Waren der höheren Preisklasse für Mark der DDR zu kaufen. Es handelt sich dabei um hochwertige eigene Erzeugnisse, Waren aus der Gestattungsproduktion und Importe. Auch die Anzahl der Delikat-Läden, die bekanntlich ein breites Sortiment bestimmter Nahrungs- und Genußmittel führen, wird erhöht. Gleichzeitig werden die im Volkswirtschaftsplan vorgesehenen Waren für die Versorgung der Bevölkerung wie bisher in allen Preisgruppen und in allen Geschäften weiter planmäßig angeboten.“¹¹²

In modischer Hinsicht wurde in Berlin schon im Jahr 1958 die erste Boutique ‚Sibylle‘ eröffnet. Das Sortiment in diesem Spezialgeschäft bestand nur aus den erlesensten Stücken mit den edelsten Materialien, modischen Mänteln aus Mohair, teuren Kleidern aus reiner Seide oder hochwertigen

¹¹¹ Im Jahr 1979 trat eine Neuregelung in Kraft, in welcher DDR-Bürgern der Einkauf im Intershop nur gegen zuvor gewechselte Forumschecks (Wertbon) gestattet wurde. Ausgenommen von dieser prinzipiellen Zugänglichkeit blieben jene Intershops, welche an Autobahnrouen angelegt wurden (Transitshops). Diese blieben gegen Vorweis der Reisedokumente weiterhin nur Besuchern aus dem NSW vorbehalten; vgl. Katrin Böske, "Abwesend anwesend. Eine kleine Geschichte des Intershops," in: *Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren*, Hg. Ina Merkel und Felix Mühlberg (Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 1996), 215.

¹¹² Neues Deutschland, "Die sozialistische Revolution in der DDR und ihre Perspektiven," *Neues Deutschland*, 27. September 1977, 4.

Lederwaren. Der Ansturm auf dieses Modeeldorado – und sei es nur, um mit sehnsüchtigen Blicken die ausgestellten Stücke in den Schaufenstern zu betrachten – lässt bereits in der Gründerzeit auf die Bereitschaft in der Bevölkerung schließen auch sehr hohe Preise für exklusive Produkte zu bezahlen. Aufbauend auf den Erfahrungen mit dem VEB Maßatelier, der Modeboutique Sibylle und unter dem Druck der unzufriedenen Bevölkerung richtete die DDR-Führung 1961 die Kette Exquisit als Sondergeschäfte der gehobenen Preis- und Angebotsklasse ein.¹¹³ In diesen Geschäften, wie auch in der später eröffneten Kette Delikat (1976), konnte die ostdeutsche Bevölkerung im Unterschied zu Intershop und Genex auch mit Ostgeld hochwertige Waren erstehen.¹¹⁴

Ähnlich der Boutique Sibylle sollten die Exquisitläden besondere Kleidungsmodelle, Einzelstücke und Spitzenerzeugnisse feilbieten und so die individuellen Wünsche der modischen Frau erfüllen. Obgleich 80 Prozent der Waren in der DDR entworfen und produziert wurden (VEB Exquisit, Gestattungsproduktion etc.), entstammten die Rohstoffe für die Exquisitmode doch überwiegend dem NSW.¹¹⁵

Im Bemühen um den kulturellen Anschluss an das Weltniveau verschlangen die Rohmaterialimporte einen Großteil der verfügbaren Devisen. Zur Kompensation und Abschöpfung des vorhandenen Kaufkraftüberhangs wurden höchstmögliche Preise angesetzt.¹¹⁶ Rasch erhielten die neuen Modegeschäfte Zuspruch und ausgehend von fünf Modesalons stieg diese Anzahl bis zur Wende auf

¹¹³ Der Name Sibylle war dabei nicht zufällig gewählt, hatte doch das erfolgreichste Modemagazin in der DDR den gleichlautenden Namen. Konzipiert als ‚Journal für Mode und Kultur‘ und von der Partei mit dem Auftrag zur ‚Schaffung eines modernen sozialistischen Frauenbilds‘ betraut, stellte dieses Medium nicht ausschließlich Mode- und Kosmetiktrends vor, sondern präsentierte auch Modelle zum Selbermachen und gab entsprechende Anleitungen zur eigenständigen Umsetzung. Da es die abgebildeten modischen Bekleidungsstücke auf Grund des Mangels an Rohstoffen zumeist nicht in die Serienproduktion schafften, sollte diese Vorgangsweise den Bürgerinnen die Möglichkeit bieten selbst Hand anzulegen. Die abgelichteten Modelle dienten folglich mehr als Anregung und Inspiration für die eigene Kreativität. Anhand der beigelegten Schnittmuster wurde den interessierten Leserinnen so Gelegenheit zum Nachschneiden geboten. Nach dem erstmaligen Erscheinen der Zeitschrift im Jahr 1956 gehörte das alle zwei Monate erscheinende und etwa 80 Seiten umfassende Medium rasch zu den begehrtesten Zeitschriftenpublikationen im Land. So reichte die Auflage von 220.000 Stück kaum aus um die große Nachfrage ausreichend zu befriedigen und das Produkt war dementsprechend oftmals nur als ‚Bückware‘ für besondere Kunden unter dem Ladentisch erhältlich. Neben der Sibylle erschienen im Laufe der Zeit noch etwa zehn weitere Modezeitschriften im Leipziger Verlag für die Frau. Zu den bekannteren DDR-Formaten mit Modeschwerpunkt zählten die ‚Modische Maschen‘ (1963–1993, vierteljährliche Erscheinung, Auflage: 624.000 Stück), ‚Praktische Mode zum Selbermachen – PRAMO‘ (1948–1993, monatlich, 770.000 Stück), ‚Saison‘ (1962–1990, vierteljährlich, 214.000 Stück), ‚Uroda‘ (1962–1989, polnische Gemeinschaftsausgabe), ‚Die Mode‘ (1959–1990, halbjährlich, 12.000 Stück) oder ‚Für Dich – Die Frau von heute‘ (mit Unterbrechung von 1946–1991, wöchentlich, 1987: 937.000 Stück). Nach der Wende scheiterten sämtliche Versuche einer Weiterführung der Zeitschriften unter marktwirtschaftlichen Bedingungen. Selbst die einst erfolgreiche Sibylle musste nach mehreren durchwachsenen Übernahmeversuchen im Jahr 1995 endgültig ihre Pforten schließen; vgl. Kupfermann, *DDR-Mode-Buch*, 148ff; Jasmin Wiedemann, *Mitgefangen, mitverkauft. Zur Situation ostdeutscher Frauenzeitschriften nach der Wende* (Münster/New York: Waxmann, 1995), 137ff.

¹¹⁴ Im Unterschied zu Exquisit bestand das Sortiment im Delikat hauptsächlich aus Delikatessen (Nahrungs- und Genussmittel), welche ebenfalls überwiegend aus DDR-Produktion stammten.

¹¹⁵ Vgl. Scheffler, *Chic*, 147; Söffker, *PRAMO*, 8.

¹¹⁶ Zum Zeitpunkt der Eröffnung kosteten Kleider zwischen 250,- und 900,- Ostmark, ein Damenmantel war zwischen 450,- und 1.200,- Ostmark zu haben und der Preis bei Obertrikotagen lag zwischen 120,- und 290,- Ostmark; vgl. SAPMO–BA, DY30/IVA2/2.021/720 Blatt 27. *Informationsblatt Preisfestlegung Exquisitläden* (29. September 1962). In Relation dazu verdiente ein vollzeitbeschäftigter Industriearbeiter im Jahr 1962 durchschnittlich 602,- Ostmark; vgl. Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg., *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1963*, 8. Jahrgang (Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1963), 166. Angesichts des extrem hohen Preisniveaus pflegte die Bevölkerung bald nur noch die spöttisch-ironische Alltagsbezeichnung UWUBU (Ulbrichts Wucherbuden) für die überteuerten Exquisitgeschäfte; vgl. Horst Braun, *Erfurt – Essen und zurück. Deutsch-Deutsches aus vier Jahrzehnten* (Norderstedt: Books on Demand, 2009), 19; vgl. Joachim Nawrocki, *Das geplante Wunder. Leben und Wirtschaften im anderen Deutschland* (Hamburg: Wegner, 1967), 64.

ein flächendeckendes Netz von zuletzt 530 Verkaufsstellen (Stand 1977: 109 Läden). Klingende Namen wie ‚Chic‘, ‚Kavalier‘, ‚Piccolo‘, ‚Charmant‘, ‚Yvonne‘, ‚Jeanette‘ oder ‚Madeleine‘ sollten den französischen Modeeinfluss andeuten und einen Hauch von ‚Haute Couture‘ versprühen. Die geringe volkswirtschaftliche Relevanz dieser Einrichtungen zeigte sich jedoch in den Verkaufszahlen. So umfasste der Verkaufsanteil an Textilien, Kleidung und Schuhen im Jahr 1985 (442 Lokationen) 13,6 Prozent.¹¹⁷ Trotz des bevorzugten Zugangs zu Ressourcen und Devisen hatten die Exquisitgeschäfte mit der Zeit Schwierigkeiten ausreichend Kleidungsstücke entsprechender Qualität zu beschaffen. Daneben bestand für die Planungskommission das Problem der Preisbalance zwischen Markenartikeln im Exquisit und Produkten in den regulären Verkaufsstellen (Güter aus dem Basissortiment, subventionierte Kinderbekleidung, preisreduzierte Überplanbestände etc.). Wie zahlreiche Briefeingaben zu Konsumfragen belegen, war die Geduld der Bürger nicht nur dem langjährigen Umgang mit dem spärlichen Angebot geschuldet, sondern fußte bis zu einem gewissen Grad im niedrigen Preisniveau (subventionierter) Waren. Bei den hochpreisigen Gütern aus den Sondergeschäften nahm die Leidensfähigkeit der Kunden merkbar ab. Stellvertretend dafür zeigte Frau Angela S. ihre Empörung über das schlechte Qualitätsniveau ihrer neuen Salamander-Schuhe aus Gestattungsproduktion:

„Im Oktober 1985 kaufte ich in einer Exquisitverkaufsstelle ein Paar Stiefel zum Preis von 282,- M (Originalprodukt Salamander). Ende November wollte ich die Stiefel reklamieren, da sie bei geringer Berührung mit Wasser und auch Schnee durchlässig wurden und dadurch der Wärmeeffekt gleich Null war. Ich kann die Stiefel nur mit warmen Socken anziehen, trotz Fellfutter! [...]

Mir wurde von der Verkaufsstelle der Hinweis gegeben, mich an das Forschungsinstitut für Schuhtechnologie Weißenfels zu wenden. Dort würde ein Gutachten angefertigt. [...]

Der Kollege teilte mir mit, daß bis Sommer 86 Stiefel und Leder eingekauft wurden, die nicht den entsprechenden Kälte- und Wasserschutz aufweisen können. Es ist also großes Pech für mich und sicher auch noch für andere Käufer. Ich bin aber keinesfalls mit dieser Begründung einverstanden, zumal ich für diese Stiefel einen hohen Preis zahlen mußte und auch noch einige Zeit anstehen mußte, um überhaupt diese Stiefel käuflich zu erwerben.“¹¹⁸

Mit Einrichtung der Sondergeschäfte traten elementare Widersprüche hervor. Der vom System proklamierte Anschluss an das Weltniveau fand seine partielle Entsprechung vor allem im exklusiven Segment, dort aber, „wo die *eigentliche Attraktivität der westlichen Konsumgesellschaften lag; dem überbordenden Angebot im Billigbereich, stellte sich die DDR die Aufgabe ‚bedarfsgerecht‘ zu versorgen, d.h. praktisch und solide*“.¹¹⁹ Das beschworene Kollektiv der Werktätigen kam indessen kaum in den Genuss der begehrten Konsumprodukte. Die unfreiwillige Abkehr von den Egalitätsidealen stellte die sozialistische Konsumleitkultur zunehmend in Frage und die Oasen in der Konsumwüste wurden zu einer ‚delikaten‘ Angelegenheit. In offensichtlicher und täglich erlebbarer Weise determinierten soziale Unterschiede die Konsummöglichkeiten. Politische Funktionen, Einkommen und Verwandtschaftsverhältnisse bestimmten den Zugriff auf die begehrten Güter.¹²⁰ Der

¹¹⁷ Vgl. SAPMO–BA, 38624/1. *Konzeption zur Entwicklung der Versorgung der Bevölkerung mit Exquisiterzeugnissen im Zeitraum 1986 bis 1990* (September 1986), 1, 9.

¹¹⁸ DRA–SZG, 1987 AVN440 0051-0099 Nr. 67. *Brief v. Angela S. an Prisma* (7. Jänner 1987).

¹¹⁹ Merkel, „Luxus“, 233.

¹²⁰ Vgl. Bauerkämpfer, *Sozialgeschichte*, 23f.

Niedergang machte schließlich selbst vor den Sondergeschäften nicht Halt. In den frühen 1980er Jahren war eine zunehmende Verschlechterung bei der Bestückung dieser Spezialläden zu verzeichnen. Hatte der Konsument 1978 noch die Möglichkeit in den Delikatläden unter mehr als 550 Artikeln zu wählen, so wurde die Produktpalette 1985 auf etwa 210 Artikel beschränkt. Um die Lücken zu schließen, rückten zunehmend Produkte aus dem normalen Handel in den Sortimentsbestand von Delikat (und Exquisit). Derartige Maßnahmen blieben der Bevölkerung nicht lange verborgen, wodurch die allgemeine Unzufriedenheit neuen Nährboden erhielt.¹²¹

Das Resümee fiel in den 1980er Jahren zwiespältig aus. Einerseits hatte man im Vergleich zum übrigen Ostblock den höchsten Lebensstandard vorzuweisen und die SED-Wirtschaftsorgane reklamierten für die DDR den Rang als zehntgrößte Volkswirtschaft, dem eigentlichen Maßstab – nämlich der BRD – hinkte man in (nahezu) allen Kategorien hinterher.¹²² Wie die massenhaften Eingaben an die Staatsorgane bezeugen, traten in den 1980er Jahren bereits lang überwunden geglaubte Versorgungsprobleme auf. Stellvertretend dafür können die eindringlichen Schilderungen von Erich B. zu den widerfahrenen Versorgungsunzulänglichkeiten gelten, die er einige Monate vor der Wende (28. August 1989) an die Fernsehredaktion Prisma richtete:

„1. Ich suche für unseren Schnellkochtopf einen Dichtungsring der neuen Ausführung mit T-Profil. Ich war deshalb im Kreis Halberstadt in fast allen Industriewarengeschäften, es gibt nur die Dichtungsringe der alten Ausführung im Angebot, die auf unseren Schnellkochtopf nicht passen. Entweder müssen wir das Kochen im Schnellkochtopf einstellen oder einen neuen kaufen?“

2. In der HO [...] gibt es kaum Ersatzteile für Fahrräder [...] Die Verkaufsstellenleiterin legte mir den Bestellkatalog für Fahrradersatzteile vor. In diesem sind schon über Monate die bestellten Ersatzteile durch den Großhandel mit Rotstift gestrichen.

3. In den Industriewarengeschäften gibt es zur Zeit auch keine Bügeleisen, Kaffeemühlen, Kaffeemaschinen und Staubsauger. [...]

4. Viele Trabantbesitzer können ihren fahrbaren Untersatz bald stehen lassen, weil [...] es [...] Ersatzteile im Handel nicht zu kaufen gibt. Bei Anmeldungen in den Kfz. Instandhaltungsbetrieben müssen dann auch lange Wartezeiten in Kauf genommen werden. [...]

7. In Textilgeschäften treten ebenfalls immer wieder Engpässe auf. Zum Beispiel gibt es hier keine Damenschlüpfer, Strumpfhosen mit Muster oder Herrenunterhosen oder andere Sachen. Dazu möchte ich sagen, daß in der vergangenen Woche eine Frau aus Schwanebeck in Frankfurt / Oder zu Besuch war und von dort einen ganzen Plastesack [...] mitgebracht hat. Dieses Beispiel beweist doch einmal mehr, daß es fast alles gibt, man muß nur wissen wo.

8. In vielen Kaufhallen kann immer öfter beobachtet werden, daß Kunden bis zu 10 Brote oder paketeweise die Graupen und Haferflocken kaufen und diese an die Tiere verfüttern. Dazu muß gesagt werden, daß Brot, Graupen und Haferflocken billiger sind als das zur Zeit

¹²¹ Diese Vorgangsweise war wesentlicher Bestandteil der versteckten Preiserhöhungen; vgl. Kaminsky, *Wohlstand*, 146.

¹²² Erst 1990 wurde das ganze Ausmaß der Verschleierung des wirtschaftlichen Leistungsvermögens der DDR bekannt. Heute dominiert unter Wirtschafts- und Sozialhistorikern weitgehend die Meinung, dass das Land zu keiner Zeit die zehntgrößte Industrienation gewesen ist. Unterschiedliche Formen der Volkswirtschaftsrechnung und die bewusste Beschönigung bzw. Geheimhaltung von Zahlenmaterial begünstigten die Verbreitung dieser Legende. Nach heutigen Gesichtspunkten wird die DDR eher als Schwellenland mit industrieller Ausprägung verortet; vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, *Die 101 wichtigsten Fragen. DDR* (München: Beck, 2009), 101; vgl. Eckhard Wandel, "Transformationsprobleme bei der deutschen Wiedervereinigung," in: *Struktur und Dimension. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag*, Hg. Hans-Jürgen Gerhard (Stuttgart: Franz Steiner, 1997), 311.

sehr knappe Futtergetreide. [...] Es ist dann nur gut zu verstehen, daß jeder, der mit den gesuchten ‚Mangelwaren‘ in Berührung kommt, diese versucht zu horten und Geschäfte damit zu machen.“¹²³

In seiner an Prägnanz und Vielseitigkeit bestechenden Analyse schloss der Schreiber mit einer eindringlichen Zusammenfassung über die Gefühlslage in der Bevölkerung:

*„All diese aufgezeigten Probleme und andere tragen doch letztendlich dazu bei, daß die Bürger immer unzufriedener werden und in ihrer Verärgerung total häßliche Diskussionen führen. Oftmals wird aber auch geäußert, [...] daß in den verantwortlichen Stellen Leute sitzen, die [...] ihren Aufgaben nicht gewachsen sind. Viele Bürger sind aber auch nicht gewillt oder bereit offen bei dafür bestimmten Stellen gegen Mißstände aufzutreten, weil sie tatsächlich Angst haben, Repressalien oder Schikanen ausgesetzt zu werden, wie es schon der Fall war.“*¹²⁴

Im letzten Jahrzehnt des Bestehens der DDR ist eine vorrangige Verwaltung des Mangels zu verzeichnen. Die Rückbesinnung auf die stalinistische Politik des Konsumverzichts oder das Werben um Verständnis und Einsicht für den anstehenden Durchbruch fanden in der Bevölkerung zu dieser Zeit längst kein Gehör mehr. Im Angesicht des drohenden Staatsbankrotts erarbeitete das MfHV zwar mehrere Verordnungen zur Anhebung der Verbraucherpreise. Zu einer radikalen Abkehr von der subventionierten Festpreispolitik kam es aus ideologischen Erwägungen nicht, da man die Stabilität des ganzen Systems (und die eigene Legitimität) gefährdet sah. Noch zum 40. Jahrestag feierte sich die DDR-Spitze mit einem gigantischen Fackelzug selbst, während einige Straßen weiter die Bürger gegen das System aufbegehrten und mit Vehemenz Änderungen einforderten. Die SED-Führung wollte die Zeichen der Zeit nicht anerkennen und selbst die Reformpolitik des sowjetischen Bruderstaates, unter dessen Parteiführer Michail Gorbatschow, vermochte kein Umdenken zu bewirken. Die Öffnung schritt unaufhaltsam voran und das politische und ökonomische Scheitern kulminierte schließlich in der (weitgehend) friedlichen Revolution (1989). Schließlich trat Parteichef Erich Honecker unter dem Druck der öffentlichen Proteste am 18. Oktober 1989 zurück, so wie wenige Tage später die gesamte Regierung. Nicht mit einer gewissen Symbolik war es der Minister für Handel und Versorgung, Werner Jarowinsky, der das Ende der DDR besiegelte und erst in der Stunde des Niedergangs erstmals offiziell einräumte, dass das Land eigentlich seit dem Ende der 1960er Jahre weit über seine ökonomischen Verhältnisse gelebt hatte.¹²⁵

Mit der deutschen Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 hörte das Projekt des real existierenden Sozialismus, in Gestalt der Deutschen Demokratischen Republik endgültig auf zu existieren. In gewisser Weise ist die DDR nicht an ihren Fehlern gescheitert, sondern schon einen Schritt davor, an der planmäßigen Umsetzung der Parteivorgaben.

¹²³ DRA–SZG, 1989 Ordner 386 Nr. 2601-2650 2633. Brief v. Erich B. an Prisma (28. August 1989).

¹²⁴ Ibid.

¹²⁵ In Zahlen gefasst, häufte die DDR bis zum Wendejahr Staatsschulden in Höhe von etwa 38 Milliarden Devisenmark auf. Zusätzlich zu den Verbindlichkeiten gegenüber dem westlichen Klassenfeind wuchsen die Rückstände des Staatshaushalts im Inneren des Landes (Banken, Sparkassen etc.) auf 130 Milliarden Mark an; vgl. Steiner, "Technikentwicklung," 144. Andere Quellen taxieren die Verschuldung gegenüber dem gesamten westlichen Ausland zum Stichtag 31. Mai 1990 auf etwa 55,6 Milliarden D-Mark. Besonders kritisch ist die Verschuldung der Staatsbetriebe in Höhe von rund 115,8 Milliarden D-Mark zu bewerten; vgl. Wandel, "Transformationsprobleme," 311.

6. *Kultur der Eingabe*

Wie bereits in der Einleitung vermerkt, basieren die empirischen Analysen auf ausgewählten Briefquellen, in denen leidgeprüfte Bürger ihre Erfahrungen mit Versorgungseinschränkungen im Bereich Mode und Bekleidung anprangerten und die staatlichen Adressaten, die Fernsehredaktion Prisma, um Intervention bzw. Abhilfe baten. Die Eingabekultur wirft dabei neue Schlaglichter auf den sozialistischen Konsum und bietet die Möglichkeit zur Rekonstruktion ostdeutscher Lebenswelten. Die DDR hat auf so viele Weisen existiert wie sie wahrgenommen wurde.

6.1 *Quantitative Relevanz und Adressaten*

Schon der zahlenmäßige Umgang mit der Eingabekultur gewährt erste Einblicke in die Bedeutsamkeit dieses Kommunikationsmediums. Auf Grund von verschiedenartig geführten Aufzeichnungs- und Erfassungskriterien sind zwar keine landesweiten Gesamtstatistiken aus der Staatsregistratur überliefert, Hochrechnungen aus dem vorhandenen Datenmaterial (einzelne Bezirksstatistiken, Auswertungen des Staatsrates bzw. Ministerrates etc.) legen aber nahe, dass im Jahr 1961 etwa 780.000 Eingaben und im Jahr 1976 etwa 970.000 Eingaben an die SED-Bezirksorgane und den Staatsrat gerichtet wurden. Interpolationen für die 1980er Jahre bescheinigen ein entsprechendes Ansteigen auf mehr als eine Million Anfragen pro Jahr. Vorsichtigen Schätzungen zufolge ist das gesamte Aufkommen noch höher anzusetzen, da in diesen Berechnungen Briefe an staatliche Medien oder gesellschaftliche Einrichtungen weitgehend unbeachtet blieben. Die gesellschaftspolitische Bedeutung dieses Mediums zur Konfliktregulierung zwischen Bürger und Herrschaft ist jedenfalls nicht hoch genug zu taxieren.¹²⁶

Als Adressaten für Eingaben kamen sämtliche Organe, Einrichtungen und Persönlichkeiten in Frage, die vom Schreiber Kraft ihrer zugeschriebenen Autorität oder Machtfülle als einflussreich genug galten, um das jeweilige Problem zu lösen. Nach Gründung der DDR wurde Wilhelm Pieck rasch zur wichtigsten Ansprechperson. Von 1,65 Millionen Briefen, die der erste (und einzige) Präsident des Landes in den 1950er Jahren erhielt, wiesen etwa 625.000 Stück Eingabencharakter auf.¹²⁷ Nicht zuletzt als Lehre aus den Ereignissen des Arbeiteraufstandes vom 17. Juni 1953 wurde die Eingabenpraxis seitens der Staatsführung forciert. Auf Grund der Eignung als Seismograf am Puls des Volkes wurde dieser Kommunikationskanal als Detektor von Stimmungen, Meinungen und Bedürfnissen gesehen. Nach dem Tod von Wilhelm Pieck (7. September 1960) fand die Bevölkerung in Form des neu geschaffenen Staates schnell einen neuen bevorzugten Adressaten. Viele Autoren richteten ihr Anliegen direkt an den Vorsitzenden Walter Ulbricht, der die massenhafte Ansprache wiederum als wichtige Legitimation seines Amtes wertete. In den 1960er Jahren erreichte diese Beschwerdepraxis ungeahnte Popularität, wodurch der formale Rechtsweg als Konfliktlösungsform

¹²⁶ Vgl. Jochen Staadt, *Eingaben. Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR. Goldbrokat, Kaffee-Mix, Büttchenreden und andere Schwierigkeiten mit den Untertanen* (Berlin: Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 24, 1996), 32f.

¹²⁷ Im Unterschied zu Wilhelm Pieck, der auf Grund seiner Herkunft, Position und medialen Aufbereitung mitunter als schützende Vaterfigur wahrgenommen wurde, erntete die Volkskammer, als höchste legislative Macht im Staat, weit weniger Zuspruch.

zusehends an Bedeutung verlor. Auf inhaltlicher Ebene thematisierten die Eingaben zumeist widerfahrene Unzulänglichkeiten des Alltags aus den Kategorien Versorgung, Konsum, Wohnraum und Reisefragen.¹²⁸ Mit Ausnahme letzterer akzeptierte die Staatsführung diese Kommunikation als legitimes Mittel der Volkskritik, wie auch Ulbricht selbst feststellte:

„Immer mehr nehmen die Eingaben zu, in denen die Probleme des sozialistischen Aufbaus behandelt und ich sage, komplizierte Probleme behandelt werden. Es ist selbstverständlich, daß in der Bevölkerung solche Probleme diskutiert werden und viele dieser Probleme erst im weiteren Aufbau des Sozialismus gelöst werden können. Ich sehe dabei ab von solchen Eingaben über die Reise nach Westdeutschland. [...]

Es gibt auch eine Gruppe von Fragen, die überhaupt nicht erfüllt werden können. In Leipzig zum Beispiel habe ich in dem Gespräch mit der Leitung der VVB (Anm. d. Verf.: Vereinigung Volkseigener Betriebe) Textil festgestellt, daß wir aus Westdeutschland synthetische Faser importieren für die Produktion von Kleiderstoffen [...]

Auf die Frage, ob wir das unbedingt produzieren müssen, wurde geantwortet, es wird von der Bevölkerung gewünscht. Einige glauben, im Sozialismus muß es alles geben, was man sich wünscht, das ist ein Irrtum. Im Staatsapparat muß man deshalb von unten bis oben Klarheit schaffen, daß man nur das produzieren und verkaufen kann, was möglich ist und nicht das, was man sich wünscht.“¹²⁹

Nach Ulbrichts Ablöse änderte sein Nachfolger Honecker zunächst nur wenig an den Verfahrenspraxen. Zu Beginn der 1970er Jahre gingen die Eingabenzahlen merklich zurück. Die Staatsführung vereinnahmte dies für ihre Zwecke und instrumentalisierte die Entwicklung als Bestätigung des eingeschlagenen Weges. Als die Zahlen Ende der 1970er Jahre wieder stiegen und im Verlauf der 1980er Jahre förmlich explodierten, wurde dies im fälligen Umkehrschluss hingegen nicht als Versagen der Politik gewertet.¹³⁰ Die Anliegen fanden zwar weiterhin Gehör, und man versuchte auch im Sinne des Bürgers Abhilfe zu schaffen, ernsthafte Absichten einer strukturellen Reform des Wirtschafts- und Sozialsystems waren aber nicht erkennbar.¹³¹

Noch schwieriger als die zahlenmäßige Erfassung sind gesicherte Aussagen über den Erfolg von Eingaben. Faktoren, die eine positive Bearbeitung determinierten, waren neben der Kategorie des Anliegens der Zeitpunkt (Jahrzehnt, vor oder nach einem Jahrestag, anstehende Wahlen, politische Tagesverfassung etc.), die empfangende Stelle und vielleicht der wesentlichste Aspekt, der Adressat selbst. Dessen gesellschaftliche Position, Klassenzugehörigkeit und die applizierten Thematisierungsstrategien hatten wohl den größten Einfluss auf den Erfolg einer Eingabe.¹³²

¹²⁸ Vgl. Patrick Major, "Abwanderung, Widerspruch und Loyalität. Die DDR und die offene Grenze vor dem Mauerbau," in: *Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates*, Hg. Heiner Timmermann, Band 92 (Berlin: Duncker & Humblot, 2001), 206f; vgl. Felix Mühlberg, *Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR* (Berlin: Dietz, 2004), 79ff.

¹²⁹ Bundesarchiv Berlin–Staatsrat, DA5/167 1961 Blatt 221-224. *Ausführungen des Genossen Ulbricht zu dem Jahresbericht über die Bearbeitung der Eingaben* (1961).

¹³⁰ In Abhängigkeit der quantitativen Tendenz einer Zu- oder Abnahme der Eingaben nahm die Staatspropaganda zu den Eingabenphänomenen unterschiedliche Haltungen an. Wurde die zahlenmäßige Abnahme in den 1970er Jahren von Honecker noch als Erfolg der Versorgungs- und Wohnbauinitiative gewertet, stellte die Propaganda in den 1980er Jahren das Argumentationsschema um. Anstatt die massenhaft auftretenden Eingaben primär dem extremen Grad an Unzufriedenheit zuzuordnen dominierte in den Amtsstuben die Devise, je mehr Eingaben eingehen, umso besser ist es um den Vertrauensgrad des Bürgers in die Lösungskompetenz der Verwaltungsorgane bestellt.

¹³¹ Vgl. Ina Merkel, Hg., *Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation! Briefe an das Fernsehen der DDR* (Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf, 2000), 21f.

¹³² Bei Eingaben zu Wohnungsfragen, Lohnpolitik oder überfälligen Instandsetzungen lag die Wahrscheinlichkeit der Abhilfe mit bis 40 Prozent ungleich höher als etwa bei Anfragen zum Reiseverkehr (0,27 Prozent); vgl. Mühlberg, *Bürger*, 187ff.

6.2 Historisch-juridische Entwicklungen

Basierend auf der Rechtspraxis der Weimarer Republik wurde das Beschwerderecht in der SBZ bereits früh in die Verfassung eingepflegt. Aus dem Verwaltungsrecht entwachsen fand das Mitgestaltungsrecht des Bürgers zunächst in der ersten Verfassung (7. Oktober 1949) unter den Grundlagen der Staatsgewalt (Artikel 3, Absatz 4) seine Entsprechung: „*Jeder Bürger hat das Recht, Eingaben an die Volksvertretung zu richten.*“¹³³ Da Eingaben immer stärker als probates Mittel zur Artikulation des Bürger(un)willens genutzt wurden, trachtete der Staat danach die entstandenen rechtsfreien Lücken provisorisch zu schließen. Zu diesem Zweck wurde im Jahr 1953 die Beschwerdeverordnung („Eingabenerlass“) verabschiedet. Neben den Richtlinien zur Abwicklung wurden darin die zeitlichen Fristen der Bearbeitung festgelegt.¹³⁴

In den folgenden Jahren war eine weitere Kultivierung der Eingabenpraxis zu verzeichnen, wobei die gewonnenen Erfahrungen in zwei weiteren Erlässen (1961 und 1969) ihren Niederschlag fanden. Mit dem Eingabengesetz vom 19. Juni 1975 nahm die legislative Regelung ihren Abschluss. Unklarheiten zwischen Eingaben und klassischen Rechtsmitteln blieben jedoch bis zum Ende der DDR bestehen. Obgleich der Anwendungsbereich und die Verfahrenspraxen durch die diversen Erlässe geregelt waren, blieben Eingaben – aus formaljuristischer Tradition – doch stets ein informelles Verfahren zur Rechtsdurchsetzung. Mit Forcierung der Eingabekultur täuschte der Staat in kalkulierter Weise ein bürgerfreundliches Demokratieverständnis vor, das vom Bürger nicht wirklich ein profundes Rechtsverständnis und Rechtsbewusstsein erforderte.¹³⁵

Aus Bürgersicht wiederum wurde der klassische Rechtsweg häufig als das steinigere Pflaster empfunden. Neben dem verringerten Aufwand hatten Eingaben einfach größere Aussicht auf Erfolg und im Unterschied zu einem endgültigen Urteil des Verwaltungsgerichts bestand bei einer Ablehnung die Möglichkeit sein Anliegen einfach erneut an einer anderen Stelle zu positionieren.

6.3 Sinnkonstruktion und Bezugnahme

Während des Bestehens der DDR unterlag die Eingabekultur einem steten Wandel und entwickelte dabei eine Eigenlogik. Als Kommunikationskanal zu den herrschenden Instanzen wurde den Bürgern eine schmale Pforte geöffnet, die es erlaubte, beinahe alle Probleme des Alltags zur Diskussion zu stellen. Das bedrückende Gefühl, dem paternalistischen System ohnmächtig gegenüberzustehen, kannten viele Menschen nur zu gut. In einem Land, in dem die SED mit ihrer allmächtigen Lehre des Marxismus-Leninismus für sich in Anspruch nahm im Besitz der einzigen Wahrheit zu sein und deren Hymne davon kündete „Die Partei, die Partei, die hat immer recht“, wirkte die Eingabekultur als

¹³³ Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik, "Gesetz der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik," *Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik* 1 (1949): 6.

¹³⁴ Vgl. SAPMO-BA, ZB 20049 a/19. *Verordnung über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen. Vom 6. Februar 1953* (13. Februar 1953), 265.

¹³⁵ Vgl. Wolfgang Bernet, "Eingaben als Ersatz für Rechte gegen die Verwaltung in der DDR," *Kritische Justiz* 2 (1990); vgl. Karl Hönl, "Die Eingaben der Werktätigen als Mittel der Demokratisierung der Arbeitsweise des Staatsapparates," *Staat und Recht* 6 (1953); vgl. Annett Kästner, Hg., *Eingaben im Zivilrecht der DDR. Eine Untersuchung von Eingaben zu mietrechtlichen Ansprüchen aus den Jahren 1986 und 1987* (Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 2006); vgl. Klaus Westen, "Die Eingabe als Rechtsbehelf im Zivilrecht der DDR," *Recht in Ost und West* 32, 2 (1988).

institutionalisiertes Beschwerdeinstrument gegen Zustände, Vorgänge und Verfahrensweisen, welche den Staatsorganen zugeordnet wurden.¹³⁶

Obgleich es der Einzelne nicht vermochte, die totalitäre Herrschaftspraxis zu erschüttern, so konnte sich der gebeutelte Bürger mit der Ankündigung ‚Dann schreibe ich eben an den Genossen Honecker‘ Gehör verschaffen. Dabei zückten die Bürger den Beschwerdestift zu fast allen erdenklichen Problemlagen, wovon es in der DDR genug gab. Die überwiegende Mehrheit der Briefe hatte materielle und soziale Inhalte, wobei in quantitativer Hinsicht neben Wohnungsproblemen vor allem Unzulänglichkeiten bei der Bereitstellung von Konsumgütern die Gemüter erregte. Die Möglichkeit der direkten Kontaktaufnahme mit den Entscheidungsträgern machte die Eingabe überaus populär. Der mühsame Hindernislauf durch den Zuständigkeitsparcours entfiel, und der ansonsten wehrlose Bürger konnte sein Problem direkt im Vorzimmer der Macht deponieren. Besonders nutzbringend war dabei der bidirektionale Charakter des Kanals. So wurde mitunter das eine oder andere Problem – über formaljuristische Instanzen hinweg – zur politischen Frage erhoben und in seltenen Fällen geschahen sogar Wunder. Durch ein strategisch formuliertes Schreiben bestand durchaus die Möglichkeit, die jahrelange Wartezeit auf einen Telefonanschluss zu reduzieren oder eine langwierige Odyssee nach Ersatzteilen für ein Kraftfahrzeug zu einem unverhofften Ende zu führen, wie etwa Frau Edelgard P. in ihrem Dankeschreiben für die Unterstützung durch das Fernsehen der DDR zu schätzen wusste:

„Ich möchte Ihnen nunmehr mitteilen, daß [...] man sich zu meiner großen Freude bemüht, mir bei meinem Anliegen behilflich zu sein. Der Ersatzteil-Vertrieb des Werkes wurde informiert, und ich erhalte über das Auslieferungslager meiner Werkstatt in Saßnitz, die die Reparatur durchführen wird, personengebunden den so dringend benötigten Kotflügel.“¹³⁷

Auf Grund der rechtlichen Schwammigkeit traten bei der Eingabenpraxis häufig Willkür und Bevorzugungen auf. Andererseits war es ein probates Mittel, um Missstände aufzuzeigen und zu beseitigen. Obwohl die vorgebrachten Anliegen zumeist individuell erfahrene Unzulänglichkeiten behandelten, standen nicht ausschließlich persönliche Interessen im Vordergrund. Vielfach ist in den Briefen der eindringliche Wunsch spürbar, die politische Elite über die Problemlagen des Alltags zu informieren und dadurch Kurskorrekturen zu erwirken. Vorschläge zur Verbesserung des Verwaltungsapparats oder Hinweise zu Versorgungs- und Verteilungsproblemen führten bei entsprechender Brisanz oder quantitativer Verdichtung der Belege tatsächlich zu kleinräumigen Anpassungen der staatlichen Handlungsweisen. Traten Beschwerden zu einem Problemfeld gehäuft auf, diente dies den Planungsstellen durchaus als Auslöser bzw. Referenz, um etwa Betriebe mit Qualitätsproblemen an den Pranger zu stellen. So berichteten ‚Fräulein Güte und Herr Murks‘ in einer Kolumne des Zentralorgans ‚Neues Deutschland‘ (ND) regelmäßig über solche Störungen und sprachen je nach Sachlage Lob oder Tadel aus. Im sozialistischen Wettbewerb kürte man neben Vorzeigebetrieben auch die „*Schluflichter der Qualität*“, und entsprechend auffällige Betriebe, wie der VEB Modedruck wurden im Volksmund schließlich nur noch als ‚VEB Fehldruck‘ apostrophiert.¹³⁸

¹³⁶ Ausnahmen bildeten nur jene Bereiche bei denen ein formaljuristischer Rechtsweg zwingend vorgesehen war. Dies war etwa bei der Erfüllung strafrechtlich relevanter Tatbestände der Fall.

¹³⁷ DRA–SZG, 1989 Ordner 350 Nr. 0751-0800 754. Brief v. Edelgard P. an Prisma (27. März 1989).

¹³⁸ Neues Deutschland, "Wir stellen uns vor," *Neues Deutschland*, 14. Jänner 1960; Stitzel, *Fashioning*, 82.

7. *Struktur und Auswahl des Quellenkorpus*

7.1 *Form der Datenerhebung*

Je länger die Existenz der DDR zurückliegt, desto problematischer sind die ‚posthum‘ erhobenen Erinnerungen von Zeitzeugen. Anekdoten, persönliche Erfahrungen und faktische Gegebenheiten verblassen und verschwimmen durch die nachfolgenden Ereignisse. Die Prädominanz westlicher Leitbilder aus Politik, Kultur, Ökonomie und Medien als auch die Herausbildung ‚ostalgotischer Gegenpole‘ führten zu einer zunehmenden Polarisierung, Verklärung und Überzeichnung der vergangenen Gegebenheiten. Im Unterschied etwa zu ‚post festum‘ Interviews mit Zeitzeugen birgt der Quellenkorpus aus Eingaben einige inhärente Vorteile. Gestützt auf den narrativen Charakter bleibt die Bedeutungsstruktur der wahrgenommenen Wirklichkeit dem Betroffenen selbst überlassen. Die Aussagen und Empfindungen der Verfasser weisen ein hohes Maß an intrinsischer Motivation auf, und das Material ist – auf Grund der nichtreaktiven Erhebungsstruktur – keinen ungewünschten Befragungseffekten ausgesetzt. In den gegebenen Grenzen eines diktatorischen Systems ermöglichte die gewachsene Eingabekultur ein relatives ‚Höchstmaß‘ an Redefreiheit. In Aufbietung subtiler sprachlicher Strategien (Rollenfestlegung, Selbstdarstellung etc.) und in Vermeidung dedizierter Reizthemen (Reisefreiheit, Grenzöffnung, fundamentale Infragestellung des sozialistischen Gesellschaftssystems etc.) gestattete die Eingabe dem Bürger seine Problemlagen in unmissverständlicher Weise kundzutun.

Interessanterweise stellten Beschwerdebriefe eine bisher kaum genutzte Quelle für die Erforschung der DDR-Geschichte dar. Dies ist insofern verwunderlich, da Authentizität, Lebensunmittelbarkeit, Mehrdimensionalität und Vielfalt der einbezogenen Informationen auf der Hand liegen. Die Schilderungen gewähren auf eindringliche Art und Weise Einblicke in den Alltag der betroffenen Menschen, wodurch diese Quellen insbesondere für Forschungen zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte herangezogen werden können. Bei der empirischen Untersuchung stehen die Thematisierungsstrategien der Eingabenschreiber im Mittelpunkt und werden in der qualitativen Inhaltsanalyse im Spannungsfeld zwischen Herrschaftssystem und Alltag befohrt.

7.2 *Struktur und Auswahlkriterien des Datenmaterials*

Die Grundlage der empirischen Analysen bilden ausgewählte Eingaben von DDR-Bürgern an die ostdeutsche Fernsehsendung Prisma aus dem Zeitraum zwischen 1963 und 1989. In Erwartung der medialen Unterstützung für ihre Problemlagen brachten die Bürger in diesen Briefen ihre konsumspezifischen Nöte im Bereich Mode und Bekleidung zur Sprache.

Auf die Reichhaltigkeit und Vielseitigkeit von Eingaben als Primärquelle wurde der Autor durch die Forschungsaktivitäten der Kulturwissenschaftlerin Ina Merkel aufmerksam, die in ihrer Publikation mit dem Titel ‚Wir sind doch nicht die Meckerecke der Nation‘ ausgewählte Eingaben von Bürgern an

das DDR-Fernsehen im Originalwortlaut – nach Kategorien aufbereitet – vorstellte und auf diese Weise deren individuelle Vielfalt erstmals einem interessierten Auditorium zugänglich machte.¹³⁹

Obleich die zugrundeliegenden Briefe an die ostdeutsche Rundfunksendung Prisma aus gesetzlicher und prozesstechnischer Sicht als Eingaben behandelt wurden, so sind doch strukturelle Unterschiede zu klassischen Eingaben an systemunmittelbare bzw. kommunale Stellen (Staatsrat, Ministerrat, Bezirksrat, Führungspersonlichkeiten der Partei etc.) erkennbar. Viele verärgerte Bürger adressierten ihre Zeilen an die besagte Rundfunksendung nicht ausschließlich mit dem ausschließlichen Ziel Abhilfe für die eigenen Problemlagen zu erhalten. Oftmals war mit diesen Eingaben die unmittelbare Erwartungshaltung verknüpft – über das Massenmedium Fernsehen – eine übergeordnete Breitenwirkung und Sensibilisierung für fundamentale Problemlagen zu erzielen. Den Briefen ist vielfach ein äußerst expressiver Stil zu attestieren. Gekennzeichnet durch geschickte und strategische Argumentationsführung wurde häufig (zwischen den Zeilen) auf systemimmanente Widersprüche und Diskrepanzen aufmerksam gemacht.

Die verantwortlichen Mitarbeiter der Redaktion erkannten schon damals den herausragenden Stellenwert dieser Belege und archivierten ab den 1980er Jahren etwa drei bis fünf Prozent der eingelangten Schriftstücke.¹⁴⁰

Die in dieser Untersuchung verwendeten Primärquellen aus den 1980er Jahren entstammen der Sammlung Zeitgeist (SZG), die im Deutschen Rundfunkarchiv (DRA) in Potsdam-Babelsberg archiviert sind. Äquivalente Eingaben an Prisma aus dem Zeitraum von 1963 bis in die 1970er Jahre sind dem Zentralen Warenkontor für Textil- und Kurzwaren (ZWK) des Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz (SSC) entnommen.¹⁴¹

Insgesamt umfasste das gesichtete Material etwa 3.000 Schriftstücke, die im Raster der Forschungsfragen zunächst einer Grobstrukturanalyse unterzogen wurden. Der definierte Korpus für die anschließende Feinanalyse umfasste schließlich 52 konsumzentrierte Beiträge aus dem Themenfeld ‚Mode und Bekleidung‘, von denen 33 Zusendungen von Frauen stammten und zwölf Briefe männlichen Autoren zuordenbar sind. Zwei Eingaben wurden im Namen der Familie (jeweils ein Autor und eine Autorin) verfasst und fünf Autoren (ein Mann/vier Frauen) brachten ihr Anliegen stellvertretend für eine Organisation ein (z.B.: Verkaufsstellenleiterin, Brigadeführerin, Handwerksmeister etc.). Die Größe dieses Samples wurde vorrangig in Blickrichtung auf den zugrundeliegenden Fragenkomplex, der gewählten Forschungsmethodik und den vorgegebenen Rahmenbedingungen festgelegt.

¹³⁹ Vgl. Merkel, *Mecker-Ecke*.

¹⁴⁰ Im Jahresdurchschnitt erreichten etwa 3.000 Zuschriften die Redaktion Prisma. Es gab jedoch vereinzelt Jahre mit weitaus größerem Zuspruch. So etwa im Jahr 1972, wo 6.000 Briefe einlangten oder in den letzten Jahren vor der Wende; vgl. DRA–SZG, 1986 AVN440 0001-0050 o.Nr. *Sammlung ‚Zeitgeist‘ aus den Zuschauerzuschriften zu Prisma* (29. November 1985).

¹⁴¹ Mein besonderer Dank gilt an dieser Stelle Herrn Dr. Fischer vom DRA in Potsdam-Babelsberg und Herrn Müller vom SSC für ihre freundliche Unterstützung bei der Erhebung des Materials.

8. Empirische Horizonte

8.1 Argumentation zum qualitativen Forschungsansatz

In den historischen Kulturwissenschaften ist seit den 1970er Jahren ein Paradigmenwechsel in Richtung qualitativer Methoden zu verzeichnen. Der verstärkte Einsatz qualitativer Methoden soll die bestehenden Grenzen und Unzulänglichkeiten der quantitativen Verfahren überwinden und neue Perspektiven eröffnen:

„Das rein quantitative Denken ist brüchig geworden; ein Denken, das sich den Menschen und Dingen annähert, indem es sie testet und vermisst, mit ihnen experimentiert und ihre statistische Repräsentanz überprüft, ohne vorher den Gegenstand verstanden zu haben, seine Qualität erfaßt zu haben.“¹⁴²

Wesentliche Kritiker an der quantitativen Forschung meinen, dass Skalen, Tests und standardisierte Messinstrumente den Betrachtungsgegenstand nicht in ausreichender Weise zu Wort kommen lassen. Die interdisziplinär ausgerichtete qualitative Forschungslogik versucht dagegen soziale Realitäten zu rekonstruieren.

Die lebensweltlichen Erfahrungen der untersuchten Personen rücken in den Mittelpunkt, wodurch ein unmittelbarer Zugang zur Sichtweise der Eingabenschreiber möglich wird. Auf diese Weise gelingt es, eine besondere Nähe zu den Alltagsfragen und Alltagsproblemen herzustellen.¹⁴³

Das vorrangige Motiv der qualitativen Forschung manifestiert sich in einer *„Kritik an der experimentellen Zurichtung des Menschen nach meßbaren Imperativen gesellschaftlichen Funktionierens“*. Zwar erwachsen daraus ‚per se‘ noch keine erkenntnisreicheren Forschungsergebnisse, doch gewährt der qualitative Ansatz Zugriff auf *„die Wünsche, Bedürfnisse und den Eigensinn der Subjekte“*.¹⁴⁴

Doch soll hier keine Opposition gegenüber quantitativen Methoden aufgebaut werden. Gerade erkenntnisreiche Forschungsprojekte sind durch einen Methodenmix aus qualitativen und quantitativen Verfahren charakterisiert.

Als Grundgerüst des qualitativen Denkens führt Philipp Mayring fünf Grundsätze an (Abbildung 6):¹⁴⁵

¹⁴² Philipp Mayring, *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken*, 3. Auflage (Weinheim: Beltz, 1996), 1.

¹⁴³ Vgl. Uwe Flick, *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*, 3. Auflage (Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2005), 15; vgl. Siegfried Lamnek, *Qualitative Sozialforschung*, 4. Auflage (Weinheim: Beltz, 2005), 8ff.

¹⁴⁴ Ernst von Kardorff, "Qualitative Sozialforschung. Versuch einer Standortbestimmung," in: *Handbuch qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*, Hg. Uwe Flick, et al., 2. Auflage (Weinheim: Beltz, 1995), 7.

¹⁴⁵ Mayring, *Einführung*, 9ff.

(1) Subjektbezogenheit der Forschung:	In den humanwissenschaftlichen Disziplinen bilden immer Menschen den Kern der Forschungsbemühungen.
(2) Deskription:	Zur Erfassung der Zusammenhänge ist im Vorfeld der Analyse eine umfassende Beschreibung der historischen Entwicklungen anzustrengen.
(3) Offenheit:	Da von Menschen hervorgebrachtes Material immer mit subjektiven Intentionen verbunden ist, liegt der Untersuchungsgegenstand nie völlig offen vor. Da die Bedeutungen erst durch Interpretationsakte erschlossen werden, ist ein Höchstmaß an Offenheit bezüglich Fragen, Methoden und Antworten gefordert.
(4) Alltagsnähe:	Zur Minimierung von Verzerrungen in ‚Laborumgebungen‘ sollte eine möglichst große Alltagsbezogenheit gegeben sein, insbesondere, da es Alltagssituationen sind, welche die Basis zur Extraktion von Handlungs- und Bedeutungsmuster bilden.
(5) Verallgemeinerung:	Da es sich in den Humanwissenschaften nicht um allgemeine Naturgesetze handelt, müssen Typen, Muster, Ideale und Verkörperungen immer am spezifischen Fall begründet werden. Dabei ist explizit festzuhalten, welche Reichweite und Gültigkeit die Resultate besitzen.

Abbildung 6: Grundsätze qualitativer Forschungsmethoden

Im Sinne einer Operationalisierung der fünf Postulate entwickelte Mayring die dreizehn Säulen des qualitativen Denkens als konkrete Anleitung für den Forschungsprozess. Qualitative Untersuchungen gelten als hinreichend abgesichert, wenn die nachstehenden Kriterien erfüllt sind (Abbildung 7):¹⁴⁶

(1) Einzelfallbezogenheit:	Ergebnisse und Verfahrensweisen können sich von einzelnen Fällen entfernen, Einzelfälle bleiben aber Bestandteil des Untersuchungsdesigns.
(2) Offenheit:	Der Forschungsprozess wird grundsätzlich für Ergänzungen und Revisionen offen gehalten.
(3) Methodenkontrolle:	Das Vorgehen wird expliziert und folgt einem nachvollziehbaren Regelwerk.
(4) Vorverständnis:	Das Vorverständnis des Forschers muss offengelegt werden.
(5) Introspektion:	Die qualitative Inhaltsanalyse lässt auch introspektive Daten zu.
(6) Forscher-Gegenstands-Interaktion:	Forscher und Forschungsgegenstand wirken interdependent.
(7) Ganzheit:	Ganzheitliche Gegenstandsauffassung im Forschungsprozess.
(8) Historizität:	Qualitative Denkmuster erfordern stets eine historische Kontextualisierung.
(9) Problemorientierung:	Analysen sollen an praktische Problemstellungen anknüpfen.
(10) Verallgemeinerung:	Die Verallgemeinerung der Ergebnisse muss expliziert und begründet werden.
(11) Induktion:	Zur Stützung und Verallgemeinerung der Ergebnisse werden induktive Verfahren explizit nutzbar gemacht.
(12) Regelbegriff:	Anstatt allgemeingültiger Gesetze wird Gleichförmigkeit mittels kontextgebundener Regelwerke abgebildet.
(13) Quantifizierbarkeit:	Ausgehend von den qualitativen Untersuchungsschritten bieten sinnvolle Quantifizierungen eine Erkenntniserweiterung (Methodenmix).

Abbildung 7: Die dreizehn Säulen des qualitativen Denkens

¹⁴⁶ Ibid, 13ff.

Der qualitative Ansatz erhebt folglich nicht nur den Anspruch Zusammenhänge und Prozesse einer methodengeleiteten Analyse zu unterziehen, sondern sich per Introspektion in das Quellenmaterial hineinzusetzen. Das Methodenverständnis des Autors strebt eine Synthese von geisteswissenschaftlichem ‚Verstehen‘ und naturwissenschaftlichem ‚Erklären‘ an. Bei der Erfassung des Forschungsgegenstands greift die unidirektionale Fokussierung auf das Allgemeine zumeist zu kurz. Vielmehr gilt es die Aufmerksamkeit vermehrt auf das Besondere – den individuellen Einzelfall – zu richten, um der inhärenten Vielfalt und Komplexität der menschlichen Wirklichkeiten zu entsprechen.¹⁴⁷ Insbesondere zur Erfassung jener Sachverhalte, die durch das Vorverständnis oder zum Zeitpunkt der Konzeption nicht präsent sind, bedarf es jeweils auch qualitativer Verfahren.¹⁴⁸

Wie in jeder wissenschaftlichen Untersuchung fällt den Forschungsfragen die zentrale Bedeutung bei der Methodenwahl zu, wobei sich die eingesetzten Instrumente als „*gegenstandsangemessen zu legitimieren*“ haben.¹⁴⁹

In Bezug auf das konkrete Forschungsdesign offeriert der gewählte qualitative Ansatz wirkmächtige methodische Verfahrensanleitungen zur Einzelfallanalyse. Nicht zuletzt, da das menschliche Handeln mit subjektiven Bedeutungen behaftet und vom Kontext geprägt ist, sind die Resultate eng an den Einzelfall gekoppelt.¹⁵⁰

Die individuellen Problemlagen der Eingaben werden überdies als typische – im Sinne von zu generalisierenden – Fälle betrachtet. Ohne übereilte Verallgemeinerungen anzustellen, gilt es aus dem menschlichen Handeln, Denken und Fühlen Handlungs- und Bedeutungsmuster zu extrahieren, die in einem bestimmten sozialen Umfeld einem Typus entsprechen und Regelmäßigkeiten beinhalten. Hierzu entfaltet die qualitative Inhaltsanalyse ihre besondere Wirkung, da sie soziale Regelmäßigkeiten entdecken und systematisch mittels Techniken des theoretischen Kodierens aufzeigen kann.

Da die Ergebnisse beim qualitativen Forschungsansatz auf den Einzelfall bezogen werden und einem offenen Forschungsprozess entstammen, entsprechen die Resultate nicht denselben Gütekriterien, wie quantitative Analysen.¹⁵¹ Der qualitativen Forschung pauschal Mängel an Reliabilität, Validität und Objektivität zu unterstellen greift zu kurz, da hier andere Akzentuierungen gesetzt werden. Unter der Prämisse einer methodischen Vorgangsweise, kontrollierter Prüfverfahren und im Sinne einer intersubjektiven Nachvollziehbarkeit der Ergebnisse sind qualitative Methoden sehr wohl von

¹⁴⁷ Vgl. Manfred Riedel, *Verstehen oder Erklären? Zur Theorie und Geschichte der hermeneutischen Wissenschaften* (Stuttgart: Klett-Cotta, 1978).

¹⁴⁸ Vgl. Udo Kelle, "Qualitative Evaluationsforschung und das Kausalitätsparadigma," in: *Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzung*, Hg. Uwe Flick (Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2006), 120ff.

¹⁴⁹ Udo Kuckartz, *Qualitative Evaluation. Der Einstieg in die Praxis*, 2. Auflage (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008), 13.

¹⁵⁰ Vgl. Stephan Burla et al., *Die Erfindung von Führung. Vom Mythos der Machbarkeit in der Führungsausbildung*, 2. Auflage, Band 10, Arbeitswelt (Zürich: Vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich, 1995), 27f.

¹⁵¹ Gleichwohl die Eingabenschreiber in den subjektiven Wahrnehmungen Probleme mit gesellschaftlicher Reichweite thematisieren und so der Bogen vom ‚Einzelfall zum Typus‘ gespannt wird, erhebt die Ausarbeitung keinen Anspruch auf Repräsentativität im quantitativen Sinne einer Reliabilität durch Reproduzierbarkeit. Darüber thront die Grundsatzhaltung, dass von der quantitativen Größe der Stichprobe bzw. der absoluten Häufigkeit auftretender Merkmale nicht kausal-linear auf deren Bedeutsamkeit geschlossen werden kann. Folglich ist weniger die Anzahl der Stichproben von Relevanz, denn die differenzierte und individuelle Wahrnehmung der betroffenen Bürger.

Systematik und Objektivität gekennzeichnet. Ungeachtet dessen, dass jedes Setting als spezifisches Ereignis zu verstehen ist, werden andere Forscher – bei Einsatz der gleichen Regelwerke hinsichtlich Stichprobe und Auswertung – im Idealfall die gleichen Resultate erzielen. Inwiefern man sich dem Idealfall annähert, ist wiederum durch die Reliabilität der jeweiligen Technik bestimmt.¹⁵²

8.2 Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring

8.2.1 Methodik und Verfahrensweise

Aufbauend auf die phänomenologischen Arbeiten von Edmund Husserl und verschiedener hermeneutischer Ansätze befasst sich die qualitative Inhaltsanalyse mit der systematischen Erhebung, Analyse und Auswertung von Kommunikationsinhalten. Dabei wird in der Regel eine Explikation der unmittelbaren Textinhalte vorgenommen. Allerdings ist damit nicht notwendigerweise eine Beschränkung der Betrachtungshorizonte verbunden. Demgemäß wird der Blick nicht nur auf die manifesten Inhalte der Kommunikation gerichtet, sondern auch auf die Aufdeckung latenter Sinnstrukturen. So definiert sich die Inhaltsanalyse als ein „*Untersuchungsinstrument zur Analyse des ‚gesellschaftlichen‘, letztlich des ‚ideologischen Gehalts‘ von Texten*“. ¹⁵³

Etwas konkreter umfasst Werner Früh dieses Verfahren, indem er es als „*empirische Methode zur systematischen, intersubjektiv nachvollziehbaren Beschreibung inhaltlicher und formaler Merkmale von Mitteilungen, meist mit dem Ziel einer darauf gestützten interpretativen Inferenz auf mitteilungsexterne Sachverhalte*“ beschreibt. ¹⁵⁴

Anhand von Textmerkmalen und zusätzlicher Informationen besteht das Ziel darin, dedizierte Schlussfolgerungen (Inferenzen) über den Text, seinen Produzenten (Eingabenschreiber) und/oder den Adressaten (staatliche Organe) zu ziehen: ‚Wer sagt was zu wem, mit welcher Intention und mit welcher Wirkung?‘ Die Analyse findet dabei immer im Rückgriff auf den jeweiligen Kommunikationszusammenhang statt, wobei sich die angestrebten Interpretationen eng an der Entstehung, der Wirkung und dem Kontext des Textes orientieren. Über die Kommunikation zwischen den unzufriedenen Bürgern und den Vertretern des Herrschaftssystems wird mittels interpretativer Akte ein tieferer Zugang zur Handlungssituation ermöglicht. ¹⁵⁵

¹⁵² Vgl. Andreas Diekmann, *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*, 4. Auflage (Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2010), 577.

¹⁵³ Jürgen Ritsert, *Inhaltsanalyse und Ideologiekritik. Ein Versuch über kritische Sozialforschung* (Frankfurt am Main: Athenäum Fischer, 1975), 9.

¹⁵⁴ Werner Früh, *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis*, 6. Auflage (Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, 2007), 27.

¹⁵⁵ Teilnahme an der Perspektive des Forschungsobjekts impliziert die Verschaffung eines Zugangs zu den Vorgängen der Wirklichkeitskonstruktionen des Eingabenschreibers und der umgebenden gesellschaftlichen Entitäten. Die Konstruktion der Wirklichkeit geschieht dabei immer im Zuge von Interaktionen innerhalb eines sozialen Systems. Im Rekurs auf die eigene konstruktivistische Grundhaltung, wonach Wirklichkeit nicht unabhängig vom Beobachter existieren kann, strebt der Forscher danach die Sichtweise des erforschten Subjekts zu übernehmen und die Welt „*through the eyes of the people being studied*“ zu sehen; Alan Bryman und Emma Bell, *Business Research Methods*, 2. Auflage (Oxford/New York: Oxford University Press, 2007), 416. Wie man Zusammenhänge wahrnimmt und versteht ist stets von der eigenen kulturellen und sozialen Position bestimmt. Eine Gewährleistung dieser epistemologischen Sichtweisen ist in Bezug auf alle Phasen des rekonstruierenden Forschungs- und Analyseprozesses von zentraler Bedeutung.

Die qualitative Inhaltsanalyse strebt danach Texte einer systematischen Analyse zu unterziehen, indem sie das Quellenmaterial schrittweise am entwickelten Kategoriensystem bearbeitet. Eine wesentliche Stärke dieser Methode besteht darin, die systematische Textanalyse in einzelne Interpretationsschritte zerlegbar zu machen, wovon nicht nur die praktische Anwendbarkeit profitiert, sondern auch die Nachvollziehbarkeit und Intersubjektivität steigt. Ein allgemeines Ablaufmodell zur Konkretisierung des Forschungsprozesses wird von Philipp Mayring wie folgt beschrieben (Abbildung 8):¹⁵⁶

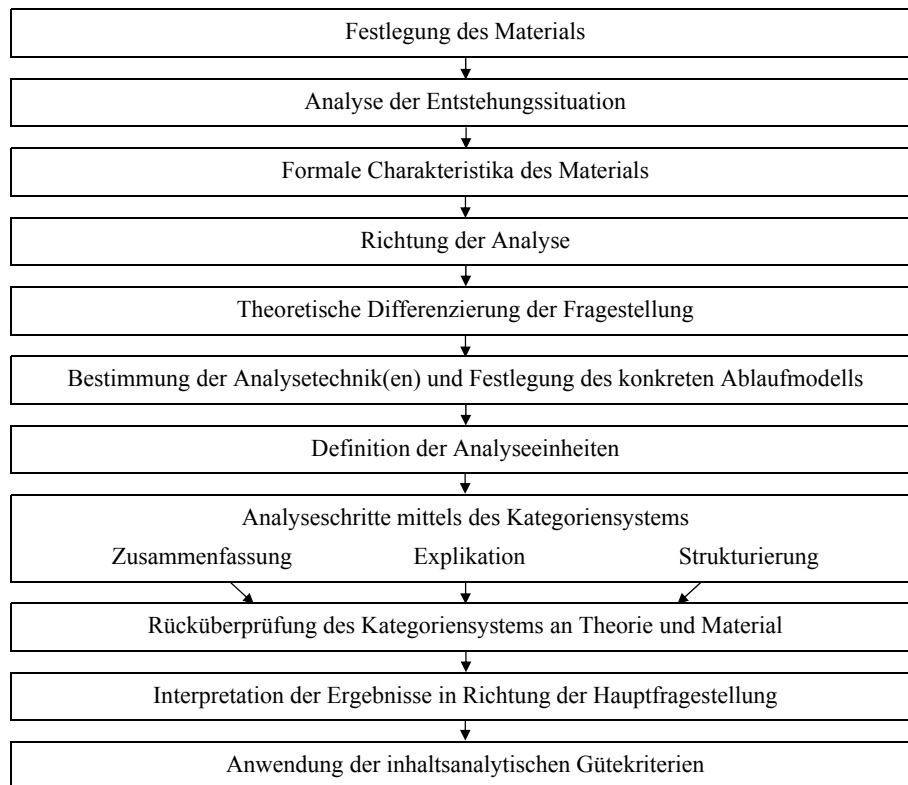


Abbildung 8: Ablaufmodell der qualitativen Inhaltsanalyse

8.2.2 Kategorienbildung und Kodierung des Materials

Im Zentrum der qualitativen Inhaltsanalyse steht die Entwicklung eines Kategoriensystems. Die Formulierung eines Sets an Kategorien dient der Präzisierung der Analyse und bringt die wesentlichen Untersuchungshorizonte auf den Punkt. Entwickelt wird dieser Raster in einem Wechselverhältnis zwischen den konkreten Primärquellen (Eingaben) und der zugrundeliegenden Theorie. Anhand von Konstruktions- und Zuweisungsregeln und in Bezugnahme auf die leitenden Fragestellungen entsprechen die Kategorien somit Ausprägungen der interessantesten Variablen. Methodisch sauber definierte Kategorien besitzen disjunkten Charakter, weisen keine Überlappungen auf und sind in Bezug auf die Hauptfragestellung vollständig. Dadurch wird eine eindeutige Zuordnung der Analyseeinheiten gewährleistet. Der Einsatz festgelegter Kodierregeln (z.B.: dichotomer Indikatorvariablen) erlaubt eine präzise Erfassung der kommunizierten Botschaften. Eine allgemeingültige

¹⁵⁶ Philipp Mayring, *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*, 7. Auflage (Weinheim: Deutscher Studienverlag, 2000), 54.

Handlungsanleitung zur Konstruktion und Begründung von Kategorien sucht man jedoch vergebens: „How categories are defined [...] is an art. Little is written about it.“¹⁵⁷

Welche Textteile einer Kategorie zugeordnet werden, obliegt zwar in letzter Konsequenz dem Forscher, die Vorgangsweise selbst muss im Sinne der Nachvollziehbarkeit aber exakt festgehalten werden. In der Praxis hat sich ein Verfahren bewährt, welches auf den folgenden drei prinzipiellen Maßnahmen beruht (Abbildung 9):¹⁵⁸

Definition der Kategorien	Genau Definition, welche Textsegmente Bestandteil einer Kategorie sind.
Ankerbeispiele	Anführung konkreter Textstellen, die prototypischen Charakter für eine Kategorie aufweisen.
Kodierregeln	Formulierung von Regeln, um bei Abgrenzungsproblemen zwischen Kategorien eine eindeutige Zuordnung zu gewährleisten.

Abbildung 9: Definition der Kategorien, Ankerbeispiele und Kodierregeln

Bei der Operationalisierung wurden im gegenständlichen Forschungsvorhaben sowohl deduktive als auch induktive Analyseschritte zur Anwendung gebracht. Basierend auf Voruntersuchungen, dem bisherigen Forschungsstand und den gegebenen Theoriekonzepten wurde zunächst ein Rohgerüst rudimentärer Kategorien erstellt und so eine theoriegeleitete Skizzierung der inhaltlichen Hauptkategorien vorweggenommen. Anhand dieser Ordnungskriterien konnte ein Querschnitt durch das Material gelegt werden. Die eigentliche Entwicklung der Kategorien wurde wiederum entlang induktiver Arbeitsschritte vollzogen.

In Nutzbarmachung von Verfahrensweisen der zusammenfassenden Inhaltsanalyse wurden die (Sub)Kategorien – in Form eines Verallgemeinerungsprozesses – schrittweise aus dem Material abgeleitet und Zusammenhänge generalisiert. Da hier offene Erfahrungsberichte untersucht werden, begann die tatsächliche Auswertungsarbeit zunächst mit der Identifikation von Bedeutungseinheiten im Material. Dadurch konnte eine zu starke präsumtive Festlegung der Kategorien vermieden werden. Ein Höchstgrad an Offenheit gegenüber dem Material ermöglichte eine äußerst gegenstandsnahe Abbildung der Gegebenheiten – wie in Abbildung 10 anhand einer Beispielkategorie aufgezeigt wird.

Nach etwa 30 bis 40 Prozent der bearbeiteten Eingaben erfolgte eine Durchsicht und Revision des Kategoriensystems. Dabei wurde überprüft, ob die Kategorien dem Analyseziel entsprechen und die Auswahlkriterien bzw. die Abstraktionsniveaus schlüssig gewählt wurden.

¹⁵⁷ Klaus Krippendorff, *Content Analysis. An Introduction to Its Methodology* (London [u.a.]: Sage Publications, 1980), 76.

¹⁵⁸ Vgl. Karl Haüßer, Philipp Mayring, und Petra Strehmel, "Praktische Probleme bei der Inhaltsanalyse offen erhobener Kognitionen, diskutiert am Beispiel der Variablen ‚Berufsinteresse arbeitsloser Lehrer‘," in: *Analyse und Modifikation subjektiver Theorien von Lehrern. Ergebnisse und Perspektiven eines Kolloquiums*, Hg. Hanns-Dietrich Dann, et al., *Forschungsberichte Universität Konstanz Zentrum für Bildungsforschung* (Konstanz: Universitätsverlag Konstanz, 1982); vgl. Mayring, *Inhaltsanalyse*, 83; vgl. Dieter Ulich, *Psychologie der Krisenbewältigung. Eine Längsschnittuntersuchung mit arbeitslosen Lehrern* (Weinheim: Beltz, 1985), 77ff.

Name	Paraphrase	Projektion/Reduktion	Kategorie
Überkategorie: Bezugnahme auf Werte, Normen und gesellschaftliche Realitäten			
Fr. D.	<i>Schließlich gehören Nadlerwaren zu den 1000 kleinen Dingen, die in einen Haushalt gehören.¹⁵⁹</i>	1000 kleine Dinge	Unterkategorie: 'Das System beim Wort nehmen' – Parteilinie, Zeitungsartikel und Lösungen
Fr. H.	<i>...immerhin ist ja Sangerhausen eine Kreisstadt.¹⁶⁰</i>	Versorgung von Städten	
Hr. S.	<i>In den Spalten des ND der letzten der letzten Woche konnten wir von großen Erfolgen unseres sozialistischen Aufbaus lesen.¹⁶¹</i>	ND	
Hr. S.	<i>Auf der anderen Seite ist es aber einfach lächerlich, daß ein Genosse im Jahr 1967, nach der so erfolgreichen Durchführung unseres VIII. Parteitages, noch einen solchen Vorschlag zu einem so simplen Problem, das allerdings Verärgerung erzeugt, unterbreiten muß. Oder sind meine Vorstellungen und Forderungen diesbezüglich zu illusorisch und zu hoch?¹⁶²</i>	VIII. Parteitag	
Fr. R.	<i>Über die Kunst sind wir zum Handel geraten. Nun, wir sind Dialektiker und sehen die Dinge im Zusammenhang.¹⁶³</i>	Dialektiker; Sozialismus als wissenschaftliche Ideologie	
Fr. S.	<i>Wie so schön und schnell manchmal etwas gesagt wird: 'Alles für unsere Kinder', aber leider fehlt es an dem Notwendigsten.¹⁶⁴</i>	Alles für unsere Kinder	
Fr. M.	<i>Die Schlagworte 'Freude beim Einkauf' sind überholt, sind veraltet; es kann nur noch heißen 'Ärger beim Einkauf'.¹⁶⁵</i>	Freude beim Einkauf	
Fr. Re.	<i>Gerade in unserem kinderfreundlichen Staat auf dem Wege zum XI. Parteitag dürfe so etwas nicht vorkommen.¹⁶⁶</i>	Kinder, XI. Parteitag	
Fr. D.	<i>Wenn aber unsere Handelseinrichtungen solche Worte wie 'hohe Handelskultur' und 'niveauvolles Angebot'.¹⁶⁷</i>	Hohe Handelskultur und niveauvolles Angebot	

Abbildung 10: Von der Paraphrase zur Kategorie

In einem weiteren Analyseprozess wurde eine Explikation der gewählten Textstellen vorgenommen. Im Rückgriff auf textstellenumgebendes (enge Kontextanalyse) und textexternes Zusatzmaterial (weite Kontextanalyse) wurde nach Hinweisen gesucht, die einen Beitrag zum Verständnis der untersuchten Textstelle leisten.¹⁶⁸

In einem finalen Schritt wurden die empirisch gewonnenen Ergebnisse im Sinne von Strukturmerkmalen interpretiert. Die vorangegangenen Maßnahmen der Zusammenfassung und Explikation dienten dabei als Grundlage zur Identifikation von (latenten) Sinnzusammenhängen und

¹⁵⁹ SSC-ZWK TuK, 31450 Nr. 124. Brief v. Anni D. an die GHD TuK (7. April 1967).

¹⁶⁰ SSC-ZWK TuK, Lyetia H. (14. April 1967).

¹⁶¹ SSC-ZWK TuK, Ernst S. (24. April 1967).

¹⁶² Ibid.

¹⁶³ SSC-ZWK TuK, 31450 Nr. 250. Brief v. Edith R. an Für Dich (5. November 1970).

¹⁶⁴ SSC-ZWK TuK, Karin S. (20. November 1970).

¹⁶⁵ SSC-ZWK TuK, Gerlinde M. (9. Dezember 1970).

¹⁶⁶ DRA-SZG, 1986 AVN440 0001-0050 Nr.35. Brief v. Ingrid R. an Prisma (29. Dezember 1985).

¹⁶⁷ DRA-SZG, 1989 Ordner 348 Nr. 0651-0700 661. Brief v. Dorothea D. an Prisma (12. Februar 1989).

¹⁶⁸ Vgl. Diekmann, Sozialforschung, 608f.

der Extraktion von Typologien.¹⁶⁹ Die Adaptierung des Kategoriensystems hatte iterative Züge und fand stets unter Reflexion auf die übergeordneten Fragestellungen statt. Das Ergebnis ist ein System aus Kategorien mit konkret zugeordneten Textsegmenten (Abbildung 11).

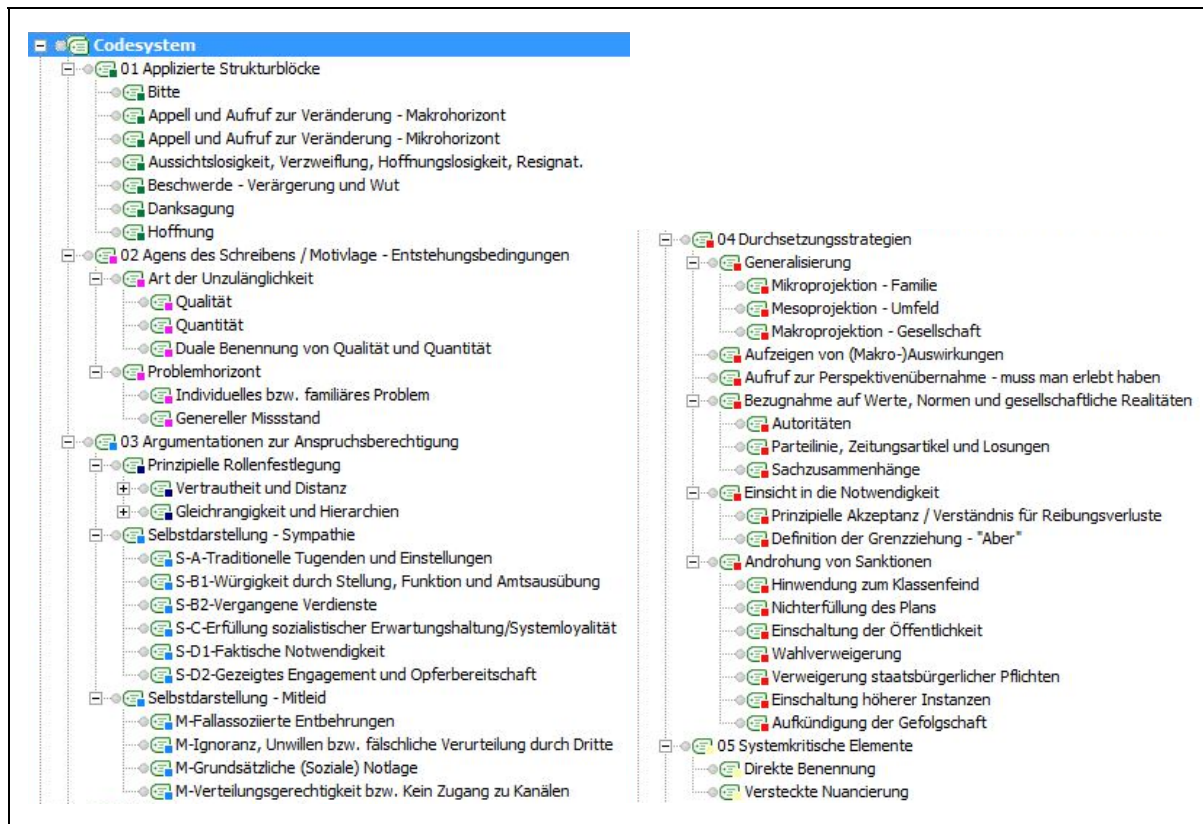


Abbildung 11: Kategorien- und Codesystem

8.2.3 Computerunterstützte Aufbereitung und Auswertung

Zumeist aus einem universitären Umfeld entwachsen sind heute zahlreiche leistungsstarke Computerprogramme zur qualitativen Datenanalyse (QDA-Software) auf dem Markt.¹⁷⁰ Konzentrierten sich diese Softwarepakete zunächst auf die Segmentierung und Codierung des Materials, so umfasst der Funktionsumfang moderner Software auch das Finden komplexer Muster (Data Retrieval), die Visualisierung von Zusammenhängen und Schnittstellenkompatibilität für

¹⁶⁹ Die von Philipp Mayring vorgestellten Grundformen der qualitativen Inhaltsanalyse ‚Zusammenfassung‘, ‚Explikation‘ und ‚Strukturierung‘ werden in dieser Untersuchung kombinatorisch zum Einsatz gebracht. Der Urheber stellt diese Form der Durchführung in seinen Leitwerken selbst heraus und meint dazu: „*Natürlich sind auch die verschiedensten Mischformen dieser Analysearten denkbar.*“ Ein tieferes Verständnis (für eine verknüpfte Anwendung) der Ansätze bietet der folgende bildhafte Vergleich: „*Man stelle sich vor, auf einer Wanderung plötzlich vor einem gigantischen Felsbrocken (vielleicht ein Meteorit?) zu stehen. Ich möchte wissen, was ich da vor mir habe. Wie kann ich vorgehen? Zunächst würde ich zurücktreten, auf eine nahe Anhöhe steigen, von wo ich einen Überblick über den Felsbrocken bekomme [...] (Zusammenfassung). Dann würde ich herantreten und mir bestimmte besonders interessant erscheinende Stücke genauer ansehen [...] (Explikation). Schließlich würde ich versuchen, den Felsbrocken aufzubrechen, um einen Eindruck von seiner inneren Struktur zu bekommen. Ich würde versuchen, einzelne Bestandteile zu erkennen, den Brocken vermessen, seine Größe, seine Härte, sein Gewicht durch verschiedene Meßoperationen feststellen (Strukturierung).*“; Mayring, *Inhaltsanalyse*, 58.

¹⁷⁰ Ohne Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, zählen dazu kommerzielle Applikationen wie MAXQDA, Atlas.Ti, A.nnotate, AQUAD, HyperRESEARCH, NVivo, XSight, Dedoose, Qiqqa, QED und Open Source Pakete wie CAT oder RQDA; vgl. Ann Lewins und Christina Silver, *Using Software in Qualitative Research. A Step-By-Step Guide* (London [u.a.]: Sage Publications, 2007).

weiterführende Analysen mit anderen (quantitativen) Programmen (SPSS, R etc.). Wie wertvoll die einzelnen Programme hinsichtlich ihres Funktionsumfangs auch sein mögen, können die elektronischen Hilfsmittel die geistigen Anstrengungen der Auswertung und Interpretation nicht substituieren. Hinsichtlich Organisation, Überblick, Prüfungsmöglichkeiten und Durchlaufzeiten sind diese Instrumente jedenfalls ein unschätzbarer Beitrag. Die computerunterstützte Analyse hilft die empirischen Arbeitsschritte zu systematisieren und deren Effizienz zu steigern. Die kategoriale Erschließung der Kommunikationsakte im Text wird nicht vom QDA-Programm vorgegeben. Diese erfährt ausschließlich durch die gewählte Methodik ihre Bestimmung und obliegt alleinig dem jeweiligen Forscher. Der zentrale Mehrwert liegt folglich in den Rechen- und Analysekapazitäten der Computerprogramme.¹⁷¹

Der Leistungsumfang heutiger QDA-Softwarepakete lässt sich wie folgt darlegen (Abbildung 12).¹⁷²

- Effektive Verwaltung großer Stichproben und Textmengen nach benutzerdefinierten Vorgaben.
- Schnelle Bewältigung von redundanten und zeitintensiven Aufgaben.
- Erstellung hierarchischer Kategoriensysteme und Zuordnung kodierter Textsegmente.
- Möglichkeit maschinenselbstständiger Verkodierung auf Basis vorgegebener Wort- und Satzvorkommen.
- Erweiterte qualitative Analysemöglichkeiten (Hypothesentests, Unterstützung von Teamarbeit etc.).
- Umfangreiche visuelle Darstellungsmöglichkeiten (Kategorienzuordnungen, Kategorienüberschneidungen, Codehäufigkeiten etc.).
- Zeitunmittelbare Validierung komplexer Muster und Zusammenhänge mittels Text-Retrieval-Funktionalitäten; Jederzeitige Option zur Re-Kontextualisierung.
- Eingebettete Verwaltungssysteme für Memos, Anmerkungen, Querverweise, und Synchronisierung mit Audio- und/oder Videodateien.
- Schnittstellenoffenheit (Import und Export) zur Nutzbarmachung weiterer qualitativer und quantitativer Analysesoftware (SPSS, R etc.).

Abbildung 12: Leistungsspektrum moderner QDA-Softwarepakete

Nach Ansicht des Autors ergibt sich der größte Mehrwert der computerunterstützten Analyse durch einen Zugewinn an Flexibilität im Forschungsprozess. Die dynamischen Kombinations- und Anpassungsmöglichkeiten des Kategoriensystems, der kodierten Textsegmente und der Variablen ermöglichen eine erhebliche Reduktion repetitiver Schritte und beschleunigen den Forschungsprozess. Im Vorfeld der empirischen Auswertung wurden die verfügbaren Softwareprodukte einer Evaluierung unterzogen, wobei das kommerzielle Programm MAXQDA (Version 2010) überzeugen konnte.¹⁷³ Anschließend wurden die ausgewählten Primärquellen digitalisiert und in das Programm übertragen.

¹⁷¹ Vgl. Diekmann, *Sozialforschung*, 615.

¹⁷² Vgl. Nigel G. Fielding und Raymond M. Lee, *Computer Analysis and Qualitative Research* (London [u.a.]: Sage Publications, 1998), 56ff; vgl. Udo Kelle und Susann Kluge, *Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*, 2. Auflage (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010); vgl. Udo Kuckartz, "Computerunterstützte Analyse qualitativer Daten," in: *Methoden der Sozialforschung*, Hg. Andreas Diekmann, Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 44/2004 (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006), 470f; vgl. Udo Kuckartz, *Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten*, 2. Auflage (Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007), 12f.

¹⁷³ Für weitere Informationen zu den Einsatz- und Funktionsmöglichkeiten der Software wird auf die Homepage des Herstellers VERBI Software Consult Sozialforschung GmbH verwiesen.

Einen exemplarischen Ausschnitt (Dokument-Browser und Codingliste) zeigt die nachfolgende Abbildung (Abbildung 13).¹⁷⁴

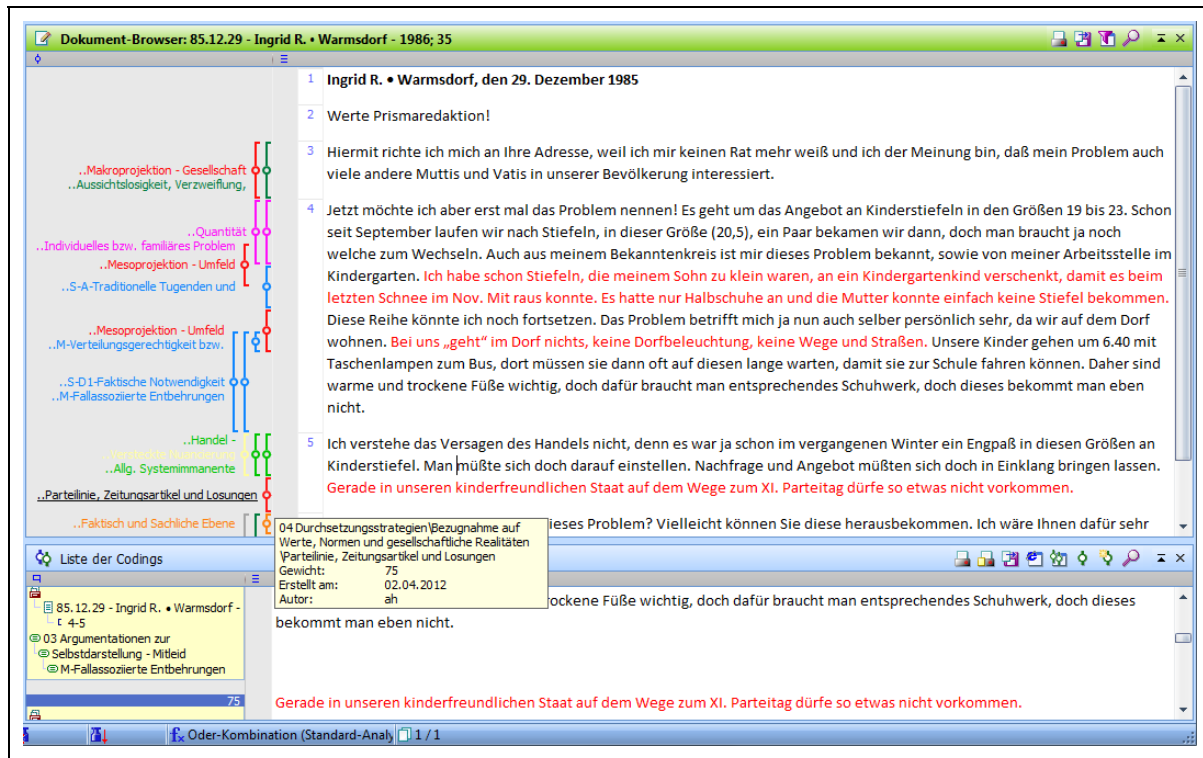


Abbildung 13: Dokument-Browser und Codingliste

Neben zahlreichen nützlichen Leistungsmerkmalen wie flexible Kodiersysteme (hierarchisches, farbiges oder multiples Kodieren, Kodierfavoriten, Kodiermemos etc.) oder umfangreiche Analyse-, Such- und Visualisierungsmöglichkeiten (Inter-Coder Funktion, Kreuztabellen, Textstellenmatrix, Typologien etc.) weist MAXQDA auf Grund der ‚Schlüsselwort-in Kontext-Analyseroutine‘ eine besondere Eignung für den konkreten Untersuchungshorizont auf. Diese Funktion erlaubt eine Untersuchung der Umgebung kategorisierter Textstellen. Dazu werden in einem ersten Schritt – in automatisierter Weise – alle Textstellen markiert, in denen definierte Begrifflichkeiten, beispielsweise ‚Staat‘ oder ‚Sozialismus‘, vorkommen.

Im nächsten Schritt wird der Kontext der gefundenen Stellen aktiviert. Oftmals erhält man durch diese rechnergestützten Analyseschritte Einblick in die spezifische Bedeutung der Begriffe und ihre Anwendung in den untersuchten Texten.

¹⁷⁴ Die ursprünglich per Schreibmaschine verfassten Eingaben, diese umfassen etwa 60 Prozent des Gesamtbestandes, wurden eingescannt und anschließend mittels ‚Optical Character Recognition-Texterkennung‘ automatisiert in die Anwendung übertragen. Im Unterschied dazu mussten die handschriftlichen Briefe manuell eingefügt werden. Getreu der guten wissenschaftlichen Praxis wurden sämtliche Namen der Eingabenschreiber anonymisiert, entstammten die Personen sehr kleinen Ortschaften so sind diese ebenfalls verändert dargestellt. Zur Bewahrung der Originalität wurde weder bei den übertragenen Texten noch bei zitierten Stellen sprachliche, grammatikalische oder orthografische Glättungen vorgenommen.

9. Präsentation und Interpretation der Ergebnisse

9.1 Darlegung der empirischen Untersuchungshorizonte

Im nachfolgenden Kapitel rücken die eigentlichen Briefeingaben in den Mittelpunkt der Untersuchung. Vom primär induktiv gewonnenen Kategoriensystem geleitet werden inhaltliche Ergebnisse präsentiert und Interpretationen vorgenommen. Auf Grund des breiten Spektrums und der Vielfältigkeit des Quellmaterials wurde von einer universalen und erschöpfenden Erarbeitung Abstand genommen. Im stetigen Rekurs auf die zugrundeliegenden Forschungsfragen lag das Hauptaugenmerk vielmehr darin, Schemata und Typologien in Form konziser, exemplarischer und fallbezogener Erörterungen zu besetzen. Die bewusste Fokussierung auf einige besonders prägnante Passagen hatte jedoch keineswegs arbiträren Charakter, sondern wurde nach den Grundsätzen einer maximalen Kontrastierung vorgenommen. Besonderer Wert wurde dabei auch auf Nachvollziehbarkeit und Transparenz der Auswahlkriterien gelegt.¹⁷⁵

Mittels Korrelation der einzelnen Eingaben und der darin enthaltenen latenten Sinnstrukturen eröffnet sich die Möglichkeit intersubjektive Vergleiche anzustellen und Ähnlichkeiten, aber auch Gegensätze, zu Typologien zusammenzufassen. Der systematische Vergleich der Briefeingaben gewährt nicht nur neue Einsichten und Erkenntnisse in Bezug auf die Fragekomplexe. Oftmals entwachsen aus der Auseinandersetzung mit dem Material neue Thesen und Fragen. Dazu zählen etwa Fragekomplexe, die sich mit Merkmalskombinationen beschäftigen, oder (scheinbare) Widersprüche und Gegensätze betreffen. Die Interpretation eröffnet zudem neue Betrachtungshorizonte, wobei das zugrundeliegende Material durch gerichtete hermeneutische und reflexive Deutungen schrittweise zu einem bedeutungsvollen Ganzen zusammengefügt wird. Idealtypisch ist man am Ziel angekommen, *„wenn ein hoch aggregiertes Konzept, eine Sinnfigur, gefunden bzw. konstruiert wurde, in die alle untersuchten Elemente zu einem sinnvollen Ganzen integriert werden können und dieses Ganze im Rahmen einer bestimmten Interaktionsgemeinschaft verständlich (sinnvoll) ist“*.¹⁷⁶

Auf Grund der Unmittelbarkeit der Fälle bei deren Abfassung und die personale ‚Echtheit‘ der Verfasser, weist das Quellmaterial eine besonders enge Bindung an die jeweilige Lebenspraxis auf. Die Entstehungslogik des Materials wirkt einer allfälligen Vorstrukturierung, Beeinflussung bzw. Verzerrung der Ergebnisse durch die Erhebungsperson (Interviewer-Bias) entgegen, wodurch ein hoher Authentizitätsgrad gegeben ist.¹⁷⁷

In den Briefen wurden so vielschichtige Problemfelder thematisiert, und naturgemäß nehmen nicht alle Schreiber in vergleichbarer Intensität Bezug auf die einzelnen konsum- und modespezifischen Kategorien. In enger Orientierung an das entwickelte Kategoriensystem und den forschungsleitenden

¹⁷⁵ Es ist einzig dem begrenzten Umfang der Masterarbeit geschuldet, dass die gesammelten Primärquellen und die kategorialen Nachweise (Kategoriendefinitionen, Kodierungen, Auswahlkriterien, Ankerbeispiele etc.) dieser Untersuchung nicht beigelegt sind. Eine detaillierte Dokumentation zum Forschungsprozess liegt beim Verfasser der Untersuchung auf und wird bei Bedarf gerne zugänglich gemacht.

¹⁷⁶ Jo Reichertz, "Objektive Hermeneutik und hermeneutische Wissenssoziologie," in: *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, Hg. Uwe Flick, Ernst von Kardorff, und Ines Steinke, 2. Auflage (Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2003), 523.

¹⁷⁷ Eine unverfälschte Wiedergabe der Äußerungen ist notwendig um den subjektiven Intentionen und eigenlogischen Wirklichkeiten der Eingabenschreiber zu folgen.

Fragestellungen werden die jeweiligen Analysehorizonte dargestellt. Demzufolge werden die Ergebnisse und Interpretationsakte entlang der Bereiche ‚Komposition der Briefeingaben‘ (Abschnitt 9.2), ‚Rollenfestlegung, Selbstdarstellung und Argumentation zur Anspruchsberechtigung‘ (Abschnitt 9.3) und der ‚Durchsetzungsstrategien‘ (Abschnitt 9.4) untersucht.

9.2 Komposition der Briefeingaben

9.2.1 Strukturelle Blöcke

Weitgehend losgelöst vom formalen Rechtssystem und eingebettet in das ‚sozialistische Demokratieverständnis‘ entwickelte sich das Eingabensystem zunehmend zu einem spezifischen Kanal der Konfliktkommunikation zwischen der Bevölkerung und dem SED-Herrschaftssystem. Die Interaktion verlief keineswegs eindimensional, sondern umfasste das ganze Kontinuum von ‚konfliktbehaftet bis kooperativ‘. Im Umgang mit der Staatsmacht entwickelten viele Eingabenschreiber ein hohes Maß an Beschlagenheit, wobei die Briefe grundsätzlich der schematischen Achse Anschreiben – Sachverhaltsdarlegung – vorweggenommene Danksagung folgten.

Die Sichtung des umfangreichen Materials ergab vertiefte Einblicke in die Thematisierungs- und Handlungsstrategien der Eingabenschreiber. Naturgemäß war die Ausformulierung der jeweiligen Eingabe eng an die narrative Kompetenz des Schreibers gekoppelt. Unabhängig von der individuellen Artikulation sind wiederkehrende Sentenzen zu beobachten. Stets eingebettet in gesellschaftliche Kontexte galt es die staatlichen Stellen von der eigenen Würdigkeit zu überzeugen und eine lösungsorientierte Handlung zu erwirken. Zur richtigen Präsentation des Anliegens setzten die Briefeschreiber unterschiedlichste stilistische Strategien und rhetorische Methoden auf sehr geschickte Art und Weise ein. Im fein dosiertem Wechselspiel wurden ‚Bitten‘, ‚Hoffnungsbekundungen‘, ‚Beschwerden‘, ‚Verärgerung und Wut‘ oder Sentenzen, welche die ganze ‚Aussichtslosigkeit, Verzweiflung und Resignation‘ zum Ausdruck brachten, in die Choreografie der Eingabe eingebaut. Darüber hinaus richteten die Schreiber gerne ‚Appelle und Aufrufe zur Veränderung‘ an die staatlichen Stellen. Diese Blöcke hatten sowohl strukturelle Veränderungen (Makroebene) als auch Forderungen nach individueller Problemlösung (Mikroebene) zum Gegenstand.¹⁷⁸

Aufbau und Kompositionen einer Eingabe werden am nachstehenden Beispiel einer Einkaufsleiterin aus Hoyerswerda deutlich, die ihren Unmut über die Unzulänglichkeiten bei der Produktion von Obertrikotagen bekundete und um Abhilfe ersuchte:

¹⁷⁸ Gleichwohl es aus wissenschaftlicher Sicht ein lohnenswertes Betätigungsfeld darstellt, wurde von einer linguistischen Analyse der rhetorischen Stilmittel aus Kapazitätsgründen Abstand genommen. Neben Inhaltsfiguren (Paradoxon, Beispiele, Vergleiche, Symbole, Zugeständnisse etc.), kompositorischen Textbaufiguren (Rück- und Vorgriffe, Sprünge, Exkurse etc.) applizierten die Briefeschreiber zahlreiche – strategisch eingesetzte – semantische Figuren (Tropen). Deren große Bandbreite reicht von sarkastischen und ironischen Elementen, der sprachlichen Verknüpfung von mehreren – für gewöhnlich unverbundenen – semantischen Figuren (Metaphern), scheinbar sich widersprechende Verbindungen (Oxymoron), begriffliche Umschreibungen (Paraphrasen) bis zu bewusst eingesetzten Stilbrüchen oder Übertreibungen (Hyperbel). Darüber hinaus verspricht eine Analyse der syntaktischen Figuren neue Erkenntnisse. Zu diesen ‚Abweichungen‘ zählen etwa die Anapher, Ellipse, Hyperbaton, Parallelismus, Klimax oder Chiasmus; vgl. Ulla Fix, Andreas Gardt, und Joachim Knape, Hg., *Rhetorik und Stilistik. Ein internationales Handbuch historischer und systematischer Forschung*, Band 31, Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft (Berlin/New York: deGruyter, 2008).

„Beiliegend übersenden wir Ihnen als Anschauungsmaterial dieses ‚wunderschöne‘ Modell eines Damen-Pullovers, an uns ausgeliefert in den Größen 46-52. Wir hinter dem Ladentisch wagen uns kaum, diesen Pullover den Kunden anzubieten.

Es wird soviel über die Verantwortung des Handels gesprochen und nach Möglichkeit versucht, ihm den schwarzen Peter zu-zuschieben (s. Beitrag Strickwaren Apolda), obwohl wir nach unserer Meinung bisher noch nie gefragt wurden, weder vom Großhandel und schon gar nicht von der Produktion.

Der mit der Größe 48 bezeichnete Pullover hat die Breite einer Größe 54 und die Länge einer Größe 40. Wir wissen nicht, wie die Mitarbeiter von Mülana zu diesen seltsamen Abmessungen kommen, in Hoyerswerda leben jedenfalls keine so kleinen viereckigen Menschen. Wenn man diesem Pullover in die Hände bekommt, so fragt man sich – da es ja kaum Damen-Pullover im Angebot gibt – wie es möglich ist, daß so verantwortungslos mit einem hochwertigen Strickmaterial umgegangen werden kann. Aus der Größe 52 hätte man 2 Pullover der Größe 38 machen können und dieser Käuferkreis ist sehr groß.

Es ist übrigens nicht das erste Mal, daß wir von Mülana Pullover mit unglaublichen Abmessungen erhalten haben. Das letzte Mal war es ein Hemdpullover für Herren – sehr gefragt und der einzige, den wir beim SGB [Anm. d. Verf.: Sozialistischer Großhandelsbetrieb] einkaufen konnten – aber auch 2-3 Nummern größer wie ausgezeichnet.

Mit freundl. Gruß“¹⁷⁹

9.2.2 Agens des Schreibens

Durch das System der Eingabe erhielt der ostdeutsche Bürger die Möglichkeit auf vorherrschende Unzulänglichkeiten aufmerksam zu machen und Abhilfe zu fordern. Die Beschreibung des klassischen Rechtsweges stellte auf Grund des vorhersehbaren Aufwandes, der gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen und nicht zuletzt wegen der bescheidenen Erfolgsaussichten vielfach keine Alternative dar. Mit der Eingabe stand ein wirkmächtiges Werkzeug zur Verfügung, um auf Störungen des Alltags aufmerksam zu machen.¹⁸⁰

In Bezug auf die soziale Reichweite der wahrgenommenen Unannehmlichkeiten sind den Quellen zwei Typen zu entnehmen. In mehr als der Hälfte der Briefquellen (29 von 52) bekundeten die Verfasser ihr Missfallen zu individuellen bzw. familiären Problemen. So brachte etwa ein verzweifelter Ehemann die vergeblichen Versuche seiner Frau zum Ausdruck, eine modische Hose zu erstehen: *„Seit einem Jahr bemüht sich meine Frau vergeblich aus dem Angebot unseres Handels eine Silastik-Hose ohne Steg, wie sie gegenwärtig der Mode entspricht, zu kaufen.“¹⁸¹*

Einen ähnlichen Inhalt wies die Eingabe von Frau Gerlinde M. auf, in der sie kundtat, *„[w]ochenlang, nein schon monatelang, renne ich mir die Hacken ab, um Damen-Silastikstrümpfe (45 den) einkaufen zu wollen, denn für die kalte Jahreszeit sind diese sehr zweckmäßig. Es blieb beim Wollen!“¹⁸²* Ein weiteres Beispiel dazu von Frau Margarete H.:

¹⁷⁹ DRA–SZG, 1986 AVN440 0051-0100 Nr. 95. Brief v. Frau W. an Prisma (6. Jänner 1986).

¹⁸⁰ Da in den Briefen die Alltagseinschränkungen den narrativen Kern bilden und tägliche Routinen nur indirekt thematisiert wurden, müssen die eingesetzten Codes, Blöcke und Sätze den Intentionen entsprechend gedeutet werden. Im primären Ziel Veränderungen der Lage herbeizuführen, erscheint es durchaus naheliegend missliche Zustände zu verstärken oder gegebene Sachzusammenhänge, die mit dem spezifischen Anliegen unvereinbar waren (z.B.: Aspekte zur Preis- und Subventionspolitik) entsprechend zu valutieren.

¹⁸¹ SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. Brief v. Hans B. an das MfVH (29. November 1970).

¹⁸² SSC–ZWK TuK, Gerlinde M. (9. Dezember 1970).

„Seit Wochen und Monaten bin ich auf der Suche nach warmen Silastik-Strümpfen und einer Strumpfhose, aber überall ob es in Bautzen oder Löbau oder auch in meinem Heimatort Cunewalde, in Karl-Marx-Stadt, Dresden oder überall wo man hinkommt, bin ich schon herum gelaufen und habe immer wieder die gleiche Frage und Wünsche den Verkaufspersonal vorgetragen, aber wo es auch sei, immer wieder erhält man die gleiche Antwort ‚haben wir nicht, gibt es nicht‘, oder sogar wie es mir leider schon wiederholt passiert ist, das man mir sagte ‚Meine Dame wo leben wir denn eigentlich, eine Strumpfhose in den grösseren Nummern kennen wir schon gar nicht mehr und sind uns zu einem fremden Begriff geworden‘.“¹⁸³

Herr K. wiederum erbat Unterstützung für sich und seine Frau, da es über „viele Wochen hinweg“ nicht möglich war „Unterwäsche sowie einen Schlafanzug zu erhalten“.¹⁸⁴ Manch besorgte Eltern brachten Versorgungsprobleme mit Kinderbekleidungsartikeln zur Sprache. „Es geht um das Angebot an Kinderstiefeln in den Größen 19 bis 23. Schon seit September laufen wir nach Stiefeln in dieser Größe (20,5)“¹⁸⁵ intonierte Frau Ingrid R. ihr Schreiben und Frau Irmgard J. bemängelte, seit „einem ¾ Jahr bemühe ich mich vergebens, für meine beiden Kinder (9 u. 10 Jahre), im Handel Pantoffeln/Hausschuhe zu bekommen“.¹⁸⁶

Die bekleidungstechnische Grundversorgung für Kinder und Jugendliche war im sozialistischen Wohlfahrtsstaat ein höchst sensibles Thema, und entsprechende Beschwerdebriefe wurden von den staatlichen Organen mit Vorrang bearbeitet. Kein Versorgungsproblem war zu klein und keine Problemstellung zu nichtig, um nicht doch strapaziert zu werden. So führte eine Fehlplanung bei der Produktion von Rundstricknadeln in den Jahren 1966/1967 zu einem überregionalen Engpass an entsprechendem Gerät. Dies wiederum resultierte in zahlreichen Eingaben aus allen Teilen der Volksdemokratie:

„Vor Jahren noch war Wolle sehr knapp, dafür gab es Stricknadeln in ausreichenden Mengen. Heute jedoch [...] fehlt es an diesen kleinen Instrumenten. Ich denke mir bestimmt, daß hier die Streuung versagt, daß man anderswo in unserer Republik Stricknadeln in jeder Stärke und Ausführung erhält und diese Sorge nicht kennt: ‚Womit stricke ich nun einen Pullover?‘ Haben Sie da irgendwie einen Einfluß?“¹⁸⁷

„Schon einige Wochen bemühe ich mich in Leipzig eine Rundstricknadel 3 mm zu kaufen. Leider waren meine Bemühungen vergeblich.“¹⁸⁸

„Ich bin Hausfrau, Mutter von zwei Kindern und kleide meine Familie, besonders die Kinder, gern mit selbstgefertigten Wollsachen ein. Das Angebot an Wolle ist sehr umfangreich und von bester Qualität, nur – wo bekommt man Strick- und Häkelnadeln in verschiedenen Größen und Ausführungen zu kaufen?“¹⁸⁹

„In ganz Zwickau und Umgebung ist vom ganzen Nadelsortiment nichts zu bekommen, traurig geht man von einem Laden zum anderen doch immer wieder die gleiche Antwort: ‚Bedaure fragen Sie immer wieder einmal mit nach‘!“¹⁹⁰

¹⁸³ SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. Brief v. Margarete H. an Prisma (22. November 1970).

¹⁸⁴ DRA–SZG, 1981 AVN440 0001-0250 II Nr. 217. Brief v. Andreas K. an Prisma (15. Jänner 1981).

¹⁸⁵ DRA–SZG, Ingrid R. (29. Dezember 1985).

¹⁸⁶ DRA–SZG, 1986 AVN440 0001-0050 Nr. 20. Brief v. Irmgard J. an Prisma (15. Dezember 1985).

¹⁸⁷ SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. Brief v. Valerie Z. an Prisma (18. Jänner 1967).

¹⁸⁸ SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. Brief v. Christa B. an Prisma (26. Jänner 1967).

¹⁸⁹ SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. Brief v. Christa K. an Prisma (3. März 1967).

¹⁹⁰ SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. Brief v. Christa N. an Prisma (13. März 1967).

„Seit dem Herbst laufe ich in Bautzen und Umgebung wegen einer Rundstricknadel. [...] Leider muß ich den ganzen Winter darauf verzichten, weil es einfach keine Rundnadeln gibt.“¹⁹¹

„Nachdem ich mich seit Oktober 1966 vergeblich um Rundstricknadeln Stärke 2 bzw. 2 ½ mm, Länge 30 cm und 70 bzw. 60 cm, bemüht habe, wende ich mich an Sie mit der Bitte mir mitzuteilen, wo ich in Berlin diese Nadeln erhalten kann.“¹⁹²

Eine durchgängige Beschränkung auf Probleme des unmittelbaren persönlichen Lebensumfeldes war jedoch nicht gegeben. Oftmals wurden in den Schreiben generelle Missstände zur Sprache gebracht und überindividuelle Sachverhalte angeprangert:

„Schmutzige Kaufhallen (z.B. in der W.-Pieck-Str.) mit unzureichendem und überlagertem Warenangebot [...] ständige Versorgungsschwierigkeiten [...] ganz zu schweigen von der mangelnden Qualität, sind an der Tagesordnung. Mangelhaft ist auch das Angebot und die Qualität in den Delikat-Verkaufsstellen, sowie die gastronomische Versorgung. Das ‚Niveauvolle‘ Angebot im Magnet-Kaufhaus (Bekleidung) ist ebenso lächerlich. Alte, schmutzige Ladenhüter zieren vor allem die Damenkonfektion und die Jugendmode. Man kommt sich wie im An- u. Verkauf vor. Was als modische Ware angeboten wird, ist selten tragbar und teuer. Betriebe, die solche Bekleidung herstellen, müßten für die Vergeudung von Material noch bestraft werden.“¹⁹³

Die kommunizierten Unzulänglichkeiten bei Mode und Bekleidung behandelten im überwiegenden Maße Fragen der mengenmäßigen Versorgung mit entsprechenden Konsumgütern. Insgesamt wurden in 33 von 52 Eingaben derartige Engpässe bemängelt. So suchte etwa Herr Rolf-Dieter B. seit „Oktober des vergangenen Jahres [...] wöchentlich einmal die hiesige Sportwaren-Verkaufsstelle der HO auf um für meine 13 jährige Tochter eine Keilhose zu kaufen. Mein Bemühen war bisher umsonst“.¹⁹⁴ Und Herr Karl S. wusste von ähnlichen Erfahrungen zu berichten, da „Lederstiefel, Filzstiefel, Wattejacken, dicke Arbeitsanzüge [...] in der BHG (Anm. d. Verf.: Bäuerliche Handelsorganisation) Beetzendorf, sowie in den Handelseinrichtungen von Klötze, Beetzendorf und Salzwedel zu den Zeitpunkten, zu denen ich danach fragte, nicht vorhanden gewesen“ sind.¹⁹⁵ Manch verärgerter Bürger, wie Herr Wolfgang L. brachte seinen Ärger wiederum kurz und knapp auf den Punkt und fordert eine plausible Erklärung warum „vom Handel in diesem Winter 1979/80 keine Herrenwinterschuhe angeboten“ wurden.¹⁹⁶ Doch auch die Vertreter des Handels standen der Situation zumeist hilflos gegenüber, machten darauf aber ebenfalls aufmerksam:

„Wir glauben im Namen aller Verkäuferinnen zu sprechen, wenn ich Ihnen ein Beispiel aus unserer Praxis bringe. Unsere VST (Anm. d. Verf.: Verkaufsstelle) ist für die Kreisstadt Stollberg die einzige Einkaufsstätte für den Herren. Sie ist modern eingerichtet und wäre ideal, wenn nicht das lückenhafte Warenangebot wäre.

Abgesehen von Schuh u. Strickwaren ist die Herrenkonfektion am schlechtesten dran. Es ist im GHG (Anm. d. Verf.: Großhandelsgesellschaft) seit reichlich einem Jahr nicht mehr möglich bedarfsgerecht einzukaufen. Selbst ein einfacher schwarzer Anzug ist nicht zu bekommen.“¹⁹⁷

¹⁹¹ SSC-ZWK TuK, 31450 Nr. 124. Brief v. Brigitte M. an Prisma (20. März 1967).

¹⁹² SSC-ZWK TuK, Anni D. (7. April 1967).

¹⁹³ DRA-SZG, Dorothea D. (12. Februar 1989).

¹⁹⁴ SSC-ZWK TuK, 31450 Nr. 032. Brief v. Rolf-Dieter B. an das MfHV (4. Jänner 1965).

¹⁹⁵ DRA-SZG, 1986 AVN440 0051-0100 Nr. 88. Brief v. Karl S. an Prisma (9. Jänner 1986).

¹⁹⁶ DRA-SZG, 1980 AVN440 0001-0050 Nr. 25. Brief v. Wolfgang L. an Prisma (30. Dezember 1979).

¹⁹⁷ SSC-ZWK TuK, 31450 Nr. 032. Brief v. der VST Stollberg an Prisma (11. Juni 1965).

Oftmals entsprach auch die Qualität der Produkte und Dienstleistungen nicht den Erwartungen der Bürger. Wie bei Frau Angela S., deren Winterstiefel „*bei geringer Berührung mit Wasser und auch Schnee durchlässig wurden und dadurch der Wärmeeffekt gleich Null war*“. Sie konnte „*die Stiefel nur mit warmen Socken anziehen, trotz Fellfutter!*“.¹⁹⁸ Von einem Ärgernis mit qualitativ minderwertigem Schuhwerk wusste auch Frau B. zu berichten:

„Mitgesandte Schuhe habe ich ein einziges Mal getragen und bin höchstens 3 km auf gepflasterten Fußwegen damit gelaufen. Es war für mich eine unangenehme Überraschung, daß das Leder diesen ganz normalen Anforderungen nicht standgehalten hat. [...]

*Es kann doch volkswirtschaftlich nicht vertretbar sein, daß teure Markenware zu Wegwerfartikeln abgewertet wird.“*¹⁹⁹

Frau Hedwig S. baute die Argumentation zu einem Problem mit einem Stretch-Trägerband in vergleichbarer Weise auf und vermerkte: „*Wir müssen viele Produkte bei verminderter Qualität mit überhöhten Preisen bezahlen. Ist das richtig in unserer sozialistischen Wirtschaft?*“²⁰⁰

Bestätigt wurden die wahrgenommenen Qualitätsmängel durch zahlreiche Stimmen aus dem sozialistischen Handel. Stellvertretend dafür eine Beschwerde einer Verkaufsstellenleiterin, die in ihrer Eingabe an die planwirtschaftlichen Produktionsstellen mit ironischem Grundton berichtete, dass der „*mit der Größe 48 bezeichnete Pullover [...] die Breite einer Größe 54 und die Länge einer Größe 40 [hat]. Wir wissen nicht, wie die Mitarbeiter von Mülana zu diesen seltsamen Abmessungen kommen, in Hoyerswerda leben jedenfalls keine so kleinen viereckigen Menschen*“.²⁰¹

Eingaben dienten nicht nur als wirksamer Kommunikationskanal zur Bewältigung von Alltagsproblemen. Dieses Medium hatte zudem Ventilwirkung für den angestauten Ärger und bot den Bürgern – unter spezifischer Maßhaltung und Aussparung wohlbekannter Tabuthemen – die Möglichkeit eine schwindende Zustimmung zur herrschenden Politik kundzutun.²⁰²

Geradezu paradigmatisch ist dafür ein ironischer und bisweilen sarkastischer Grundton. Obwohl viele Briefe aufsässige Elemente beinhalteten, gewinnt man den Eindruck, dass die Menschen im Kern nach Antworten suchten und die Ursachen ihrer Probleme in Erfahrung bringen wollten. Einerseits wussten die Schreiber nur zu gut über die tatsächlichen Bedingungen Bescheid, im selben Atemzug vertraten sie gelegentlich die naive Vorstellung, es handle sich bei den Unzulänglichkeiten lediglich um Verteilungsprobleme. Wenn die entscheidenden Stellen von den Missständen nur einmal in Kenntnis gesetzt würden, stünde einer Entwirrung der kleinen und großen Verwicklungen nichts mehr im Wege. Wie die Historiografie nach 1990 zeigte, wussten zumindest die befassten Entscheidungsträger in den jeweiligen Ministerien sehr wohl Bescheid über die wahren Problemursachen.

¹⁹⁸ DRA–SZG, Angela S. (7. Jänner 1987).

¹⁹⁹ DRA–SZG, 1989 Ordner 367 Nr. 1601-1650 1639. Brief v. Frau B. an Prisma (22. Mai 1989).

²⁰⁰ SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. Brief v. Hedwig S. an Prisma (24. November 1970).

²⁰¹ DRA–SZG, Frau W. (6. Jänner 1986).

²⁰² Wie den massenhaften Eingaben zu entnehmen ist, waren die ostdeutschen Bürger in überwiegender Mehrheit äußerst geschult im Umgang mit der Staatsmacht. In angebrachter Form und Artikulation wies das Eingabensystem eine besondere Eignung auf um kritische Worte anzubringen. Gewisse Tabuthemen (grundsätzliche Infragestellung des politischen Systems, Fragen zur Reisefreiheit etc.) galt es dabei auszusparen, da diese in der Regel mit persönlichen Konsequenzen durch das MfS verbunden waren; vgl. Jens Gieseke, Hg., *Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalldag in der DDR*, Band 30, Analysen und Dokumente (Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2007).

9.3 Rollenfestlegung, Selbstdarstellung und Durchsetzungsstrategien

9.3.1 Rollenfestlegung

Schon am Beginn ihrer Schreiben nahmen die Autoren eine Rollenfestlegung der beteiligten Personen und Organe vor. Ihr Ziel lag in der möglichst vorteilhaften Eigendarstellung bei der Interaktion mit den staatlichen Vertretern. Dabei zeigten die Urheber der Briefe mitunter ein besonderes Feingefühl für soziologische Sachverhalte. Im Sinne Erving Goffmans trachteten die Eingabenschreiber mit diesem Verhalten danach, „die Situation zu definieren“, um bereits im Voraus festzulegen, was vom Adressaten erwartet wird und was dieser wiederum vom Absender erwarten kann.²⁰³

Mit diesem Aufbau waren somit zwei interdependente Wirkungsdimensionen verbunden: Einerseits galt es die eigene Position zu definieren und andererseits wurde dadurch auch dem staatlichen Empfänger eine bestimmte Rolle eingeschrieben. Durch diese Konstruktion einer scheinbar ‚a priori‘ gegebenen Ausgangsbasis verfolgten die Autoren das Ziel eine möglichst vorteilhafte Konstellation für die eigene Anspruchsdurchsetzung zu schaffen. Das Primärmaterial gewährt zwar nur bedingt Rückschlüsse auf die tatsächlichen Überzeugungen, aber es kann davon ausgegangen werden, dass die Rollenkonstruktionen mehrheitlich der eigenen Zielverfolgung dienen sollten. So bestand die Intention darin, in Abhängigkeit der gewählten Strategie ein stimmiges Setting von Gleichrangigkeit, Vertrautheit, Einstimmigkeit, Hierarchiebestätigung oder aber von Distanz herzustellen.

In jedem Fall musste der behauptete Eindruck überzeugend wiedergegeben und stringent aufrechterhalten werden. In Form eines sorgfältigen Einsatzes dedizierter Begrüßungsformeln (Ansprache) und einleitender Formulierungen legten die Bürger bereits frühzeitig ihre Position im Aushandlungsprozess mit den Staatsvertretern fest. Schon das einleitende Kommunikationsverhalten gibt die starke Ergebnisorientierung der Briefeschreiber wieder.

Mit Anreden wie „Werte Genossen!“²⁰⁴, „Werte Genossen vom Prisma-Kollektiv!“²⁰⁵ oder „Werter Genosse Frank!“²⁰⁶ versuchte der ‚sozialisierte‘ DDR-Bürger Egalität zu erzeugen und das Gegenüber im Sinne der eigenen Interessen zu beeinflussen. Eine Titulierung als ‚Genosse‘ implizierte zwar nicht unbedingt eine eigene Parteizugehörigkeit, sie wird aber damit suggeriert.

Eine Verstärkung bzw. Steigerung der Vertrautheit lässt sich anhand des ‚Genossen-Du‘ festmachen, wobei damit auf parteiinterne Umgangs- und Handlungsschemata referenziert wurde. Sozialistische Sprachmuster finden sich beinahe durchgängig in den Schlussformeln „mit sozialistischem Gruß“ oder „Freundschaft!“.²⁰⁷ Einen gänzlich anderen Rollenzugang weisen jene Briefe auf, die mit „Liebe Mitarbeiter der Sendung ‚Prisma‘!“²⁰⁸, „Liebe Redaktion!“²⁰⁹ oder „Sehr geehrte Redaktion

²⁰³ Erving Goffman, *Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag*, 11. Auflage (München: Piper, 2003), 5.

²⁰⁴ DRA–SZG, 1986 AVN440 0051-0100 Nr. 51. Brief v. Reinhold D. an Prisma (18. Dezember 1985).

²⁰⁵ DRA–SZG, 1989 Ordner 373 Nr. 1951-2000 1957. Brief v. Annemarie R. an Prisma (27. Juni 1989).

²⁰⁶ SSC–ZWK TuK, Anni D. (7. April 1967).

²⁰⁷ DRA–SZG, 1983 AVN440 0001-0150 Nr. 14. Brief v. VEB Hainichen an Prisma (3. Jänner 1983).

²⁰⁸ DRA–SZG, 1989 Ordner 370 Nr. 1751-1800 1794. Brief v. Rita Z. an Prisma (9. Juni 1989).

²⁰⁹ SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. Brief v. Magda G. an Prisma (25. April 1967).

*Prisma!*²¹⁰ intonierten und häufig „Mit Dank“²¹¹, „Mit Gruß und Dank“²¹² oder „mit freundlichem Gruß“²¹³ schlossen.

Während des Beobachtungszeitraums (1963–1989) sind keine Veränderungen bei den Strategien der Rollenfestlegung feststellbar. Die Eingabenschreiber pflegten im letzten Jahrzehnt des Bestehens der DDR zwar eine direktere Benennung der Unzulänglichkeiten, die Rollenfestlegungsstrategien und deren Ausprägungen blieben weitgehend konstant.

9.3.2 Selbstdarstellung und Anspruchsberechtigung

Die Selbstdarstellung war eng mit der Rollenfestlegung verwoben und diente denselben übergeordneten Zielen, die eigene Person bzw. das Anliegen in einem guten Licht darzustellen. Die Eingabenschreiber versuchten beim Adressaten Sympathie zu erwecken, indem sie sich als wertvolles Mitglied der Gesellschaft verorteten. In den Quellen können drei grundsätzliche Ebenen der Selbstdarstellung ermittelt werden: Mit dem Verweis auf klassische (preußische) Tugenden (Fleiß, Strebsamkeit, Ordnung etc.) und faktische Notwendigkeiten (wärmende Kinderkleidung für den Winter, festes Schuhwerk etc.) sollte Verständnis bei der Verwaltung gewonnen werden. Die beiden anderen Strategien traten häufig in Kombination mit ersterer in Erscheinung. Dabei ging es darum, die Seriosität des Anliegens durch Verweise auf Stellung, Funktion und Verdienste zu untermauern und/oder Übereinstimmung mit den Zielen, Werten und Erwartungen des sozialistischen Gesellschaftssystems zu demonstrieren.

- Betonung traditioneller Tugenden und Einstellungen

Die Herausbildung neuer gesellschaftlicher Leitbilder sowie von Normen und Werten im Fahrwasser der sozialistischen Herrschaftsdurchdringung sind in der Forschung unbestritten. Nichtsdestotrotz standen traditionelle (preußische) Tugenden hoch im Kurs. Eine derartige, vom Ideologieverdacht befreite Strategie wurde in etwa einem Drittel des untersuchten Quellenbestandes (fünfzehn Eingaben) in besonderer Intensität angewendet. In diesem Zusammenhang warb etwa Frau Margarete L. um Unterstützung bei der Beschaffung geeigneter Winterschuhe, indem sie anführte: „*Ich bin zu jeder Jahreszeit, also auch im Winter, gezwungen, das Haus zu verlassen, um meine kinderreiche Familie zu versorgen. Deshalb kommt es mir bei dem Schuhwerk lediglich darauf an, daß es zweckmäßig ist – in diesem Fall haltbar, warm und aus Leder.*“²¹⁴

Um auf die Versorgungslücken bei Kinderbekleidung aufmerksam zu machen, führte Frau Ingrid R. in ihrer Eingabe aus dem Jahr 1985 an, sie hätte Stiefel, die ihrem Sohn zu klein wären, „*an ein Kindergartenkind verschenkt, damit es beim letzten Schnee im Nov. mit raus konnte. Es hatte nur Halbschuh an und die Mutter konnte einfach keine Stiefel bekommen. Diese Reihe könnte ich noch fortsetzen.*“²¹⁵

²¹⁰ DRA–SZG, 1982 AVN440 0001-0100 Nr. 13. Brief v. Johanna Z. an Prisma (23. Dezember 1981).

²¹¹ SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. Brief v. Gert Z. an Prisma (18. April 1967).

²¹² DRA–SZG, 1989 Ordner 379 Nr. 2251-2300 2256. Brief v. Erika M. an Prisma (21. Juli 1989).

²¹³ DRA–SZG, 1988 AVN440 Nr. 253. Brief v. Frau G. an Prisma (10. Jänner 1988).

²¹⁴ SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. Brief v. Margarete L. an das MfHV (23. November 1970).

²¹⁵ DRA–SZG, Ingrid R. (29. Dezember 1985).

Auch Frau Karin S. prangerte so manchen Fehlschlag in der Bekleidungsindustrie an, man könne „von den angebotenen Stücken von vorteilhaft und pflegeleicht nicht sprechen. Man darf nicht vergessen, daß es für Kinder sein soll!“.²¹⁶

- Seriosität durch Stellung, Funktion, Amtsausübung und Verdienste

Die Grenzen zwischen überzeugender Selbstdarstellung und plumpem Kalkül sind nicht immer trennscharf gegeben. Wenn ein selbsternannter Genosse der ersten Stunde in der Einleitung seines Schreibens seinen ganzen Stolz darüber verkündete, dass „alle Werktätigen unserer Republik bewußt, ehrlich und schöpferisch die Aufgaben an ihrem Arbeitsplatz lösen, allen voran die Genossen unserer Partei“, im Anschluss betonte, „seit 1954 dieser Partei anzugehören und von ihr bereits als junger Genosse mit verantwortlichen Funktionen betraut worden zu sein“, um im nächsten Atemzug die Verbitterung zum Ausdruck zu bringen, dass seine Frau „seit Wochen ein schwarzes Kostüm“ benötigt, so erhärtet sich zwangsläufig der Eindruck eines schlechten Schauspiels mit übertriebener Anbiederung und Inszenierung.²¹⁷ Vergleichbare Beispiele sind zahlreich, wie auch im Fall von Frau Ursula R., die 1989 als Mitarbeiterin eines volkseigenen Bekleidungsbetriebs Verbesserungen der Arbeitsbedingungen forderte und dabei nicht vergaß zu betonen, „es ist schon sehenswert unter welchen Bedingungen wir Frauen arbeiten und trotzdem unseren Plan kontinuierlich erfüllen und überbieten. Seit 1974 ist unser Kollektiv ‚Brigade der soz. Arbeit‘. Unsere Meinung ist: Es wurde viel [...] versprochen, aber getan hat sich bis heute nichts“.²¹⁸

Geradezu prototypisch brachte Frau Magda G. ihre politische Funktion in Stellung. In Absicht zu heiraten schilderte sie eindringlich ihre wochenlangen Mühen zur Beschaffung der benötigten Utensilien (Kleid, Dederonunterkleid, Flatterhemd etc.). Nachdem keine entsprechenden weißen Absatzschuhe zu beschaffen waren, unterstrich sie ihre Anspruchsberechtigung wie folgt:

„Ich bin hauptamtlich für Fragen und Probleme unserer Bäuerinnen beim Kreislandwirtschaftsrat eingesetzt und muß mich des öfteren mit Versorgungsfragen auf dem Lande befassen. Ich bin Genossin und in der Woche des Parteitages sah ich meine Aufgabe darin, mit den Bäuerinnen u.a. zu den sozialen Maßnahmen, die der Parteitag zur Verbesserung des Lebensstandards beschlossen hat, zu sprechen. Ich erklärte den Frauen, daß nur soviel verteilt werden kann, wie wir uns selbst erarbeiten und je besser wir alle Reserven aufdecken und nutzen, umso besser werden wir leben. Das wird nicht immer so einfach geglaubt, aber ich bilde mir ein, daß ich es geschafft habe.

Nur bin ich leider heute der Meinung, die ich allerdings nicht unter meinen Bäuerinnen verbreite, daß z.B. weiße Absatzschuhe vor 1-2 Jahren kein Problem waren und daß wir uns die unbedingt schon so erarbeitet haben müßten, daß sie keine Mangelware sind.“²¹⁹

In gewisser Weise reflektieren diese Darstellungen jedoch auch die Selbstwahrnehmung. Da werden Entbehrungen bitter erduldet, man schuftet für die sozialistische Gesellschaft und leistet Aufbauarbeit. Nun wäre es aus Sicht des Bürgers an der Zeit die Früchte der Arbeit zu ernten, und wenn schon nicht der eigene Einsatz dafür ausreichen würde, so führte man eben zusätzlich noch die geschundene Elterngeneration an, „die in jahrzehntelanger gesellschaftlicher Arbeit ganz für unseren sozialisti-

²¹⁶ SSC-ZWK TuK, Karin S. (20. November 1970).

²¹⁷ SSC-ZWK TuK, Ernst S. (24. April 1967).

²¹⁸ DRA-SZG, 1989 Ordner 361 Nr. 1301-1350 1305. Brief v. Ursula R. an Prisma (20. April 1989).

²¹⁹ SSC-ZWK TuK, Magda G. (25. April 1967).

*schen Staat aufgegangen sind und sich heute mit ihrem wenigen Geld kaum selbst noch eine Freude, geschweige ihren Enkelkindern, machen können“.*²²⁰

- Erfüllung sozialistischer Erwartungshaltung

Die sprachliche Konformität kann als verbalisierte Realisierung des omnipräsenten Herrschaftsanspruches der SED interpretiert werden. Ob der gezeigte feste Klassenstandpunkt dabei wirklich stets von einer persönlichen Überzeugung geleitet wurde, ist in Frage zu stellen. Es liegt vielmehr nahe, dass hier (auch) opportun gehandelt wurde, um die vorgebrachten persönlichen Anliegen zu legitimieren. Sprachliche Kompatibilität und Systemkonformität lassen nicht zwingend auf die tatsächliche politische Überzeugung schließen. Wie die Wendeereignisse 1989/90 belegen, hat es keineswegs eine flächendeckende Zustimmung der Bevölkerung zum herrschenden System gegeben. Trotzdem impliziert das Befolgen der normierten Regelsprache eine gewisse Fügung in das System. Eine oftmals angewandte Strategie bestand darin die eigene Anspruchsberechtigung mit der gelebten Systemtreue in Bezug zu setzen. So wie bei Herrn Rolf-Dieter B., der in seinem Schreiben einen besonders entwaffnenden Ansatz wählte, um eine Winterhose für seine Tochter zu bekommen:

*„Meine Tochter fährt am 7. Januar 1965 für 7 Wochen in die Pionierrepublik Werbelinsee [Sic!]. Ich muß das Mädchen ohne Hose schicken, weil sie in dem letzten Jahr aus ihren ganzen Kleidung heraus gewachsen ist. Heute war ich nun wieder in der Verkaufsstelle. Es waren wieder keine Hosen angeliefert worden. Verzeihen sie mir, aber ich weiß wirklich nicht mehr was ich überhaupt noch denken soll.“*²²¹

Der Adressat, der dieses Anliegen vom Tisch wischt, wäre nicht nur herzlos einem frierenden Kind gegenüber. Ein ablehnender Bescheid wäre in keinem Fall mit den Leitbildern des Sozialismus zu vereinbaren, verhindert doch die fehlende Hose, dass das Mädchen an der Pionierrepublik Werbellinsee teilnimmt.²²²

Frau Margarete H., die *„[s]eit Wochen und Monaten [...] auf der Suche nach warmen Silastik-Strümpfen und einer Strumpfhose“*²²³ war, vergaß in ihren Ausführungen nicht auf die Doppelbelastung der Frauen aufmerksam zu machen.²²⁴ Als loyale werktätige Genossin führte sie weiter aus, *„dass auch wir Frauen in den vierziger Jahren keine Stiefkinder sind, sondern auch wir an unseren Arbeitsplätzen oft erhebliche Leistungen verbringen müssen, wenn es um das Wohl unseres Staates, des sozialistischen Handel und deren Devisen und Problem der eigenen Familie geht“.*²²⁵

²²⁰ DRA–SZG, Andreas K. (15. Jänner 1981).

²²¹ SSC–ZWK TuK, Rolf-Dieter B. (4. Jänner 1965).

²²² Die Teilnahme an der Pionierrepublik Wilhelm Pieck in Altenhof am Werbellinsee galt als besondere Auszeichnung für ideologisch gefestigte Kinder. Eine ‚Einberufung‘ war zudem äußerst vorteilhaft für die Kaderakte des Betroffenen.

²²³ SSC–ZWK TuK, Margarete H. (22. November 1970).

²²⁴ Gemäß der marxistisch-leninistischen Theorie war die Gleichstellung der Frau ein erklärtes politisches Ziel. Die DDR propagierte zwar die Gleichstellung, doch stellte neben der hehren ideologischen Komponente vor allem die gesteigerte Beschäftigungsquote der Frauen ein nicht unerhebliches ökonomisches Argument für die DDR-Führung dar. Die politischen Maßnahmen förderten tatsächlich den Berufseinstieg von Frauen und der Anteil an weiblichen Führungspositionen stieg ebenfalls an. Damit war eine nicht unerhebliche Mehrbelastung für die Frauen verbunden, da diese in der Regel zusätzlich zur Erwerbsarbeit noch Haushaltsagenden und Kindererziehung übernahmen. Viele Männer hielten hingegen weiterhin an den traditionellen Rollenmustern fest und leisteten kaum Beiträge zur Entlastung ihrer Frauen; vgl. Heike Trappe, *Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik* (Berlin: Akademie, 1995); vgl. Claudia Wangerin, *Die DDR und ihre Töchter* (Berlin: Das Neue Berlin, 2010).

²²⁵ SSC–ZWK TuK, Margarete H. (22. November 1970).

9.4 Durchsetzungsstrategien

9.4.1 Generalisierung, Projektion und Aufzeigen von Makroauswirkungen

Eine sehr häufig angewandte Vorgangsweise der Briefeschreiber bestand darin die individuelle Problemlage auf ein allgemeingültiges Niveau mit gesellschaftlicher Reichweite zu transformieren. Im Wechselspiel zwischen induktiven und deduktiven Argumenten fanden sich in 37 von 52 analysierten Primärquellen soziale Projektionen und Generalisierungen.²²⁶ Mit ihrer Hilfe wurden die individuell widerfahrenen Konsumeinschränkungen auf einen gesellschaftlich bedeutsamen Makrohorizont gehoben. Damit verfolgten die Bittsteller eine mehrdimensionale Strategie. Persönliche Anliegen „im Namen vieler Leidensgenossen [Sic!]“²²⁷, bei denen das eigene „Problem auch viele andere Muttis und Vatis in unserer Bevölkerung interessiert“²²⁸ und „[v]iele von meinen Kolleginnen und Bekannten [...] die gleichen Probleme“²²⁹ hatten, sollten zur Objektivierung der eigenen Problemlage beitragen. Konsequenterweise wäre bei einer Abhilfe nicht nur dem Bittsteller geholfen, da „ausser mir noch viele andere Frauen mit den gleichen Sorgen sehr dankbar“²³⁰ wären und „sehr viele Frauen dankbar wären, wenn sich in dieser Beziehung etwas ändern würde“.²³¹ Zur argumentativen Unterstreichung ihres Anliegens skizzierten manche Bürger gesamtwirtschaftliche, gesellschaftliche und/oder allgemeine kulturelle Konsequenzen. Fehlende „Strumpfhosen oder warme Unterwäsche in den Grössen 50-52“²³² in Cunewalde und Umgebung führten nicht nur „unwillkürlich zu Verärgerungen“²³³, sondern bedrohten die Funktionsfähigkeit der Volkswirtschaft im Ganzen:

„Viele unserer Werktätigen Frauen ob von der Stadt oder vom Lande, welche bei Wind und Wetter an den Wartehallen oder gar draussen im freien stehen müssen um auf die Zubringer-Buse warten zu müssen, kann man ja nun nicht zumuten in diesen hauchdünnen Strümpfen bei aller Kälte draussen stehen zu müssen, denn auch das sind oftmals die Folgen zu Erkrankungen, erhöhten Produktionsausfällen und hohen Krankenstand durch vermeidbare zusätzliche Arbeitsausfälle, welche unser gesamten Volkswirtschaft unnötig verlohren gehen.“²³⁴

Für Herrn Stephan G. waren die fehlenden Steckabsätze für die Schuhe seiner Frau „volkswirtschaftlich untragbar“. Nach Verweis auf die „unzumutbaren Wartezeiten“ und die „endlos langen Reparaturzeiten“ unterstrich er die Relevanz seines Ansuchens, indem jedem „Bürger [...] die Notwendigkeiten eines umfassenden Leistungsanstieges in unserer Volkswirtschaft, und jedem [...] auch die Rolle der Rationalisierung im Produktionsprozeß bekannt [sei]. Und damit zurück zu den Absätzen“.²³⁵

²²⁶ Gemäß der jeweiligen Reichweite wurde eine kategoriale Klassifikation der Generalisierungen auf die Ebenen ‚Mikro‘ (Familie), ‚Meso‘ (persönliches Umfeld) und ‚Makro‘ (gesellschaftliche Dimension) vorgenommen.

²²⁷ SSC-ZWK TuK, 31450 Nr. 250. Brief v. Walter F. an Prisma (19. September 1970).

²²⁸ DRA-SZG, Ingrid R. (29. Dezember 1985).

²²⁹ DRA-SZG, 1988 AVN440 Nr. 255. Brief v. Susanne B. an Prisma (11. Jänner 1988).

²³⁰ SSC-ZWK TuK, Margarete H. (22. November 1970).

²³¹ SSC-ZWK TuK, Gerlinde H. (13. Juni 1967).

²³² SSC-ZWK TuK, Margarete H. (22. November 1970).

²³³ Ibid.

²³⁴ Ibid.

²³⁵ DRA-SZG, 1981 AVN440 0001-0250 II Nr. o.N. Brief v. Stephan G. an Prisma (12. Jänner 1981).

Die Mitarbeiterinnen einer Verkaufsstelle für Herrenbekleidung machten in ihrem Schreiben auf die unzureichende Warenzuweisung an ihren Betrieb aufmerksam. Auf *„diese Art u. Weise können wir unseren Plan, der im Gegensatz zum sinkenden Warenangebot, von Jahr zu Jahr mehr steigt, nie erfüllen. Das hilft aber unserer Volkswirtschaft auch nicht weiter“*.²³⁶

Ein Bauarbeiter der PGH Hoch- und Tiefbau Jübar meinte in Bezug auf die seit Wochen fehlende Winterarbeitsbekleidung, dass *„katastrophale Zustände“* im Land herrschen. Nach eindringlicher Schilderung der zahlreichen erfolglosen Versuche entsprechendes Material über offizielle und verschlungene Kanäle zu beschaffen, wurde die Frage an die staatlichen Adressaten gerichtet, *„welche Leistung [...] von durchgefrorenen Arbeitern zu erwarten“* wäre im Rahmen dieses *„großen Bauvorhabens unseres Staates“*. Schließlich richtete sich der Mann mit der finalen Bitte an Prisma *„mir bei der Lösung dieses Problems zu helfen, da es ja nicht nur mich allein trifft“*.²³⁷

Wie die komplett erhaltenen Briefwechsel belegen, hatten derartige Durchsetzungsstrategien gute Erfolgsaussichten. Plastische Verallgemeinerungen und Hinweise auf Makroauswirkungen mündeten häufig in einer positiven Intervention seitens der Staatsvertreter. Im Gegensatz dazu hatten unklare Generalisierungen weitaus seltener eine positive Bearbeitung zur Folge.

9.4.2 Das System beim Wort genommen

Eine oftmals angewandte und zugleich besonders wirksame Strategie bestand darin, das System und seine Vertreter beim Wort zu nehmen. Die sozialistischen Normen, Werte, Losungen, Parolen und Autoritäten wurden dabei von den Bürgern in bewusster Weise für die eigene Sache instrumentalisiert. Der Spieß wurde sozusagen umgedreht, wobei es den Antragstellern gelang die Adressaten in eine diffizile Lage zu manövrieren. Die Vertreter des Systems mussten schließlich ihre eigenen Leitlinien genauso ernst nehmen wie alle anderen Bürger auch. Eine völlige Negation derartiger Argumente war den Systemvertretern nicht ohne weiteres möglich, geriet man in diesem Fall doch sehr schnell in den Verdacht zwischen vermittelter Realität und gelebter Praxis zu unterscheiden.

- Bezugnahme auf Autoritäten und Institutionen

Viele Briefe nahmen auch Bezug auf gesellschaftspolitisch anerkannte Experten und Autoritäten. Wer als Experte oder Autorität zählte, fiel dabei höchst unterschiedlich aus. Galt es auf persönliche Einschränkungen bei der Versorgung mit Bekleidungsstücken aufmerksam zu machen, wurde mitunter auf die *„Auskunft des Verkaufspersonals vieler Bekleidungshäuser“* verwiesen, da die benötigten Hosen *„obwohl sie vom Kunden ständig verlangt werden, wenn überhaupt, dann in völlig unzureichendem Umfang in Angebot“* verfügbar waren.²³⁸

In anderen Fällen diente der Verweis auf Aussagen fachkundiger bzw. autorisierter Personen dazu, den eigenen Unmut auszudrücken. So stellte Herr S. von der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft (LPG) ‚W.I. Lenin‘ sarkastisch-fragend fest: *„Oder ist es wirklich so, wie man von Verkäuferinnen zur Antwort erhält, Sommersachen sind im Winter und Wintersachen im Sommer zu*

²³⁶ SSC-ZWK TuK, VST Stollberg (11. Juni 1965).

²³⁷ DRA-SZG, Karl S. (9. Jänner 1986).

²³⁸ SSC-ZWK TuK, Hans B. (29. November 1970).

kaufen! Ob das etwas mit sozialistischer Planwirtschaft zu tun hat, kann doch wohl nicht wahr sein.“²³⁹ In diesem Ausschnitt verdichten sich gleich mehrere Thematisierungsansätze. So wurde dem objektivierenden Kommentar der Fachkraft aus dem Handel die Frage angestellt, ob die Probleme im Kern nicht systembedingte Ursachen haben könnten. Im gleichen Atemzug versicherte der Eingabenschreiber dem System seine Loyalität, indem derartige systemkritische Gedanken umgehend der ‚Wahrheit‘ entrückt wurden. Was zurück bleibt ist der Eindruck, dass Systemtreue und Normeinhaltung zur Diskussion gestellt werden.²⁴⁰

Neben fachlichen Autoritäten war es gängige Praxis auf Ikonen des Sozialismus zu verweisen. Die Bandbreite der Beanspruchung reichte von den ‚klassischen Helden‘ des Kommunismus wie Karl Marx, Wladimir Iljitsch Lenin oder Adolf Hennecke bis zu zeitgenössischen Politikern und Schriftstellern. In ihrer Eingabe machte Frau Edith R. auf die (modischen) Versorgungs-unzulänglichkeiten aufmerksam und eröffnete ihr Schreiben mit einem Zitat der systemkonformen Schriftstellerin Hanna-Heide Kraze:

„Freude ist erlernbar wie das Glücklichein; wenn wir wissen, was Freude macht, können wir Freude machen und uns freuen.“ Wie schön das klingt und wie wahr es ist, aber nehmen wir doch nur unsere Wirklichkeit und Praxis.

*Sehen sie mal [...] Unser soz. Handel hat es noch immer nicht verstanden – nach 25 Jahren – kontinuierlich zu arbeiten. Stoßweise kommt die Ware herein und so wird sie auch wieder umgesetzt.“*²⁴¹

Zur argumentativen Untermauerung der eigenen Anspruchsberechtigung wurden oftmals Autoritäten aus dem kommunistischen Vorzeigestaat angeführt. Ein Beispiel dafür lieferte Frau Margarete L.. Als persönlich Betroffene wies sie in ihrer Eingabe eindringlich auf die fehlende Verfügbarkeit von groß konfektionierten Bekleidungsgrößen hin und skizzierte ihren Leidensweg entsprechende Güter für ihre großgewachsene Familie zu besorgen. Als der kontaktierte Herstellerbetrieb betonte, man produziere nach gängigen ostdeutschen Durchschnittsgrößen, wandte sich die Frau mit einem eindringlichen Appell um Unterstützung an das DDR-Fernsehen. Dabei wurde die abschlägige Stellungnahme des Herstellerbetriebes aufgegriffen und für nichtig erklärt, da „[l]aut einer Untersuchung des sowjetischen Instituts für Anthropologie [Sic!] in Moskau [...] die 15jährigen Jugendlichen heute rund 20 cm größer als früher“ wären.²⁴²

- Bezugnahme auf sozialistische Medien, Normen, Werte und Parteilosungen

Die nachstehenden Auszüge aus dem Schreiben von Herr Ernst S. lassen die ganze Vielschichtigkeit und Komplexität einer Eingabe erkennen. Zur Durchsetzung seines Anliegens schöpfte der geplagte DDR-Bürger aus dem ganzen Spektrum des ‚Methodenkanons‘, wobei Elemente der Selbstdarstellung als guter sozialistischer Genosse die Schilderungen des individuellen Problems ebenso begleiteten, wie Bezugnahmen auf sozialistische Medien. Noch bevor Herr Ernst S. sich „über eine ganz simple

²³⁹ DRA–SZG, 1989 Ordner 365 Nr. 1501-1550 1532. Brief v. LPG W.I. Lenin an Prisma (10. Mai 1989).

²⁴⁰ Die Komplexität der Botschaften liegt nicht nur im semantischen Gehalt der Aussagen begründet, sondern erstreckt sich auch auf die Syntaxen. So sind die Satzkonstruktionen eindeutig fragender Natur, aber vom Eingabenschreiber nicht als solche (mit einem Fragezeichen) ausgewiesen und stattdessen mit einem Rufzeichen versehen.

²⁴¹ SSC–ZWK TuK, Edith R. (5. November 1970).

²⁴² SSC–ZWK TuK, Margarete L. (23. November 1970).

Angelegenheit sehr verbittert“ zeigte und „einfach keine Erklärung“ fand, dass seine Frau und er „seit Wochen ein schwarzes Kostüm der Größe g 94“ suchten, aber alle Bemühungen in den Städten und Läden Mecklenburgs bisher vergeblich waren, nimmt er auf das ND Bezug:

„In den Spalten des ND der letzten Woche konnten wir von großen Erfolgen unseres sozialistischen Aufbaus lesen. Welchen Staatsbürger der DDR erfüllt es nicht mit Stolz wenn leitende Genossen unserer Partei eine solche Bilanz ziehen können. Sie konnten es nur tun, weil alle Werktätigen unserer Republik bewußt, ehrlich und schöpferisch die Aufgaben an ihrem Arbeitsplatz lösen.“²⁴³

In weiterer Folge unterstrich er seine Loyalität gegenüber dem sozialistischen System, indem er sich selbst als Apologet der Ideologie zu erkennen gab. Nach Schilderung seines Leidensweges sah der ‚überzeugte Sozialist‘ seinen Glauben zunehmend in Frage gestellt. Aber eine Lösung der Situation wäre absehbar. Um als Vertreter der sozialistischen Lehre wieder mit voller Überzeugung zum Wohl des Volkes agieren zu können, muss ihm nur bei der Bekleidungsfrage geholfen werden. In seinem Schreiben referenzierte Herr S. auch auf systemimmanente Makroaspekte. Unter dem Verweis er sei *„wohl nicht der einzige [...] der diese Sorgen hat, sollte man dieses Problem einmal an zentraler Stelle beraten, konkrete Festlegungen treffen“²⁴⁴* scheute der Verfasser nicht davor zurück, konkrete Verbesserungsvorschläge einzubringen. Als Kenner des Systems war ihm wohl bewusst, dass derart vorgetragene Ansprachen durchaus als ‚Grenzüberschreitung der Dialektik‘ gewertet werden könnten, und die Loyalität seiner Gefolgschaft nicht als ausreichend gefestigt bewertet wird. Um derartigen Einschätzungen Vorschub zu leisten, legte er im Finale seiner Ausführungen weitere Treueschwüre ab. So ist es für ihn auf

„der anderen Seite [...] einfach lächerlich, daß ein Genosse im Jahr 1967, nach der so erfolgreichen Durchführung unseres VII. Parteitages, noch einen solchen Vorschlag zu einem so simplen Problem, das allerdings Verärgerung erzeugt, unterbreiten muß. Oder sind meine Vorstellungen und Forderungen diesbezüglich zu illusorisch und zu hoch?“²⁴⁵

In vergleichbarer Weise können Zitate aus ideologischen Verlautbarungen, Losungen und Parolen als strategische Mittel interpretiert werden. Fehlte es etwa an Kinderbekleidung, so verwies man auf die vielproklamierte Kinderfreundlichkeit im Sozialismus. *„Das unsere Republik ein sehr kinderfreundlicher Staat ist, ist bekannt und freut sicherlich nicht nur mich“²⁴⁶* oder *„Gerade in unserem kinderfreundlichen Staat auf dem Wege zum XI. Parteitag dürfe so etwas nicht vorkommen“²⁴⁷* lautete dann der Tenor, wenn es an Umstandskleidung mangelte oder kleine Kinderfüße frieren mussten, da wie *„schon im vergangenen Winter ein Engpaß in diesen Größen an Kinderstiefel“²⁴⁸* bestand.

In ihrer Misere keine Trainingsanzüge für die schulpflichtigen Kinder zu bekommen, wies Frau Karin S. auf die offensichtliche Diskrepanz zwischen den Wahrnehmungen der Staatsvertreter und der tatsächlichen Realität hin, da in Bezug auf die Ausstattung mit Turnutensilien *„von der Schule sogar*

²⁴³ SSC–ZWK TuK, Ernst S. (24. April 1967).

²⁴⁴ Ibid.

²⁴⁵ Ibid.

²⁴⁶ DRA–SZG, Frau G. (10. Jänner 1988).

²⁴⁷ DRA–SZG, Ingrid R. (29. Dezember 1985).

²⁴⁸ Ibid.

*Farbwünsche geäußert werden, die Eltern jedoch den Forderungen auf keine Weise Rechnung tragen können, da es überhaupt keine gibt“.*²⁴⁹

In zahlreichen Eingaben erfolgte eine direkte Bezugnahme auf omnipräsente Leitsätze der Partei. Das Programm der SED zu kennen oder Losungen aus Parteitagereden zu zitieren war dabei eine besonders nützliche Strategie. Ob damit auch ein Konsens über die grundlegenden gesellschaftlichen Werte verbunden war, darf allerdings bezweifelt werden. Auf alle Fälle bestand dadurch die Möglichkeit Kritik zu üben und die Unzufriedenheit über die systembedingten Unzulänglichkeiten zu artikulieren. Wenn die staatlichen Repräsentanten in jeder zweiten Rede „*Worte wie ‚hohe Handelskultur‘ und ‚niveauvolles Angebot‘ gebrauchen, der Rat der Stadt und der Rat des Kreises dem Bürger nicht mit Rat und Tat bei seinen Sorgen und Nöten zur Seite stehen, dann ist bei jedem einmal die Geduld zu Ende*“.

Bei den wahrgenommenen Unzulänglichkeiten ist es nicht verwunderlich, dass nach Ansicht der betroffenen Bürger von einer Handelskultur absolut nicht die Rede sein konnte, schon gar nicht von einer ‚hohen‘.

Ähnlich Fälle waren zahlreich. Frau Anni D. etwa machte auf fehlende Rundstricknadeln aufmerksam und untermauerte ihr Anliegen damit, dass es sich schließlich bei „*Nadlerwaren zu den 1000 kleinen Dingen, die in einen Haushalt gehören*“, handelt.²⁵¹ Ein derartiges Argument konnte seitens der Adressaten nicht ohne weiteres übergangen werden, referenzierten die ‚1000 kleinen Dinge‘ doch auf eine großangelegte Kampagne der DDR-Führung.²⁵²

Frau Gerlinde M. macht in ihrer Eingabe auf die fehlenden Damen-Silastikstrümpfe aufmerksam und meinte dabei die „*Schlagworte ‚Freude beim Einkauf‘ sind überholt, sind veraltet; es kann nur noch heißen ‚Ärger beim Einkauf‘*“. Gleichwohl fand eine Relativierung der Kritik statt, indem angemerkt wurde, dass „*unsere Republik in der Strumpfherstellung führend*“ wäre.²⁵³ Dieses Vorgehen war in zahlreichen Eingaben gegeben.

So auch bei Herrn Andreas K., der die permanenten Versorgungsunzulänglichkeiten mit den verschiedensten Konsumgütern des täglichen Bedarfs spöttisch kommentierte, da man dies „*doch nicht unter ‚Lauf dich gesund‘ verstehen*“ könnte und eine „*sinnvolle Freizeitgestaltung dürfte es wohl auch nicht sein!*“. Seine mitunter kritischen Ausführungen wurden abgemildert, denn er würde

²⁴⁹ SSC-ZWK TuK, Karin S. (20. November 1970).

²⁵⁰ DRA-SZG, Dorothea D. (12. Februar 1989).

²⁵¹ SSC-ZWK TuK, Anni D. (7. April 1967).

²⁵² Die Kampagne der ‚1000 kleinen Dinge‘ wurde 1960 vom Ministerrat mit dem Ziel verabschiedet die Engpässe in der Produktion von Gegenständen des täglichen Gebrauchs zu beseitigen. Dabei wurden Industriebetriebe aufgerufen ein bestimmtes Plansoll in der Produktion von Gebrauchsgegenständen zu erfüllen. Der Erfolg war durchwachsen, ging doch so mancher Großbetrieb dazu über lieber ‚Dosenöffner anstatt Schiffsschrauben‘ zu produzieren; vgl. Ina Merkel, "Der unaufhaltsame Aufbruch in die Konsumgesellschaft," in: *Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren*, Hg. Ina Merkel und Felix Mühlberg (Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 1996).

²⁵³ SSC-ZWK TuK, Gerlinde M. (9. Dezember 1970).

²⁵⁴ Mit der Parole ‚Lauf dich gesund‘ wollte die DDR-Führung auf den im internationalen Vergleich sehr schlechten Zustand der Durchschnittsbevölkerung aufmerksam machen. In Form staatlich geförderter Programme trachtete man danach, die körperliche Aktivität der Bürger zu steigern und so das physische und psychische Gesundheitsniveau, sowie die allgemeine Leistungsfähigkeit, zu verbessern. Das Angebot umfasste beispielsweise betrieblich organisierte Bewegungs-, Turn- und Laufprogramme; vgl. Uta Klaedtke, *Betriebssport in der DDR. Phänomene des Alltagssports* (Hamburg: Sport & Co., 2007).

all dies „aus der ehrlichen Überzeugung heraus, daß Kritik stets eine entscheidende Triebkraft unserer Entwicklung ist“ schreiben.²⁵⁵

In allen Briefen ist eine gewisse Übereinkunft bzw. Identifikation der Bürger mit den Leitlinien, Normen und Werten der sozialistischen Führung spürbar. Im Land der Parolen gab es für jedes Eingabenthema die passende Losung, das geeignete Zitat aus einer Rede oder eine zweckmäßige Stelle aus dem Parteiprogramm. Gleichwohl es bei den sozialistischen Idealen einer solidarischen Wohlstandsgesellschaft kaum kontroverse Standpunkte zwischen Bürger und Staat gab, wurde auch Disharmonie artikuliert. Im Verlauf der Zeit ging die Bevölkerung dazu über, die jahrelangen Proklamationen der DDR-Führung einzufordern. Die wahrgenommene Realität war mit den vermittelten Idealen nicht mehr in Einklang zu bringen. Mittels der skizzierten rhetorischen Strategien wurde das System beim Wort genommen. Die sorgfältige Instrumentalisierung der politischen Erklärungen zeugt von der Feinsinnigkeit der Eingabenschreiber. Ihrem Geflecht aus allgemeinen Grundsätzen und treffgenauen Zitaten konnten die Adressaten kaum entinnen.

9.4.3 *Einsicht und Verständnis*

Mit diesen Argumentationsmustern zeigten die Eingabenschreiber auf, inwieweit sie bereit waren Störungen der Normalität hinzunehmen. Im fein dosierten Wechselspiel zwischen Einsicht, Zugeständnis, Entgegenkommen und ‚berechtigter‘ Forderung wurde einerseits Verständnis für die Probleme beim Aufbau des Sozialismus gezeigt, um im gleichen Atemzug darauf hinzuweisen, dass im aufgezeigten Fall eine Grenze überschritten wurde. Mit diesem Verhalten signalisierten sie ihre grundsätzliche Gefolgschaft gegenüber der sozialistischen Herrschaft.

Frau Irmgard J. etwa bemängelte zunächst die fehlende Verfügbarkeit von Hauspantoffeln für ihre Kinder, um gleich danach die grundsätzliche Frage zu stellen, „warum es im Bez. Dresden mit der Versorgung von Kinderbekleidung so schlecht aussieht. (z.B. Anoraks, Hosen, Regenbekleidung, Söckchen, Train-Anzüge, Campingbeutel – immer mal ein anderer Schwerpunkt). [...] Immer in der Hoffnung auf eine Verbesserung dieser Situation“ vergaß die im Umgang mit dem System geschulte Bürgerin nicht zu betonen, wie fest die ganze Familie „hinter der Politik unserer Partei“ stand und „an der Entwicklung unseres Staates“ mithalf.²⁵⁶

Die Abweichung von der Normalität wurde zunächst nur vorsichtig zur Sprache gebracht und zugleich Einsicht signalisiert. Im konkret vorgebrachten Fall konnte der Status Quo jedoch nicht mehr ohne weiteres hingenommen werden. In diesem Zusammenhang thronte ein ausgedehntes ‚ja, aber‘, welches derartige Eingaben allgegenwärtig beherrschte. Mit den Loyalitätsbekundungen war natürlich die Erwartungshaltung einer positiven Bearbeitung verknüpft. Anhand dieser Vorgangsweise setzte man das System unter Druck, da bei einer negativen Bearbeitung des Anliegens die weitere Treue des Bürgers auf die Probe gestellt würde.

²⁵⁵ DRA-SZG, Andreas K. (15. Jänner 1981).

²⁵⁶ DRA-SZG, Irmgard J. (15. Dezember 1985).

Viele Schreiber wählten eine Strategie des Ausgleiches. Diesbezüglich lassen die analysierten Quellen darauf schließen, dass so manche verständnisvolle Passage von der Angst vor allfälligen Repressalien geprägt war.

In ihrem Schreiben (April 1967) schilderte Frau Magda G. die vergeblichen Mühen ein passendes weißes Dederonkleid, ein weißes Flatterhemd aus gleichem Material und passendes weißes Schuhwerk für die anstehende Hochzeit käuflich zu erwerben. Als bekennende Genossin und hauptamtlich Verantwortliche für Versorgungsfragen von Bäuerinnen beim Kreislandwirtschaftsrat legte sie ein besonders einsichtiges Verhalten an den Tag: *„Zu den ersten beiden Artikeln wurde mir wochenlang nur das eine Wort – Exportverpflichtungen – gesagt. Ich sehe das ein und habe mich entschlossen, in meinen Wünschen einfacher zu sein. Das geht auch.“* Lediglich für das ausstehende weiße Schuhwerk wird im Verlauf des Schreibens weiter um Unterstützung geworben, *„keine besondere Art, sondern ein Schuh, der schlicht und modern ist. Bei aller Einsicht kann ich mich leider nicht entschließen, zum weißen Kleid schwarz-, grün- oder rotbeschuht zu laufen“*. An dieser Stelle ist die Unsicherheit bezüglich der Legitimität des Ansinnens spürbar, da bereits die hiesige Arbeiter- und Bauerninspektion mit der quälenden Schuhfrage beratend in Anspruch genommen wurde, *„doch leider immer wieder das gleiche Schulterzucken. Was nun? Ist mein Wunsch außergewöhnlich oder hat sich die Mode schlagartig geändert???“*.²⁵⁷

9.4.4 Androhung von Sanktionen und systemkritische Elemente

Im Gegensatz zu Frau Magda G. traten andere Bürger weitaus selbstbewusster auf und trugen ihre Forderungen mit größerer Vehemenz voran. Um ihren Ausführungen Nachdruck zu verleihen, scheuten einige der Eingabenschreiber auch nicht vor Drohungen oder harter Kritik zurück. Obwohl Eingaben zwar verbrieftes Recht darstellten und dabei häufig Ursachen von Unzulänglichkeiten benannt wurden, konnte dies auch zu einem Besuch der Staatssicherheit führen. Wer den sozialistischen Herrschaftsanspruch in Frage stellte, bekam die Macht des Apparats zu spüren. Obwohl die freie Meinungsäußerung im Artikel 27 der Verfassung verankert war und demnach jeder Bürger der DDR das Recht hatte, *„seine Meinung frei und öffentlich zu äußern“* und zudem keine Benachteiligung entstehen durfte, wenn man *„von diesem Recht Gebrauch macht“*, so konnten allzu offene Drohungen oder systemkritische Worte schnell als Aufkündigung der Gefolgschaft gewertet werden und schwerwiegende Konsequenzen zur Folge haben.²⁵⁸

Bei der systematischen Analyse von Drohungen der Eingabenschreiber ist stets zu berücksichtigen, dass Eingaben zwar die Möglichkeit zur Konfliktregulierung zwischen Bürger und Staat boten, aber damit sehr wohl dedizierte Regelwerke mit allgemein bekannten Positionsfestlegungen verbunden waren. Grundsätzlich konnten zwei Formen von Androhungen identifiziert werden. Einerseits drohten die Eingabenschreiber mit bestimmten Handlungen, andererseits mit der Einschaltung höherer Instanzen oder Autoritäten.

²⁵⁷ SSC–ZWK TuK, Magda G. (25. April 1967).

²⁵⁸ Majer und Hunziker, *Verfassung*, 381.

- Androhung von Sanktionen

Die angedrohten Aktionen reichten von der Verweigerung staatsbürgerlicher, gesellschaftlicher oder kollektiver Pflichten, einer Einschaltung der Öffentlichkeit bis hin zur Hinwendung zum Klassenfeind.²⁵⁹

Oftmals benannten die Autoren eine höhere Instanz, die sie als nächstes konsultieren würden, sollte die Eingabe nicht erfolgreich sein.²⁶⁰ Wie aus den Statistiken zu entnehmen ist, wurden dabei politische Persönlichkeiten, Ministerien, Ministerrat, Staatsrat oder das ZK der SED besonders gerne angeschrieben.²⁶¹ Beispielhaft dafür sind die letzten Zeilen aus einem Brief von Familie S. an die Zeitschrift ‚Für Dich‘. Darin wurde um Unterstützung bei der Beschaffung von Übergrößen geworben, sollte „jedoch wieder [Sic!] erwarten Ihre Auskunft negativ ausfallen, sehe ich mich gezwungen, diese Angelegenheit dem Deutschen Fernsehfunk Abtl. ‚Prisma‘ zu unterbreiten“.²⁶²

In einem anderen Fall stellte Frau Sylvia K. die Frage „Welchen Weg geht das Qualitätsniveau unserer Konsumgüterproduktion?“. Sie beschrieb die gravierenden Qualitätsmängel anhand eines Damenpullovers aus Exquisitproduktion. Das teure Stück zerfiel, so ist dem Schreiben zu entnehmen, trotz pfleglicher Behandlung kurz nach dem Kauf in seine Bestandteile, wodurch die Schreiberin gezwungen war das „hochwertige‘ Produkt des VEB Elegancia in die Lumpen zu stecken“.²⁶³ Sowohl mehrere Schreiben an das Herstellerwerk als auch die Einholung eines Gutachtens des Amtes für Standardisierung, Messwesen und Warenprüfung (ASMW) Glauchau brachten nicht den gewünschten Erfolg, sodass Sylvia K. drohte: „Kann oder muß ich noch aufwendigere Wege gehen, um dem Betrieb die Mangelhaftigkeit seines Erzeugnisses nachzuweisen.“²⁶⁴

Die Kollegenschaft der Spezialverkaufsstelle für Herreenausstattung in der Kreisstadt Stollberg machte in ihrer Eingabe auf die katastrophalen Zustände im Einzelhandel aufmerksam. Anhand von eindringlich geschilderten Beispielen aus der Praxis kam die Belegschaft nicht umhin das „herrschende Chaos fast mit Konkurrenzkampf [zu] bezeichnen“. Falls die Versorgungssituation nicht verbessert würde, hielten die Verfasser die Konsequenzen parat, „können wir unseren Plan, der im Gegensatz zum sinkenden Warenangebot, von Jahr zu Jahr mehr steigt, nie erfüllen“.²⁶⁵

Die angedrohte Verweigerung staatsbürgerlicher Pflichten war in ihrer Schärfe aber noch steigerungsfähig. Eine besonders unmissverständliche Drohung stellte die (direkte und indirekte) Wahlverweigerung dar. Aussagen vom Typus „Unter den gegebenen Umständen ist es fraglich, ob die Abgabe meiner Stimme noch Sinn hat“²⁶⁶ oder „Nach mehr als 30 Jahren überlege ich mir erstmals

²⁵⁹ Schon das Faktum, dass die untersuchten Eingaben an das ostdeutsche Fernsehen gerichtet waren, kann als Umsetzung einer Drohung mit Öffentlichkeit gewertet werden. Dem Schreiben an die Redaktion war zumeist ein reger – aber zumeist erfolgloser – Briefverkehr mit den ursächlich befassten Stellen vorangegangen.

²⁶⁰ Um zusätzlichen Druck auf die eigentlichen Adressaten (z.B.: Unternehmen, Behörden und lokale Bevollmächtigte etc.) auszuüben, öffneten die DDR-Bürger gerne eine ‚zweite Front‘, indem Kopien an übergeordnete Einrichtungen und Autoritäten (z.B.: Minister, Generalsekretär des ZK etc.) versandt wurden.

²⁶¹ Eine quantitative Annäherung ist dem Werk von Felix Mühlberg zu entnehmen; vgl. Mühlberg, *Bürger*, 173ff.

²⁶² SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. Brief v. Werner und Annemarie S. an *Für Dich* (29. Oktober 1970).

²⁶³ DRA–SZG, 1989 Ordner 385 Nr. 2551–2600 2585. Brief v. Sylvia K. an *Prisma* (22. August 1989).

²⁶⁴ Ibid.

²⁶⁵ SSC–ZWK TuK, *VST Stollberg* (11. Juni 1965).

²⁶⁶ DRA–SZG, 1989 Ordner 384 Nr. 2501–2550 2502. Brief v. Barbara M. an *Prisma* (16. August 1989).

nicht zur Wahl zu gehen“²⁶⁷ traten vermehrt im letzten Jahrzehnt der DDR auf. Im System der totalen Zustimmung traf man mit derartigen Aussagen einen wunden Punkt. Die politischen Vertreter waren sehr daran interessiert eine möglichst hohe Wahlbeteiligung im eigenen Zuständigkeitsbereich zu erzielen. Ein derart geäußelter Entzug der Zustimmung wurde seitens der DDR-Führung als Indikator der Unzufriedenheit verstanden und passte nur schlecht in eine sozialistische Wertegesellschaft. Eine solche Rhetorik wurde natürlich registriert und konnte eine Weiterleitung an die Arbeitsstelle oder gar an die Staatssicherheit zur Folge haben. Trotzdem verbanden die Eingabenschreiber mit diesen drastischen Ankündigungen auch die Hoffnung einer beschleunigten Abhilfe des Missstandes.²⁶⁸

Ein weiteres Thema, welches gerne in Zusammenhang mit Drohungen aufgegriffen wurde hatte den westdeutschen Klassenfeind zum Inhalt. In den abgemilderten und zumeist folgenlosen Varianten kündigten die Eingabenschreiber die Kontaktaufnahme mit Personen aus dem Westen an. Auf Grund der permanent schlechten Versorgungslage bräuchte man sich schließlich *„nicht zu wundern, wenn ‚Bettelbriefe‘ nach dem Westen geschickt werden“*.²⁶⁹

Der Vergleichskampf mit dem Westen wurde für die DDR-Führung zum Bumerang. Die Vergegenwärtigung der tatsächlichen Verhältnisse machte natürlich keinen günstigen Eindruck und so ist es nicht verwunderlich, dass diese Thematisierungsstrategie bei dosierter Anwendung Erfolg haben konnte. Auch Frau Margarete H. ergriff in einem zweiseitigen Schreiben die Gelegenheit, ihren aufgestauten Unmut kundzutun. Auf der Suche nach den begehrten Kleidungsstücken erhielt sie über Wochen und Monate *„überall ob es in Bautzen oder Löbau oder auch in meinem Heimatort Cunewalde, in Karl-Marx-Stadt, Dresden oder überall wo man auch hinkommt“* die gleiche Antwort: *„Meine Dame wo leben wir denn eigentlich, eine Strumpfhose in den grösseren Nummern kennen wir schon gar nicht mehr und sind uns zu einem fremden Begriff geworden.“*²⁷⁰ Chronologisch listete die Frau sämtliche Rückschläge und Enttäuschungen auf, die ihr im Zusammenhang mit der Beschaffung dieser Artikel widerfuhren, bevor ihre Ausführungen einen aggressiveren Gestus annahmen:

*„Sollen wir denn nun wegen jeder Kleinigkeit Bettelbriefe zu den Angehörigen nach Westdeutschland schreiben, denn dann müsste ich die volle Wahrheit schreiben, das ich schon seit Monaten auf der Suche nach einer grossen Strumpfhose Grösse 52 bin und überalle herum renne und leider bisher keine bekommen habe, weil es tatsächlich keine grossen Grössen gibt.“*²⁷¹

Getreu dem Motto *„Bisher habe ich es abgelehnt, mich in den Kreis derer einzureihen, die sich wegen solcher wichtigen Kleinigkeiten an das kapitalistische Ausland wenden“*²⁷² sollten die staatlichen Adressaten, dem orientierungslosen Bürger bei der Lösung seines Problems beistehen. Bekräftigt wurde die Anspruchsberechtigung zumeist dadurch, dass man eine Annäherung an den Westen als letzte Möglichkeit und Notwehrhandlung in den Raum stellte. Drohungen solcher Art wurden häufig

²⁶⁷ DRA–SZG, 1982 AVN440 0001-0100 Nr. 90. Brief v. Karl-Heinz B. an Prisma (12. Jänner 1982).

²⁶⁸ Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*, 2. Auflage (München: Beck, 2009), 218ff.

²⁶⁹ SSC–ZWK TuK, Gerlinde M. (9. Dezember 1970).

²⁷⁰ SSC–ZWK TuK, Margarete H. (22. November 1970).

²⁷¹ Ibid.

²⁷² SSC–ZWK TuK, Anni D. (7. April 1967).

von abschwächenden Passagen begleitet. Diese Manöver sollten dem Anliegen wohl eine positive Wendung verschaffen und stellten die DDR nicht grundsätzlich in Frage.

Eine weitaus schärfere und gefährlichere Variante, die jedoch nur äußerst selten zur Anwendung kam, war die Drohung mit einem Ausreisantrag. Hier bewegte man sich am äußersten Rand der erfolgsversprechenden Strategien.

- Widerspruch und Systemkritik

Wenn auch das alltägliche Leben durch Kontrolle, Bespitzelung und Überwachung bestimmt war, legten die Bürger beim Verfassen ihrer Eingaben ein hohes Maß an Selbstbewusstsein an den Tag. Mittels ‚versteckter Nuancierungen‘, ‚provokativer Fragen‘ und ‚offenem Widerspruch‘ trat Kritik zu Tage. Die Benennung und Ursachenzuschreibung mutierte bisweilen zur offenen Systemkritik. Nach intensiver Durchsicht und systematischer Analyse hunderter Eingaben ergibt sich eine breite Fassung des Phänomens ‚Widerspruch‘ in der DDR. Kollektiver und öffentlicher Protest fand höchst selten statt und selbst der bekannte Arbeiteraufstand vom 17. Juni 1953 entfachte keine flächendeckende Wirkung. Durch den ungeteilten Herrschaftsanspruch der SED und der Allgegenwart der Staats-sicherheit waren recht spezifische Protestformen beobachtbar.

Fehlende Silastik-Hosen wurden da als *„für unseren sozialistischen Handel gerade zu blamable Mängel“* titulierte und nach Meinung des Betroffenen *„liegen hier – und das Beispiel steht nicht nicht [Sic!] vereinzelt, sondern könnte von mir auf andere Artikel und Sortimente erweitert werden – Lücken in der Systemgestaltung vor“*.²⁷³ Derartige Angriffe auf den Sozialismus waren kein Einzelfall. Eine ähnlich direkte Ansprache wählte Frau Hildegard K. in ihrer Eingabe. Als Eigentümerin einer der letzten noch verbliebenen privaten Kleingewerbebetriebe im Textilbereich kritisierte sie die katastrophale Versorgung ihres Unternehmens. *„[T]rotz größter Bemühungen bei sämtlichen Lieferfirmen“* war es nicht möglich das Sortiment dem Kundenbedarf entsprechend zu bestücken. Nachdem alle Anfragen bei den *„staatlichen Wirtschaftsorganen [...] nur mit einem Achselzucker beantwortet“* wurden, stellte sie die provokante Frage in den Raum, ob *„etwa die gesamte Produktion, falls überhaupt noch eine solche besteht, dem Export zugeführt“* wurde?²⁷⁴

Die DDR-Bürger wurden den Vertröstungen auf zukünftigen Wohlstand zunehmend überdrüssig. Trotz aller propagandistischen und ideologischen Bemühungen gelang es nicht die Bevölkerung von den postulierten Erfolgen zu überzeugen. Bereits gegen Ende der 1960er Jahre begann die Geduld der Bevölkerung zu schwinden, denn *„[e]igentlich müsste man meinen, daß 25 Jahre friedliche Aufbauarbeit mit unseren fleißigen Bürgern genügen müßten, die laufende Versorgung [...] zu stabilisieren“*.²⁷⁵

Im Alltag der ostdeutschen Bürger war auch in den folgenden Jahren und Jahrzehnten keine Verbesserung zu verzeichnen. Dahingehend ist es nicht erstaunlich, dass die Eingaben im Verlauf der Zeit kritischer wurden. Gerade gegen Ende der DDR wurde der Ton bestimmender, die Benennung der Ursachen direkter und die Zuordnung der Probleme unmittelbarer.

²⁷³ SSC-ZWK TuK, Hans B. (29. November 1970).

²⁷⁴ SSC-ZWK TuK, Hildegard K. (28. November 1970).

²⁷⁵ SSC-ZWK TuK, 31450 Nr. 250. Brief v. Herbert B. an Prisma (9. Dezember 1970).

Im September 1989 artikuliert Frau S. vom VEB Strumpfkombinat Esda ‚Brigade Rosa Luxemburg‘ ihre Enttäuschung über den Widerspruch von erlebter Wirklichkeit und den Darstellungen der Regierung wie folgt: *„Im ganzen Land hört man von besseren Arbeits- und Lebensbedingungen. Aber wie es scheint bleiben diese vor unserem Werk stehen.“*²⁷⁶

Im selben Jahr findet man bei Frau Annemarie R. eine Begründung, warum es um den Handel in der DDR so schlecht bestellt war. Dies sei doch nur allzu *„[v]erständlich bei der wenig guten Lage unserer Konsum-Produktion.“*²⁷⁷

Eine besonders eindringliche Darstellung beinhaltet die geradezu paradigmatische Eingabe von Frau Edith R. aus Weimar. Sie schilderte in ihrem Schreiben nicht nur die Mühen des Alltags, sondern ordnete auch deren Ursachen schonungslos zu:

„Unser soz. Handel hat es noch immer nicht verstanden – nach 25 Jahren – kontinuierlich zu arbeiten. Stoßweise kommt die Ware herein und so wird sie auch wieder umgesetzt. [...]“

Kommt man in den Konsum: ‚Leider, Quark gibt es erst am Freitag!‘ Sucht man ein bestimmtes Kleidungsstück, muß man von Laden zu Laden laufen: ‚Fragen Sie nochmals rein, am Mittwoch bekommen wir Ware!‘ Niemals kann man etwas gleich mit einem Mal kaufen. Bei uns ist Kaufen Glückssache. Wir können nicht in Ruhe kaufen gehen und uns auf das Kaufen freuen. Wir müssen rennen und laufen und wenn wir Glück haben und etwas finden, dann können wir kaufen. So ist es bei den Textilien, so ist es bei den Möbeln, bei den Gardinen, Schuhen, Bodenbelag ect. Ect. Dann gibt es wochenlang keine Zahnbürste im Handel und immer ist man im Trapp. Immer ist man mit einer Tasche unterwegs, ob es was zu kaufen gibt, was man momentan nicht braucht, aber später nicht mehr zu haben sein wird.

Ich renne mir augenblicklich die Hacken ab um 200 g blauer Schnellstrickwolle für eine Mütze. Unsere Modezeitungen zeigen uns, was schön und modern ist, aber die Wolle dazu ist nicht zu haben. Auch fertige Mützen gibt es nicht zu kaufen. Die Wolle hätte ich mir im Sommer kaufen müssen, um sie jetzt zu haben.

So kann man tausende von Beispiel anführen, mit denen wir – besonders wir Frauen – täglich konfrontiert werden und mit hohem Nervenverschleiß fertig werden müssen. Und mit der Zeit resigniert man, weil man sieht, daß es doch keinen Zweck hat, etwas dagegen zu sagen, es ändert sich doch nichts. [...]

*Solche Zustände wie sie bei uns augenblicklich im Handel herrschen, wären in Westdeutschland undenkbar. Hier kriegen die Leute für ihr gutes Geld auch gute Ware, und in jeder Auswahl. Bei uns geht die gute Ware ins Ausland und wir kriegen für unser gutes Geld die letzte Garnitur. Das ist leider wahr.“*²⁷⁸

Diese Ausführungen bestechen nicht nur durch ihre Eindringlichkeit sondern geben zudem Aufschluss, wo die Grenze des Ver- bzw. Erträglichen lag. Da in der betreffenden Eingabe *„eine Vielzahl grundsätzlicher Fragen der Versorgungs- und Leitungstätigkeit“* in allzu kritischer Weise behandelt wurden, erhielt die Verfasserin im Anschluss eine amtliche Vorladung, um *„diese Probleme im Rahmen einer mündlichen Aussprache zu beantworten“*.²⁷⁹ Weitere Erkenntnisse dazu lieferte der ebenfalls erhalten gebliebene Briefwechsel zwischen der GHD Textil- und Kurzwaren und dem MfHV. Dieser gibt Aufschluss über den Hintergrund der Aussprache. Keineswegs stand eine inhaltliche Erörterung der Problemlagen von Frau Edith R. im Vordergrund. Nach Ansicht der

²⁷⁶ DRA–SZG, 1989 Ordner 391 Nr. 2851-2900 2870. Brief v. VEB Esda an Prisma (18. September 1989).

²⁷⁷ DRA–SZG, Annemarie R. (27. Juni 1989).

²⁷⁸ SSC–ZWK TuK, Edith R. (5. November 1970).

²⁷⁹ SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. Brief v. der GHD TuK Karl-Marx-Stadt an Edith R. (4. Dezember 1970).

Systemvertreter wurde mit dem Schreiben eine Grenze überschritten, die eine erzieherische Maßnahme erforderlich machte. Wie der überlieferte Behördenaustausch belegt, bildeten die geäußerten systemkritischen Bemerkungen den Angelpunkt des Gesprächs. So berichtete der verantwortliche Mitarbeiter der GHD Textil- und Kurzwaren Karl-Marx-Stadt an den zuständigen Genossen im Ministerium, dass auf *„Grund der in der Eingabe enthaltenen politisch-ideologischen Probleme [...] eine Auswertung mit dem Sektorenleiter für Handelspolitik der SED Kreisleitung Weimar“* stattfand.²⁸⁰

Besonders interessant macht diesen Fall der Umstand, dass die Eingabenschreiberin trotz der direkten Kritik am System diesem durchaus loyal gegenüberstand. Auf systemkonforme Schriftstellerinnen bezugnehmend versuchte sich die Verfasserin als Anverwandte der sozialistischen Intelligenz darzustellen. *„Nun, wir sind Dialektiker und sehen die Dinge im Zusammenhang. Wenn wir Freude am Handel haben, werden wir auch Freude an der Kunst bekommen“*, führte Frau Edith R. aus. Den geäußerten Systemanfeindungen gewahr, setzte die Schreiberin vergeblich auf die Gefolgschaft des heldenhaftesten aller kommunistischen Vertreter, sagte doch Lenin *„einmal sinngemäß: ‚Was gut ist im Kapitalismus, können wir ruhig übernehmen‘“*.²⁸¹ Mit welcher Lesart die sozialistischen Adressaten einer derartigen Vereinnahmung ihres geistigen Führers begegneten – als blasphemische Provokation oder als Loyalitätsbekundung – bleibt ungeklärt. Mit Sicherheit war es für sie schwierig sich dieser Instrumentalisierung zu entziehen.

²⁸⁰ SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. Brief v. der GHD TuK K.M.-Stadt an MfHV; Genosse S. (11. Dezember 1970).

²⁸¹ SSC–ZWK TuK, Edith R. (5. November 1970).

10. Fazit und Ausblick

Das sozialistische Herrschaftssystem schöpfte einen erheblichen Teil seiner Legitimität aus der Bedürfnisbefriedigung der ostdeutschen Bevölkerung. In vierzig Jahren DDR gelang es aber nicht diesen Anspruch durchgehend zu erfüllen. Die Erfolge des Regimes waren überwiegend von begrenzter Reichweite und Nachhaltigkeit gekennzeichnet, gelang es der Parteiführung doch zu keiner Zeit die herrschenden Unzulänglichkeiten in der Versorgung zu beseitigen. Der (ökonomische) Planungs- und Kontrollanspruch der SED war nach heutiger Bewertung im Kern verfehlt und entscheidende Ursache für den omnipräsenten Mangel. Fehlplanungen durchdrangen sämtliche Sphären der DDR. Im ausgerufenen Wettstreit mit der BRD verknüpfte die DDR-Führung ihre Rechtmäßigkeit mit den konsumpolitischen Erfolgen, ohne die gesteckten Ziele jedoch jemals in ausreichender Weise zu erreichen. Die mangelnde Verfügbarkeit vieler begehrter Güter und Dienstleistungen produzierte Unzufriedenheit und Enttäuschung. Immer wieder ‚blickte‘ die Bevölkerung in den Westen, dessen offensichtliche wirtschaftliche Überlegenheit Konsummöglichkeiten offerierte, von denen die DDR-Bürger nur träumen konnten. In Folge staute sich die Unzufriedenheit über die Verhältnisse wie in einem Dampfkessel auf.

Aus diesem Blickwinkel wird die massenhaft geübte Praxis der Eingabekultur in der DDR erklärbar. Die staatlich geregelten Eingaben öffneten nicht nur ein willkommenes Ventil für die beständige Unzufriedenheit mit den Mangelerscheinungen des sozialistischen Fortschritts. Mit ihrer Hilfe konnten auch die Stimmungslagen in der Bevölkerung seismografisch erfasst werden. An dieser Stelle profitierte der ansonsten eingeeengte Bürger vom paternalistischen Herrschafts-, Versorgungs- und Kontrollanspruch der sozialistischen Führung.

Die staatlichen Anlaufstellen hatten den Auftrag, die Eingaben nach quantitativen und qualitativen Kriterien zu analysieren und die Leitungsebenen von den gewonnenen Erkenntnissen zu unterrichten. Insofern übten die ostdeutschen Bürger partiellen Einfluss auf die politischen Entscheidungen aus. In ihrer Wirkmächtigkeit und Aussagekraft gewähren die Briefe gleichermaßen tiefe Einblicke in die individuelle Vielfalt der Lebensweisen wie auch in die Unzulänglichkeiten des sozialistischen Systems. Millionen Briefe legen Zeugnis ab vom hohen Grad der Unzufriedenheit mit den Konsumverhältnissen. Unter Einhaltung eines allgemein bekannten Regelwerks gewährte der Staat seinen Bürgern die Möglichkeit individuelle und gesellschaftliche Probleme zu thematisieren. Obgleich die einmalige Dimension der ostdeutschen Eingabekultur Rückschlüsse auf die gesellschaftliche Übereinstimmung zwischen Bürger und Staat ermöglicht, kommt hier auch ein Wechselspiel von Kooperation und Konflikt zum Vorschein. Abseits der traditionellen Rechtspraxis, jedoch auf dem Fundament bekannter Werte, Normen und Leitbilder konnten die Bürger ihre Probleme deponieren und Lösungen ‚stipulieren‘. Mit Hilfe zahlreicher rhetorischer Strategien versuchten sie das Missverhältnis zwischen festgelegter Normalität und den faktischen Lebensweisen zu ihren Gunsten auszuhandeln. Gekennzeichnet durch einen konkreten Anlassfall mit unterschiedlicher gesellschaftlicher Reichweite führte doch jede Eingabe zur Auseinandersetzung von Realität und Ideal.

Mittels qualitativer Inhaltsanalyse konnten verschiedene Strategien der Eingabenschreiber identifiziert und kategorisiert werden, die sich zwischen ‚ergebener Bitte‘ und ‚systemkritischer Drohung‘ verorten lassen. Die Thematisierungsstrategien ermöglichen Rückschlüsse und Einsichten in die Alltagswelten und Sinnhorizonte der Verfasser. In ihren Briefen begegneten die meisten Autoren den staatlichen Institutionen mit einem hohen Maß an Empathie und Gewandtheit. Aufgewachsen und eingebettet im sozialistischen Einheitsstaat wussten die Menschen in der Regel genau, welche Verhaltensweisen zielführend, erwünscht bzw. toleriert wurden und welche Äußerungen mit negativen Konsequenzen verbunden waren. Das Leben in der DDR stellte einen fortwährenden Balanceakt zwischen notwendiger und zweckmäßiger Anpassung und opportuner Distanz dar. Im Sinne der Herrschaftssicherung gestanden die sozialistischen Potentaten ihren Untertanen mitunter die eine oder andere Vergünstigung zu.

In beinahe allen untersuchten Eingaben fand eine Rollenkonturierung statt, die auf eine Herstellung von Gleichrangigkeit zwischen den Beteiligten abzielte. Mit wiederkehrenden Mustern der Selbstdarstellung versuchten die Eingabenschreiber beim Adressaten Sympathie und Mitleid zu erwirken. Dies geschah, indem die Autoren traditionelle Tugenden betonten, auf vergangene Dienste verwiesen oder ihre Loyalität zum System bekundeten. Die Selbstdarstellung konzentrierte sich stets darauf, die Anspruchsberechtigung zu betonen und damit die eigene Person bzw. das Anliegen in ein gutes Licht zu rücken. Zur Durchsetzung der eigenen Interessen wurde die individuelle Problemlage häufig auf ein allgemeingültiges Niveau mit gesellschaftlicher Reichweite transformiert. Als besonders nützlich erwies es sich, das System beim Wort zu nehmen. Die Kontextualisierung des eigenen Anliegens durch anerkannte Autoritäten, sozialistische Normen und Werten sollte den vorgebrachten Anspruch legitimieren und gegen allfällige Belehrungen immunisieren. Ausgestattet mit einem hohen Maß an Selbstbewusstsein scheuten manche Verfasser auch nicht vor Androhungen oder Systemkritik zurück. Mit der Thematisierung politischer Tabuthemen oder der grundsätzlichen Infragestellung des sozialistischen Herrschaftsanspruchs begab man sich allerdings auf gefährliches Terrain, konnte dieses Verhalten doch schwerwiegende Konsequenzen haben.

Wie kaum eine andere Quelle werfen die massenhaft verfassten Eingaben authentische Streiflichter auf das Alltagsleben in der DDR. Gescheitert ist die DDR letztendlich nicht nur am repressiven politischen System und der gravierenden ökonomischen Ineffizienz, einen nicht minderen Beitrag leistete die fortwährende Unaufrichtigkeit gegenüber ihren Bürgern.

Quellen- und Literaturverzeichnis

• Unveröffentlichte Primärquellen

Die nachstehend gelisteten Eingaben bildeten den engeren Untersuchungskorpus und stammen aus dem Sächsischen Staatsarchiv Chemnitz und dem Deutschen Rundfunkarchiv Berlin-Potsdam. Im Sinne der Forschungsethik wurden sämtliche Personennennungen anonymisiert bzw. unkenntlich gemacht.

DRA–SZG, 1981 AVN440 0001-0250 II Nr. 217. *Brief v. Andreas K. an Prisma* (15. Jänner 1981).
DRA–SZG, 1987 AVN440 0051-0099 Nr. 67. *Brief v. Angela S. an Prisma* (7. Jänner 1987).
DRA–SZG, 1989 Ordner 373 Nr. 1951-2000 1957. *Brief v. Annemarie R. an Prisma* (27. Juni 1989).
DRA–SZG, 1989 Ordner 384 Nr. 2501-2550 2502. *Brief v. Barbara M. an Prisma* (16. August 1989).
DRA–SZG, 1989 Ordner 348 Nr. 0651-0700 661. *Brief v. Dorothea D. an Prisma* (12. Februar 1989).
DRA–SZG, 1988 AVN440 Nr. 256. *Brief v. Elfriede H. an Prisma* (12. Jänner 1988).
DRA–SZG, 1989 Ordner 379 Nr. 2251-2300 2256. *Brief v. Erika M. an Prisma* (21. Juli 1989).
DRA–SZG, 1989 Ordner 367 Nr. 1601-1650 1639. *Brief v. Frau B. an Prisma* (22. Mai 1989).
DRA–SZG, 1988 AVN440 Nr. 253. *Brief v. Frau G. an Prisma* (10. Jänner 1988).
DRA–SZG, 1986 AVN440 0051-0100 Nr. 95. *Brief v. Frau W. an Prisma* (6. Jänner 1986).
DRA–SZG, 1986 AVN440 0001-0050 Nr. 35. *Brief v. Ingrid R. an Prisma* (29. Dezember 1985).
DRA–SZG, 1986 AVN440 0001-0050 Nr. 20. *Brief v. Irmgard J. an Prisma* (15. Dezember 1985).
DRA–SZG, 1982 AVN440 0001-0100 Nr. 13. *Brief v. Johanna Z. an Prisma* (23. Dezember 1981).
DRA–SZG, 1982 AVN440 0001-0100 Nr. 90. *Brief v. Karl-Heinz B. an Prisma* (12. Jänner 1982).
DRA–SZG, 1986 AVN440 0051-0100 Nr. 88. *Brief v. Karl S. an Prisma* (9. Jänner 1986).
DRA–SZG, 1989 Ordner 365 Nr. 1501-1550 1532. *Brief v. LPG W.I. Lenin an Prisma* (10. Mai 1989).
DRA–SZG, 1986 AVN440 0051-0100 Nr. 51. *Brief v. Reinhold D. an Prisma* (18. Dezember 1985).
DRA–SZG, 1989 Ordner 370 Nr. 1751-1800 1794. *Brief v. Rita Z. an Prisma* (9. Juni 1989).
DRA–SZG, 1981 AVN440 0001-0250 II Nr. o.N. *Brief v. Stephan G. an Prisma* (12. Jänner 1981).
DRA–SZG, 1988 AVN440 Nr. 255. *Brief v. Susanne B. an Prisma* (11. Jänner 1988).
DRA–SZG, 1989 Ordner 385 Nr. 2551–2600 2585. *Brief v. Sylvia K. an Prisma* (22. August 1989).
DRA–SZG, 1989 Ordner 361 Nr. 1301-1350 1305. *Brief v. Ursula R. an Prisma* (20. April 1989).
DRA–SZG, 1989 Ordner 391 Nr. 2851-2900 2870. *Brief v. VEB Esda an Prisma* (18. September 1989).
DRA–SZG, 1983 AVN440 0001-0150 Nr. 14. *Brief v. VEB Hainichen an Prisma* (3. Jänner 1983).
DRA–SZG, 1980 AVN440 0001-0050 Nr. 25. *Brief v. Wolfgang L. an Prisma* (30. Dezember 1979).

SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Brief v. Annemarie U. an das Warenhaus Centrum* (16. November 1970).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. *Brief v. Anni D. an die GHD TuK* (7. April 1967).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. *Brief v. Brigitte M. an Prisma* (20. März 1967).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. *Brief v. Christa B. an Prisma* (26. Jänner 1967).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. *Brief v. Christa K. an Prisma* (3. März 1967).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. *Brief v. Christa N. an Prisma* (13. März 1967).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. *Brief v. Christa N. an Prisma* (13. März 1967).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Brief v. der GHD TuK K.M.-Stadt an MfHV* (11. Dezember 1970).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Brief v. der GHD TuK Karl-Marx-Stadt an Edith R.* (4. Dezember 1970).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 032. *Brief v. der VST Stollberg an Prisma* (11. Juni 1965).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Brief v. Edith R. an Für Dich* (5. November 1970).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Brief v. Erna L. an Prisma* (20. November 1970).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. *Brief v. Ernst S. an das Neue Deutschland* (24. April 1967).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. *Brief v. Gerlinde H. an Prisma* (13. Juni 1967).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Brief v. Gerlinde M. an das MfHV* (9. Dezember 1970).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. *Brief v. Gert Z. an Prisma* (18. April 1967).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Brief v. Hans B. an das MfVH* (29. November 1970).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Brief v. Hedwig S. an Prisma* (24. November 1970).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Brief v. Herbert B. an Prisma* (9. Dezember 1970).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Brief v. Hildegard K. an das MfHV* (28. November 1970).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 032. *Brief v. Ilse G. an Prisma* (11. Juni 1965).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Brief v. Karin S. an Prisma* (20. November 1970).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. *Brief v. Lyetia H. an Prisma* (14. April 1967).
SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. *Brief v. Magda G. an Prisma* (25. April 1967).

SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Brief v. Margarete H. an Prisma* (22. November 1970).
 SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Brief v. Margarete L. an das MfHV* (23. November 1970).
 SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 032. *Brief v. Rolf-Dieter B. an das MfHV* (4. Jänner 1965).
 SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 124. *Brief v. Valerie Z. an Prisma* (18. Jänner 1967).
 SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Brief v. Walter F. an Prisma* (19. September 1970).
 SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Brief v. Werner und Annemarie S. an Für Dich* (29. Oktober 1970).

• Literatur

- Bach, Kurt R. "Sexualpädagogik und Sexualerziehung in der DDR." in: *Kindheit und Sexualität*, Hg. Kurt R. Bach, Harald Stumpe und Konrad Weller. Braunschweig: Holtzmeier, 1993, 82-89.
- Bauakademie der DDR, Hg. *Untersuchungsberichte des Instituts für Städtebau und Architektur*. Berlin, 1989.
- Bauerkämpfer, Arnd, *Die Sozialgeschichte der DDR*. Band 76, Enzyklopädie deutscher Geschichte. München: Oldenbourg, 2005.
- Beilfuß, Carmen. "Lust zwischen Versagung und Maßlosigkeit." in: *Sexualität BRD/DDR im Vergleich*, Hg. Pro Familia Landesverband Niedersachsen, Ruth Kuntz-Brunner und Horst Kwast. Braunschweig: Holtzmeier, 1991, 128-32.
- Benz, Wolfgang, und Michael F. Scholz, *Die DDR 1949–1990*. 10. Auflage, Band 22, Handbuch der deutschen Geschichte. Stuttgart: Klett-Cotta, 2009.
- Bernet, Wolfgang. "Eingaben als Ersatz für Rechte gegen die Verwaltung in der DDR." *Kritische Justiz* 2 (1990): 153-61.
- Böhm, Karl, und Rolf Dörge, *Unsere Welt von morgen*. 4. Auflage. Berlin: Neues Leben, 1961.
- Borowsky, Peter, *Deutschland 1945 bis 1969*. Hannover: Fackelträger, 1993.
- Böske, Katrin. "Abwesend anwesend. Eine kleine Geschichte des Intershops." in: *Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren*, Hg. Ina Merkel und Felix Mühlberg. Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 1996, 214-22.
- Braun, Horst, *Erfurt – Essen und zurück. Deutsch–Deutsches aus vier Jahrzehnten*. Norderstedt: Books on Demand, 2009.
- Bryman, Alan, und Emma Bell, *Business Research Methods*. 2. Auflage. Oxford/New York: Oxford University Press, 2007.
- Buchheim, Christoph. "Die Währungsreform 1948 in Westdeutschland." *Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte* 36, 2 (1988): 189-231.
- Bundesarchiv Berlin–Staatsrat, DA5/167 1961 Blatt 221-224. *Ausführungen des Genossen Ulbricht zu dem Jahresbericht über die Bearbeitung der Eingaben* (1961).
- Burla, Stephan, Andreas Alioth, Felix Frei, und Werner R. Müller, *Die Erfindung von Führung. Vom Mythos der Machbarkeit in der Führungsausbildung*. 2. Auflage, Band 10, Arbeitswelt. Zürich: Vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich, 1995.
- Die Volkspolizei. "Provokateur mit den typischen Kennzeichen." *Die Volkspolizei* 1 (1953): 11.
- Diekmann, Andreas, *Empirische Sozialforschung. Grundlagen, Methoden, Anwendungen*. 4. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2010.
- Dittmar, Claudia, *Feindliches Fernsehen. Das DDR-Fernsehen und seine Strategien im Umgang mit dem westdeutschen Fernsehen*. Bielefeld: Transcript, 2010.
- Dörr, Margarete, *„Wer die Zeit nicht miterlebt hat...“. Frauenerfahrungen im Zweiten Weltkrieg und in den Jahren danach*. Band 2, Kriegsalltag. Frankfurt am Main/New York: Campus, 1998.
- Doßmann, Axel. "Die Transitautobahn." in: *Erinnerungsorte der DDR*, Hg. Martin Sabrow. München: Beck, 2009, 411-21.
- DRA–SZG, 1986 AVN440 0001-0050 o.Nr. *Sammlung ‚Zeitgeist‘ aus den Zuschauerzuschriften zu Prisma* (29. November 1985).
- DRA–SZG, 1989 Ordner 350 Nr. 0751-0800 754. *Brief v. Edelgard P. an Prisma* (27. März 1989).
- DRA–SZG, 1989 Ordner 386 Nr. 2601-2650 2633. *Brief v. Erich B. an Prisma* (28. August 1989).
- DRA–SZG, 1983 AVN440 0001-0150 Nr. 25. *Brief v. Heinz M. an Prisma* (30. Dezember 1982).
- Eberle, Henrik, Hg. *Mit sozialistischem Gruß! Briefe, Akten und Absurdes aus der DDR*. Band 60580, Bastei Lübbe Taschenbuch. Bergisch Gladbach: Lübbe, 2007.
- Eckart, Gabriele. "„Ich kam mir überflüssig vor“. DDR-Schriftstellerin Gabriele Eckart über einen Besuch in der Bundesrepublik." *Der Spiegel*, 9. März 1987, 58-64.
- Engler, Jürgen. "„Geistige Führer“ und „arme Poeten“. Autorenbilder der Nachkriegszeit." in: *Unterm Notdach. Nachkriegsliteratur in Berlin 1945–1949*, Hg. Ursula Heukenkamp. Berlin: Erich Schmidt, 1996, 47-88.
- Euler, Manfred. "Ausstattung privater Haushalte mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern im Januar 1988." *Wirtschaft und Statistik* 5, 1989 (1989): 307-15.
- Fielding, Nigel G., und Raymond M. Lee, *Computer Analysis and Qualitative Research*. London [u.a.]: Sage Publications, 1998.

- Fix, Ulla, Andreas Gardt, und Joachim Knappe, Hg. *Rhetorik und Stilistik. Ein internationales Handbuch historischer und systematischer Forschung*. Band 31, Handbücher zur Sprach- und Kommunikationswissenschaft. Berlin/New York: deGruyter, 2008.
- Flick, Uwe, *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. 3. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2005.
- Foitzik, Jan, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949*. Band 44, Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte. Berlin: Akademie, 1999.
- Früh, Werner, *Inhaltsanalyse. Theorie und Praxis*. 6. Auflage. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft, 2007.
- Gaus, Günter, *Wo Deutschland liegt. Eine Ortsbestimmung*. München: Hoffmann und Campe, 1983.
- Gieseke, Jens, Hg. *Staatssicherheit und Gesellschaft. Studien zum Herrschaftsalldag in der DDR*. Band 30, Analysen und Dokumente. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2007.
- Goffman, Erving, *Wir alle spielen Theater. Die Selbstdarstellung im Alltag*. 11. Auflage. München: Piper, 2003.
- Grafe, Roman, *Deutsche Gerechtigkeit. Prozesse gegen DDR-Grenzschützen und ihre Befehlsgeber*. München: Siedler, 2004.
- Gries, Rainer, *Produkte als Medien. Kulturgeschichte der Produktkommunikation in der Bundesrepublik und der DDR*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2003.
- Grohnert, Evelin. „Es gab nichts, aber jeder hatte alles“. Renate Z., Verkaufsstellenleiterin, erzählt.“ in: *Fortschritt, Norm & Eigensinn. Erkundungen im Alltag der DDR*, Hg. Dokumentationszentrum Alltagskultur der DDR. Berlin: Links, 1999, 113-28.
- Hartmann, Anne, und Wolfram Eggeling, *Sowjetische Präsenz im kulturellen Leben der SBZ und frühen DDR 1945–1953*. Band 7, Edition Bildung und Wissenschaft. Berlin: Akademie, 1998.
- Haußer, Karl, Philipp Mayring, und Petra Strehmel. „Praktische Probleme bei der Inhaltsanalyse offen erhobener Kognitionen, diskutiert am Beispiel der Variablen ‚Berufsinteresse arbeitsloser Lehrer‘.“ in: *Analyse und Modifikation subjektiver Theorien von Lehrern. Ergebnisse und Perspektiven eines Kolloquiums*, Hg. Hanns-Dietrich Dann, Winfried Humpert, Frank Krause und Kurt-Christian Tennstädt, Forschungsberichte Universität Konstanz Zentrum für Bildungsforschung. Konstanz: Universitätsverlag Konstanz, 1982, 159-73.
- Heldmann, Philipp. „Das ‚Wirtschaftswunder‘ in Westdeutschland. Überlegungen zu Periodisierung und Ursachen.“ *Archiv für Sozialgeschichte* 36 (1996): 323-44.
- Heldmann, Philipp, *Herrschaft, Wirtschaft, Anoraks. Konsumpolitik in der DDR der Sechzigerjahre*. Band 163, Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 2004.
- Hertle, Hans-Hermann, und Stefan Wolle, *Damals in der DDR. Der Alltag im Arbeiter- und Bauernstaat*. München: Bertelsmann, 2004.
- Hönl, Karl. „Die Eingaben der Werktätigen als Mittel der Demokratisierung der Arbeitsweise des Staatsapparates.“ *Staat und Recht* 6 (1953): 708-09.
- Ilgen, Volker, *Care-Paket & Co. Von der Liebesgabe zum Westpaket*. Band 7, Geschichte erzählt. Darmstadt: Primus, 2008.
- Janssen, Wiebke, *Halbstarke in der DDR. Verfolgung und Kriminalisierung einer Jugendkultur*. Berlin: Links, 2010.
- Kaminsky, Annette. „Alltagsrelevante Utopievorstellungen in der DDR in den fünfziger Jahren.“ in: *Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates*, Hg. Heiner Timmermann. Band 92. Berlin: Duncker & Humblot, 2001, 119-30.
- Kaminsky, Annette. „Herrschaftsgeschichte als Konsumgeschichte.“ in: *Die DDR – Erinnerungen an einen untergegangenen Staat*, Hg. Heiner Timmermann. Band 88. Berlin: Duncker & Humblot, 1999, 123-36.
- Kaminsky, Annette, *Illustrierte Konsumgeschichte der DDR*. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung, 1999.
- Kaminsky, Annette, *Kaufrausch. Die Geschichte der ostdeutschen Versandhäuser*. Berlin: Links, 1998.
- Kaminsky, Annette. „Keine Zeit verlaufen – beim Versandhaus kaufen.“ in: *Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren*, Hg. Ina Merkel und Felix Mühlberg. Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 1996, 124-37.
- Kaminsky, Annette, *Wohlstand, Schönheit, Glück. Kleine Konsumgeschichte der DDR*. München: Beck, 2001.
- Kardorff, Ernst von. „Qualitative Sozialforschung. Versuch einer Standortbestimmung.“ in: *Handbuch qualitative Sozialforschung. Grundlagen, Konzepte, Methoden und Anwendungen*, Hg. Uwe Flick, Ernst von Kardorff, Heiner Keupp, Lutz von Rosentstiel und Stephan Wolff. 2. Auflage. Weinheim: Beltz, 1995, 3-8.
- Kästner, Annett, Hg. *Eingaben im Zivilrecht der DDR. Eine Untersuchung von Eingaben zu mietrechtlichen Ansprüchen aus den Jahren 1986 und 1987*. Berlin: Berliner Wissenschaftsverlag, 2006.
- Kelle, Udo. „Qualitative Evaluationsforschung und das Kausalitätsparadigma.“ in: *Qualitative Evaluationsforschung. Konzepte, Methoden, Umsetzung*, Hg. Uwe Flick. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2006, 117-34.
- Kelle, Udo, und Susann Kluge, *Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2010.
- Klaedtke, Uta, *Betriebssport in der DDR. Phänomene des Alltagssports*. Hamburg: Sport & Co., 2007.

- Köpp, Ulrike. "Heinz Bormann – der Dior der DDR." *Utopie kreativ* 123, Jänner (2001): 42-51.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha, *Die 101 wichtigsten Fragen. DDR*. München: Beck, 2009.
- Kowalczyk, Ilko-Sascha, *Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR*. 2. Auflage. München: Beck, 2009.
- Krippendorff, Klaus, *Content Analysis. An Introduction to Its Methodology*. London [u.a.]: Sage Publications, 1980.
- Kuckartz, Udo. "Computerunterstützte Analyse qualitativer Daten." in: *Methoden der Sozialforschung*, Hg. Andreas Diekmann. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Sonderheft 44/2004. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2006, 453-78.
- Kuckartz, Udo, *Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2007.
- Kuckartz, Udo, *Qualitative Evaluation. Der Einstieg in die Praxis*. 2. Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2008.
- Kupfermann, Thomas, Hg. *Das große DDR-Mode-Buch. Geschichten und Bilder aus dem Modealltag*. Berlin: Eulenspiegel, 2010.
- Lamnek, Siegfried, *Qualitative Sozialforschung*. 4. Auflage. Weinheim: Beltz, 2005.
- Landsman, Mark, *Dictatorship and Demand. The Politics of Consumerism in East Germany* Cambridge [u.a.]: Harvard University Press, 2005.
- Laske, Karsten. "Damals in der DDR. Plan und Pleite (Teil IV) [Film]." in: *Damals in der DDR*. Deutschland: Polyband Bild- und Tonträger GmbH, 2006.
- Leuschner, Bruno, *Ökonomie und Klassenkampf. Ausgewählte Reden und Aufsätze 1945–1965*. Berlin: Dietz, 1984.
- Lewins, Ann, und Christina Silver, *Using Software in Qualitative Research. A Step-By-Step Guide*. London [u.a.]: Sage Publications, 2007.
- Lichtblau, Klaus, Hg. *Georg Simmel. Soziologische Ästhetik*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 2009.
- Loschek, Ingrid, *Fashion of the Century. Chronik der Mode von 1900 bis heute*. München: Battenberg, 2001.
- Majer, Diemut, und Margarete Hunziker, Hg. *Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 6. April 1968 in der Fassung des Gesetzes zur Ergänzung und Änderung der Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1974. Gesetzblatt der DDR Teil 1 Nr. 47 – Artikel 2 (1), Verfassungsstrukturen, Freiheits- und Gleichheitsrechte in Europa seit 1789. Eine Sammlung ausgewählter Verfassungstexte*. Karlsruhe: Universitätsverlag Karlsruhe, 2009.
- Major, Patrick. "Abwanderung, Widerspruch und Loyalität. Die DDR und die offene Grenze vor dem Mauerbau." in: *Die DDR – Analysen eines aufgegebenen Staates*, Hg. Heiner Timmermann. Band 92. Berlin: Duncker & Humblot, 2001, 199-210.
- Manifest des II. Parteitages der sozialistischen Einheitspartei Deutschlands an das deutsche Volk; abgedruckt in: Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands 20. bis 24. September 1947 in der Deutschen Staatsoper zu Berlin* Berlin: Dietz, 1947.
- Mayring, Philipp, *Einführung in die qualitative Sozialforschung. Eine Anleitung zu qualitativem Denken*. 3. Auflage. Weinheim: Beltz, 1996.
- Mayring, Philipp, *Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken*. 7. Auflage. Weinheim: Deutscher Studienverlag, 2000.
- Merkel, Ina. "Der unaufhaltsame Aufbruch in die Konsumgesellschaft." in: *Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren*, Hg. Ina Merkel und Felix Mühlberg. Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 1996, 8-20.
- Merkel, Ina. "Luxus im Sozialismus. Eine widersinnige Fragestellung?". in: *„Luxus und Konsum“. Eine historische Annäherung*, Hg. Reinhold Reith und Torsten Meyer, Cottbuser Studien zur Geschichte von Technik, Arbeit und Umwelt. Münster/New York: Waxmann, 2003, 221-36.
- Merkel, Ina, *Utopie und Bedürfnis. Die Geschichte der Konsumkultur in der DDR*. 6. Ausgabe. Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 1999.
- Merkel, Ina. "Vom Zeitgeist in der DDR." in: *Europa und die Europäer. Quellen und Essays zur modernen europäischen Geschichte*, Hg. Rüdiger Hohls, Iris Schröder und Hannes Siegrist. Stuttgart: Franz Steiner, 2005, 107-14.
- Merkel, Ina, Hg. *Wir sind doch nicht die Mecker-Ecke der Nation! Briefe an das Fernsehen der DDR*. Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf, 2000.
- Merl, Stephan. "Sowjetisierung in der Welt des Konsums." in: *Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970*, Hg. Konrad Jarausch und Hannes Siegrist. Frankfurt am Main/New York: Campus, 1997, 167-94.
- Merl, Stephan. "Staat und Konsum in der Zentralverwaltungswirtschaft. Rußland und die ostmitteleuropäischen Länder." in: *Europäische Konsumgeschichte. Zur Gesellschafts- und Kulturgeschichte des Konsums (18. bis 20. Jahrhundert)*, Hg. Hannes Siegrist, Hartmut Kaelble und Jürgen Kocka. Frankfurt am Main/New York: Campus, 1997, 205-41.

- Meyen, Michael, *Einschalten, Umschalten, Ausschalten? Das Fernsehen im DDR-Alltag*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2003.
- Meyers Neues Lexikon. 14. Auflage. Leipzig: Meyer, 1974.
- Mieder, Eckhard, *Die Geschichte Deutschlands nach 1945*. Frankfurt am Main/New York: Campus, 2002.
- Ministerium für Außenhandel und Innerdeutschen Handel der Deutschen Demokratischen Republik, *Sozialistische Außenwirtschaft*. Band 6. Berlin: Verlag Die Wirtschaft, 1956.
- Mühlberg, Felix, *Bürger, Bitten und Behörden. Geschichte der Eingabe in der DDR*. Berlin: Dietz, 2004.
- Mühlen, Patrik von zur, *„Der friedliebende Staat aller Werktätigen“. Vom Aufstieg und Untergang der SED-Diktatur*. Berlin: Frank & Timme, 2011.
- Nawrocki, Joachim, *Das geplante Wunder. Leben und Wirtschaften im anderen Deutschland*. Hamburg: Wegner, 1967.
- Neues Deutschland. "Die sozialistische Revolution in der DDR und ihre Perspektiven." *Neues Deutschland*, 27. September 1977.
- Neues Deutschland. "Schlußbemerkungen Erich Honeckers auf der Tagung des Thomas-Müntzer-Komitees." *Neues Deutschland*, 20. Jänner 1989.
- Neues Deutschland. "So sieht die faschistische Brut der Adenauer, Ollenhauer, Kaiser und Reuter aus." *Neues Deutschland*, 21. Juni 1953.
- Neues Deutschland. "Wir stellen uns vor." *Neues Deutschland*, 14. Jänner 1960.
- Pfau, Wilfried. "Stadtentwicklung in der DDR. Hauptprobleme, Potentiale und Erfordernisse der Entwicklung der Städte." *Raumforschung und Raumordnung* 48, 4/5 (1990): 201-07.
- Poutrus, Patrice G., *Die Erfindung des Goldbroilers. Über den Zusammenhang zwischen Herrschaftssicherung und Konsumententwicklung in der DDR*. Band 19, Zeithistorische Studien. Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 2002.
- Ranke, Winfried, Carola Jüllig, und Jürgen Reiche, *Kultur, Pajoks und Care-Pakete. Eine Berliner Chronik 1945–1949*. Berlin: Nishen, 1994.
- Rausch, Heinz, Hg. *DDR. Das politische, wirtschaftliche und soziale System*. 4. Auflage. München: Beck, 1978.
- Reichertz, Jo. "Objektive Hermeneutik und hermeneutische Wissenssoziologie." in: *Qualitative Forschung. Ein Handbuch*, Hg. Uwe Flick, Ernst von Kardorff und Ines Steinke. 2. Auflage. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, 2003, 514-24.
- Riedel, Manfred, *Verstehen oder Erklären? Zur Theorie und Geschichte der hermeneutischen Wissenschaften*. Stuttgart: Klett-Cotta, 1978.
- Ritsert, Jürgen, *Inhaltsanalyse und Ideologiekritik. Ein Versuch über kritische Sozialforschung*. Frankfurt am Main: Athenäum Fischer, 1975.
- Roesler, Jörg. "Ausgangsbedingungen und Entwicklung der Textilindustrie beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus in der DDR (bis 1960)." *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte. Industriezweige in der DDR 1945 bis 1985* Sonderband 1988 (1989): 71-104.
- Roesler, Jörg, *Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2006.
- Rückel, Robert, Hg. *DDR-Führer. Alltag eines vergangenen Staates in 22 Kapiteln*. Berlin: DDR Museum, 2008.
- SAPMO–BA, DY30/IVA2/2.021/720 Blatt 27. *Informationsblatt Preisfestlegung Exquisitläden* (29. September 1962).
- SAPMO–BA, 38624/1. *Konzeption zur Entwicklung der Versorgung der Bevölkerung mit Exquisiterzeugnissen im Zeitraum 1986 bis 1990* (September 1986).
- SAPMO–BA, ZB 20049 a/19. *Verordnung über die Prüfung von Vorschlägen und Beschwerden der Werktätigen. Vom 6. Februar 1953* (13. Februar 1953).
- Scheffler, Ute, *Chic im Osten. Mode in der DDR*. Leipzig: Buchverlag für die Frau, 2010.
- Schevardo, Jennifer, *Vom Wert des Notwendigen. Preispolitik und Lebensstandard in der DDR der fünfziger Jahre*, Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte: Beihefte; 185. Stuttgart: Franz Steiner, 2006.
- Schmidt, Elli. "Das Institut für Bekleidungskultur und seine Aufgaben." *Die Bekleidung* 1 (1954).
- Schneider, Franka. "Jedem nach dem Wohnsitz seiner Tante". Die GENEX Geschenkdienst GmbH." in: *Wunderwirtschaft. DDR-Konsumkultur in den 60er Jahren*, Hg. Ina Merkel und Felix Mühlberg. Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 1996, 223-32.
- Schnierer, Thomas, *Modewandel und Gesellschaft. Die Dynamik von ‚in‘ und ‚out‘*. Opladen: Leske und Budrich, 1995.
- Schröder, Jürgen. "Literatur als Ersatzöffentlichkeit? Gesellschaftliche Probleme im Spiegel der Literatur." in: *DDR heute. Wandlungstendenzen und Widersprüche einer sozialistischen Industriegesellschaft*, Hg. Jürgen Schröder und Gerd Meyer. Tübingen: Narr, 1988, 109-29.
- Schroeter, Sabina, *Die Sprache der DDR im Spiegel ihrer Literatur. Studien zum DDR-typischen Wortschatz, Sprache, Politik, Öffentlichkeit*. Berlin/New York: deGruyter, 1994.

- Schubert, Karl-Ernst, und Georg Wittek. "Zur Aufgabenstellung des Modeschaffens in der Deutschen Demokratischen Republik." *Mitteilungen des Instituts für Bedarfsforschung* 2, 2 (1963): 53-70.
- Söffker, Regina, *PRAMO, Konsum, Exquisit. Mode in der DDR*. Gudensberg-Gleichen: Wartberg, 2010.
- Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, *Dokumente des VIII. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Berlin, 15. bis 19. Juni 1971* Berlin: Dietz, 1971.
- Spittmann, Ilse, und Gisela Helwig, Hg. *Die DDR auf dem Weg zur deutschen Einheit. Probleme, Perspektiven, offene Fragen. 23. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 5. bis 8. Juni 1990*. Köln: Wissenschaft und Politik, 1990.
- SSC–ZWK TuK, 31450 Nr. 250. *Eingabenanalyse IV. Quartal 1970* (4. Februar 1971).
- Stadt, Jochen, *Eingaben. Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR. Goldbrokat, Kaffee-Mix, Büttensreden und andere Schwierigkeiten mit den Untertanen*. Berlin: Arbeitspapiere des Forschungsverbundes SED-Staat Nr. 24, 1996.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg. *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955*. 1. Jahrgang. Berlin: VEB Deutscher Zentralverlag, 1956.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg. *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1959*. 5. Jahrgang. Berlin: VEB Deutscher Zentralverlag, 1960.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg. *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1960/61*. 6. Jahrgang. Berlin: VEB Deutscher Zentralverlag, 1961.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg. *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1963*. 8. Jahrgang. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1963.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg. *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1969*. 14. Jahrgang. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1969.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg. *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1970*. 15. Jahrgang. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1970.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg. *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1973*. 18. Jahrgang. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1973.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg. *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1984*. 29. Jahrgang. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1984.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg. *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1986*. 31. Jahrgang. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1986.
- Staatliche Zentralverwaltung für Statistik, Hg. *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1989*. 34. Jahrgang. Berlin: Staatsverlag der Deutschen Demokratischen Republik, 1989.
- Stadtgeschichtliches Museum Leipzig, *Malimo & Co. Mode in der DDR zwischen Traum und Wirklichkeit*. Bielefeld: Kerber, 2011.
- Stark, Meinhard, *Eine lange Nacht über Konsumerfahrungen in der DDR. VEB – die tun was...* Lange Nacht. Köln: Deutschland Radio Online, 2001.
- Statistisches Amt der DDR, Hg. *Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1990*. 35. Jahrgang. Berlin: Rudolf Haufe, 1990.
- Statistisches Bundesamt, Hg. *Datenreport 1987*. 257. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 1987.
- Statistisches Bundesamt, Hg. *Datenreport 1999*. 365. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2000.
- Steiner, André. "Politische, wirtschaftliche und soziale Faktoren der Technikentwicklung in der DDR." in: *Forschung und Technik in Deutschland nach 1945*, Hg. Peter Frieß und Peter M. Steiner. München: Deutscher Kunstverlag, 1995, 133-44.
- Steiner, André, Hg. *Preispolitik und Lebensstandard. Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich*. Band 35, Zeithistorische Studien. Köln/Weimar/Wien: Böhlau, 2006.
- Stiehler, Hans-Jörg, *Leben ohne Westfernsehen. Studien zur Medienwirkung und Mediennutzung in der Region Dresden in den 80er Jahren*. Leipzig: Leipziger Universitätsverlag, 2001.
- Stitzel, Judd, *Fashioning Socialism: Clothing, Politics and Consumer Culture in East Germany*. Oxford/New York: Berg, 2005.
- Tippach-Schneider, Simone, *Messemännchen und Minol-Pirol. Werbung in der DDR*. Berlin: Schwarzkopf & Schwarzkopf, 1999.
- Trappe, Heike, *Emanzipation oder Zwang? Frauen in der DDR zwischen Beruf, Familie und Sozialpolitik*. Berlin: Akademie, 1995.
- Ulich, Dieter, *Psychologie der Krisenbewältigung. Eine Längsschnittuntersuchung mit arbeitslosen Lehrern*. Weinheim: Beltz, 1985.
- Urban, Florian, *Berlin/DDR Neo-Historisch. Geschichte aus Fertigteilen*. Berlin: Mann, 2007.
- Veenis, Milena. "Cola in the German Democratic Republic. East German Fantasies on Western Consumption." *Enterprise and Society* 12, 3 (2011): 489-524.
- Veenis, Milena. "Consumption in East Germany. The Seduction and Betrayal of Things." *Journal of Material Culture* 4, 1 (1999): 79-112.
- Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik. "Gesetz der Provisorischen Regierung der Deutschen Demokratischen Republik." *Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik* 1 (1949): 1-16.

- Wandel, Eckhard. "Transformationsprobleme bei der deutschen Wiedervereinigung." in: *Struktur und Dimension. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag*, Hg. Hans-Jürgen Gerhard. Stuttgart: Franz Steiner, 1997, 310-36.
- Wangerin, Claudia, *Die DDR und ihre Töchter*. Berlin: Das Neue Berlin, 2010.
- Weber, Hermann, *Die DDR 1945–1990. Grundriss der Geschichte*. 5. Auflage. München: Oldenbourg, 2012.
- Weber, Wolfgang M., und Wolfgang Stemmler, *50 Jahre Deutsches Fernsehen. Ein Rückblick auf die Lieblingssendungen in West und Ost* München: Battenberg, 1999.
- Westen, Klaus. "Die Eingabe als Rechtsbehelf im Zivilrecht der DDR." *Recht in Ost und West* 32, 2 (1988): 69-75.
- Wiedemann, Jasmin, *Mitgefangen, mitverkauft. Zur Situation ostdeutscher Frauenzeitschriften nach der Wende*. Münster/New York: Waxmann, 1995.
- Wolf, Birgit, *Sprache in der DDR. Ein Wörterbuch*. Berlin/New York: deGruyter, 2000.
- Wolle, Stefan, *Aufbruch nach Utopia. Alltag und Herrschaft in der DDR 1961–1971*. Berlin: Links, 2011.
- Wolle, Stefan, *Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989*. 3. Auflage. Berlin: Links, 2009.
- Zentralkomitee Sozialistische Einheitspartei Deutschlands. *Einheit. Zeitschrift für Theorie und Praxis des wissenschaftlichen Sozialismus* 14, 7–12 (1959).
- Zimmermann, Hartmut, Hg. *DDR-Handbuch (Band 1: A-L)*. 3. Auflage, Band 1. Köln: Wissenschaft und Politik, 1985.

Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Aufbau der Untersuchung.....</i>	<i>7</i>
<i>Abbildung 2: Verhafteter Provokateur mit den Insignien des Klassenfeindes</i>	<i>21</i>
<i>Abbildung 3: Preise ausgewählter Textil- und Schuhwaren in der DDR (1950–1959).....</i>	<i>25</i>
<i>Abbildung 4: Ausstattungsgrad von Haushalten mit ausgewählten Konsumgütern</i>	<i>27</i>
<i>Abbildung 5: Wohnungsbestand und Ausstattungsgrad in der DDR</i>	<i>36</i>
<i>Abbildung 6: Grundsätze qualitativer Forschungsmethoden.....</i>	<i>51</i>
<i>Abbildung 7: Die dreizehn Säulen des qualitativen Denkens.....</i>	<i>51</i>
<i>Abbildung 8: Ablaufmodell der qualitativen Inhaltsanalyse.....</i>	<i>54</i>
<i>Abbildung 9: Definition der Kategorien, Ankerbeispiele und Kodierregeln.....</i>	<i>55</i>
<i>Abbildung 10: Von der Paraphrase zur Kategorie</i>	<i>56</i>
<i>Abbildung 11: Kategorien- und Codesystem.....</i>	<i>57</i>
<i>Abbildung 12: Leistungsspektrum moderner QDA-Softwarepakete</i>	<i>58</i>
<i>Abbildung 13: Dokument-Browser und Codingliste</i>	<i>59</i>

Abkürzungsverzeichnis

<i>ASMW</i>	<i>Amt für Standardisierung, Messwesen und Warenprüfung</i>
<i>BHG</i>	<i>Bäuerliche Handelsorganisation</i>
<i>BRD</i>	<i>Bundesrepublik Deutschland</i>
<i>DDR</i>	<i>Deutsche Demokratische Republik</i>
<i>DRA</i>	<i>Deutsches Rundfunkarchiv</i>
<i>GHG</i>	<i>Großhandelsgesellschaft</i>
<i>HO</i>	<i>Handelsorganisation</i>
<i>LPG</i>	<i>Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft</i>
<i>MfHV</i>	<i>Ministerium für Handel und Versorgung</i>
<i>ND</i>	<i>Neues Deutschland</i>
<i>NÖSPL</i>	<i>Neue Ökonomische System der Planung und Leitung</i>
<i>NSDAP</i>	<i>Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei</i>
<i>NSW</i>	<i>Nichtsozialistischer Wirtschaftsraum</i>
<i>NVA</i>	<i>Nationale Volksarmee</i>
<i>QDA</i>	<i>Qualitative Datenanalyse</i>
<i>RIAS</i>	<i>Rundfunk im Amerikanischen Sektor</i>
<i>SAPMO-BA</i>	<i>Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv</i>
<i>SED</i>	<i>Sozialistische Einheitspartei Deutschland</i>
<i>SBZ</i>	<i>Sowjetische Besatzungszone</i>
<i>SGB</i>	<i>Sozialistischer Großhandelsbetrieb</i>
<i>SMAD</i>	<i>Sowjetische Militäradministration</i>
<i>SSC</i>	<i>Sächsisches Staatsarchiv Chemnitz</i>
<i>SZG</i>	<i>Sammlung Zeitgeist</i>
<i>VEB</i>	<i>Volkseigener Betrieb</i>
<i>VST</i>	<i>Verkaufsstelle</i>
<i>VVB</i>	<i>Vereinigung Volkseigener Betriebe</i>
<i>ZK</i>	<i>Zentralkomitee</i>
<i>ZWK</i>	<i>Zentrale Warenkontor für Textil- und Kurzwaren</i>

Kurzbeschreibung

Die vorliegende Forschungsarbeit beschäftigt sich mit der systemzersetzenden Wirkungsmächtigkeit der Konsum- und Versorgungsproblematik in der Deutschen Demokratischen Republik. Als Analysebasis dienten ausgewählte Eingabebriefe von DDR-Bürgern an die ostdeutsche Fernsehsendung ‚Prisma‘ aus dem Zeitraum 1963 bis 1989. In diesen Beschwerdeschreiben brachten die Bürger ihre wahrgenommenen Konsumunzulänglichkeiten aus dem Bereich ‚Mode und Bekleidung‘ zur Sprache und erhofften sich von den staatlichen Adressaten Abhilfe bei ihren Problemen.

Im ersten Teil der Arbeit werden die ökonomischen, politischen und sozialen Ursachen der Versorgungsschwierigkeiten aufgezeigt. Das Forschungsdesign folgt dabei einer kombinierten Methodik aus Theorie und Empirie und bewegt sich sowohl auf deskriptivem als auch auf explorativem Niveau. Mit Hilfe der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring wurden Narrative und rhetorische Komponenten auf formale, sprachliche und inhaltliche Darstellungstypen, Aussagelogiken, Kommunikationsmuster und Durchsetzungsstrategien analysiert. Untersucht werden sollte dabei das ‚Typische im Individuellen‘. Als Ergebnis konnte gezeigt werden, dass die meisten Eingabenschreiber den staatlichen Organen mit strategischem Geschick entgegentraten. In beinahe allen Eingaben fand eine Situationsdefinition und Rollenfestlegung statt. Ein positiver Eindruck sollte mittels der Betonung traditioneller Tugenden, dem Verweis auf vergangene Verdienste und Loyalitätsbekundungen erzeugt werden. Ziel der Selbstdarstellung war es, die Anspruchsberechtigung für Konsumwaren zu erhöhen und damit die eigene Person bzw. das Anliegen in ein gutes Licht zu rücken. Zur Durchsetzung der Interessen wurden die individuellen Problemlagen häufig auf ein allgemeingültiges Niveau mit gesellschaftlicher Reichweite gehievt. Als besonders nützlich erwies es sich dabei das System beim Wort zu nehmen. Indem man das eigene Anliegen mit anerkannten Autoritäten, sozialistischen Normen und Werten verband, verlieh man dem vorgebrachten Anspruch die nötige Legitimität und immunisierte gegen allfällige Belehrungen durch die Staatsvertreter. Ausgestattet mit einem hohen Maß an Selbstbewusstsein scheuten manche Verfasser auch nicht vor Systemkritik zurück.

Wie kaum eine andere Quelle werfen die massenhaft verfassten Eingaben authentische Streiflichter auf das Alltagsleben in der DDR. Die angestregten Analysen zeigten, dass die DDR letztendlich nicht nur am repressiven politischen System und der gravierenden ökonomischen Ineffizienz gescheitert ist, einen nicht minderen Beitrag leistete die fortwährende Unaufrichtigkeit gegenüber ihren Bürgern.

Abstract

This Master Thesis deals with the system-disintegrating influence of consumerism and supply problems in the German Democratic Republic. The analysis was based on selected submissions (so called 'Eingaben') that GDR citizens sent to the federal East-German television programme 'Prisma' between 1963 and 1989. In these letters of complaint, the citizens explained deficits they – as consumers – perceived in the area of 'fashion and clothing', hoping for a remedy for their problems from the state addressees.

The first part of the paper discusses the economic, political and social causes of the supply deficits. Following both a theoretical and empirical approach, the analysis comprises descriptive as well as exploratory levels. The narratives and rhetoric components are analysed with a view to formal, linguistic and content types of presentation, propositional logics, communication patterns and strategies to prevail by applying the quality content analysis according to Mayring. It was to be examined what was 'typical about the individual'. As a result, it could be shown that most authors met the state bodies with strategic skills. Nearly all authors defined the situation and the roles of the individuals and authorities involved. A positive impression was intended by emphasizing traditional virtues, referring to past achievements and declaring loyalty. The objective of self-presentation was a means to increase the author's right to claim consumer goods and thus putting his/her own person or the matter at hand into a positive light. To assert their interests, authors often raised their individual problems onto a general level, emphasizing a social scope. Taking the system literally proved particularly useful. By linking their own wishes to recognised authorities, socialist standards and values, authors gave legitimacy to their stated claims, which rendered them immune to any lectures by the state representatives. Some authors were highly self-confident and even dared to criticize the system.

There is hardly any other source that illuminates everyday life in the GDR as authentically as these many submissions. The analyses showed that the GDR in the end not only failed because of its repressive political system and severe lack of economic efficiency: Continuous dishonesty towards its citizens played just as much of a part in this.

Curriculum Vitae

Persönliche Informationen

Name: Andreas Hager
Anschrift: Klosegasse 23, A-3100 St. Pölten
Geburtsdatum: 12. Juni 1977
Staatsangehörigkeit: Österreich

Wesentliche Aus- und Weiterbildungen

- Universität Wien (Institut für Wirtschafts- und Sozialgeschichte) 2008–WS 2012/13
Wirtschafts- und Sozialgeschichte (Master of Arts – MA)
- Donau-Universität Krems (Department für interaktive Medien und Bildungstechnologien): Applied Science and Research 2007–2010
Abschluss mit dem akademischen Grad Master of Science (MSc) am 11. Juni 2010
- Technische Universität Wien (Institut für Managementwissenschaften) / Donau-Universität Krems (Zentrum MBA): General Management MBA (FIBAA akkr.) 2004–2006
Abschluss mit dem akademischen Grad Master of Business Administration (MBA) mit ausgezeichnetem Erfolg am 1. Dezember 2006
- Fachhochschule für Telekommunikation und Medien St. Pölten: Telekommunikation 1996–2000
Abschluss mit dem akademischen Grad Dipl. Ing. (FH) mit ausgezeichnetem Erfolg am 24. Juli 2000
- Bundesrealgymnasium BRG St. Pölten, Josefstraße 84 1987–1996
Abschluss mit der Reifeprüfung (Matura) im Juni 1996

Berufserfahrung und Beschäftigungsverhältnisse

Donau-Universität Krems – Wissenschaftlicher Programmkoordinator seit 1.9.2012

- Der Aufgabenbereich umfasst die Organisation, Durchführung und Weiterentwicklung des Universitätslehrganges Professional MSc Management und IT. Neben einer Lehrtätigkeit zum wissenschaftlichen Arbeiten bildeten der Aufbau, der Betrieb und die Erweiterung einer Lern- und Kommunikationsplattform im Blended Education Concept (BEC) einen zentralen Verantwortungsbereich.

SET Bauprojektierung GmbH – Leitung IS/IT 1.7.2003–31.8.2012

- Planung und Integrationsbegleitung unternehmenskritischer IT-Systeme im heterogenen Umfeld. Intensive Einbindung und Partizipation in strategische Entscheidungsprozesse (Prokura) des Unternehmens. Die Tätigkeit umfasste die IT Ergebnisverantwortung, projektspezifisches Berichtswesen, vertragsrechtliche und kommerzielle bzw. finanztechnische Aspekte. Im Rahmen der Verantwortlichkeit zur strategischen und nachhaltigen IT Ausrichtung des Unternehmens beinhaltete die technologische, betriebswirtschaftliche und prozessbezogene Integration eines assoziierten Produktionsbetriebes ein wesentliches Betätigungsfeld.

PROIN Consulting GmbH – Professional Consultant/IT Projektleitung 1.8.1999–1.6.2003

- Projektleitung und Projektmitarbeit bei nationalen und internationalen technologieorientierten Planungs- und Consultingprojekten. Schrittweise Übernahme von Tätigkeiten des Projektmanagements (technisch und organisatorisch) und der Kundenbetreuung. Neben diesen Aufgabenbereichen stellte die Erstellung korrespondierender Ausschreibungsunterlagen (inkl. Pflichten- und Lastenhefte) ein wesentliches Tätigkeitsfeld dar.